

## **Mitteilung des Senats vom 22. Juni 2010**

### **Masterplan Industrie Bremen**

Der Senat legt der Bürgerschaft (Landtag) den „Masterplan Industrie Bremen“ mit den von ihm in der Sitzung am 22. Juni 2010 vorgenommenen redaktionellen Änderungen mit der Bitte um Kenntnisnahme vor.

Mit Beschluss vom 3. Juli 2008 wurde der Senat von der Bürgerschaft (Landtag) beauftragt, einen „Masterplan Industrie“ zur Erarbeitung einer tragfähigen Gesamtstrategie für den industriellen Sektor im Land Bremen zu entwickeln. Für die industriepolitischen Zielsetzungen wurde der Senat aufgefordert, „alle relevanten Aspekte der Gewerbeflächen-, Stadtentwicklungs- und Verkehrs-, Umwelt- und Energie-, Investitions- und Forschungs-, Wissenschafts- und Bildungspolitik sowie standortspezifische Rahmenbedingungen und die regionale Vernetzung (Metropolregion)“ zu berücksichtigen.

Die Deputation für Wirtschaft und Häfen hat den „Masterplan Industrie Bremen“ am 2. Juni 2010 zur Kenntnis genommen.

Der Senator für Wirtschaft und Häfen

Bremen, 27. Mai 2010

### **Masterplan Industrie Bremen**

Gliederung	Seite
<b>1. Einleitung</b>	2
<b>2. Bremens industrielle Ausgangssituation</b>	4
2.1 Stellenwert der bremischen Industrie	4
2.2 Strukturmerkmale der bremischen Industrie	5
2.3 Entwicklung der bremischen Industrie von 1999 bis 2009 im Vergleich zur bremischen Gesamtwirtschaft	8
2.4 Entwicklung der bremischen Industrie von 1999 bis 2009 im Vergleich zur Bundesentwicklung	12
2.5 Standortbedingungen in Bremen	16
2.6 Schlussfolgerungen	34
<b>3. Bremens industrielle Handlungsstrategie</b>	35
3.1 Zielfeld 1: Profilierung Bremens als Industriestandort	36
3.2 Zielfeld 2: Sicherung und Stärkung der industriellen Kerne	38
3.3 Zielfeld 3: Stabilisierung der Industrie durch Diversifizierung und KMU-Förderung	39
3.4 Zielfeld 4: Innovation, Technologie, Forschung	40
3.5 Zielfeld 5: Fachkräftemangel angehen, Aus- und Weiterbildung fördern	42
3.6 Zielfeld 6: Umwelt, Klima, Energieversorgung	44
3.7 Zielfeld 7: Gewerbe- und Industrieflächen	45
3.8 Zielfeld 8: Verkehrsinfrastruktur	46
3.9 Zielfeld 9: Landesgrenzen überschreitende Zusammenarbeit	48
<b>4. Monitoring und Finanzierung</b>	49

## 1. Einleitung

Die deutsche und mit ihr die bremische Industrie haben seit Ende der Neunzigerjahre eine bemerkenswerte Entwicklung durchlaufen. Bis zum Zusammenbruch der sogenannten Internet-Blase Anfang des abgelaufenen Jahrzehnts wurde die Industrie als die „Old Economy“ bezeichnet, und es wurde weitgehend von der „Postindustriellen Gesellschaft“, der „Dienstleistungsgesellschaft“ oder der „Wissensgesellschaft“ als Zukunftsmodell für die entwickelten Industrienationen gesprochen. Hintergrund dafür war, dass vor allem in den Neunzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts die Wachstumsraten der industriellen Produktion mit denen der Dienstleistungsbereiche nicht mithielten und damit der industrielle Wertschöpfungsanteil an der Gesamtwirtschaft tendenziell abnahm. Gleichzeitig gab es zum Teil beträchtliche Beschäftigungsrückgänge. Die globale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie wurde zunehmend infrage gestellt. Allerdings spielte bei dieser Entwicklung schon damals die sogenannte Tertiarisierung eine nicht unerhebliche Rolle, dass nämlich formal Ausgliederungen bzw. Verselbstständigungen industrienaher Aktivitäten in den Dienstleistungssektor in spürbarem Umfang stattgefunden haben (Outsourcing), ohne dass sich an der „Abhängigkeit“ dieser Tätigkeiten von der industriellen Produktion etwas geändert hatte.

Seit Anfang des abgelaufenen Jahrzehnts war dann – zunächst verhalten und ab 2005 deutlich verstärkt – eine „Rückbesinnung“ auf die Industrie und deren Bedeutung für die Gesamtwirtschaft zu beobachten. Sie wurde wieder stärker wahrgenommen und rückte zunehmend in den Fokus gesamtwirtschaftlicher Betrachtungen. Diese „Renaissance“ ist insbesondere auch darauf zurückzuführen, dass sich die weltweite Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie in der jüngeren Vergangenheit spürbar verbessert hat – und zwar sowohl im Hinblick auf die Qualität der Produkte und begleitenden Dienstleistungen als auch aufgrund signifikant gesunkener Lohnstückkosten. Auf dieser Basis war es möglich, dass seit Mitte der 2000er Jahre die Zahlen bei den Aufträgen (vornehmlich aus dem Ausland), bei Produktion, Umsatz und Unternehmensergebnissen überwiegend kräftig expandierten und es damit verbunden mancherorts zu erheblichen Personalaufstockungen gekommen ist. Die Industrie mit ihrer starken Exportorientierung wurde in Deutschland wieder zur „Lokomotive“ für die Gesamtwirtschaft.

Dieser phänomenale Erfolg wurde ihr im Zuge der im Herbst 2008 durch die Finanzmarkturbulenzen ausgelösten Weltwirtschaftskrise aber umso stärker zum Verhängnis, als die starke Exportorientierung und die hohe Bedeutung der Sektoren Fahrzeug- und Maschinenbau einen in der deutschen Industriegeschichte zumindest seit 1945 einmaligen Einbruch bewirkten. Seither steht die deutsche Industrie wieder vor großen Herausforderungen, und es ist aktuell noch immer nicht seriös vorherzusagen, wann und in welcher Geschwindigkeit ein nachhaltiger Wachstumspfad wieder beschritten wird. Allerdings sind die deutsche und bremische Industrie im weltweiten Wettbewerb nach wie vor gut aufgestellt, und es zeigen sich am aktuellen Rand – insbesondere durch die erstaunlich schnellen Erholungstendenzen vornehmlich in Asien – positive Entwicklungsperspektiven.

Und anders als in den neunziger und frühen 2000er Jahren ist gerade in der aktuellen Krise erneut ins Bewusstsein geraten, welchen enormen Stellenwert die Industrie für die Gesamtwirtschaft hat: Sie ist nach wie vor der wesentliche Grundpfeiler der deutschen Volkswirtschaft, und der Standort Deutschland ist ohne Industrie nicht vorstellbar. Denn nicht nur die deutsche Exportstärke basiert weitgehend auf der industriellen Leistung, auch der deutsche Status als Hochtechnologiestandort ist wesentlich auf bedeutende Industriesektoren zurückzuführen. Schließlich würde es große Teile des Dienstleistungssektors ohne industrielle Produktion als Wertschöpfungsbasis so nicht geben können.

Für den Zwei-Städte-Staat Bremen spiegeln sich diese Befunde und skizzierten Entwicklungen weitgehend, wenn auch mit einigen Besonderheiten. So war – anders als etwa in den großen süddeutschen Industriestandorten – in den letzten 30 Jahren ein tiefgreifender Strukturwandel zu verzeichnen. Vereinigte der Schiffbau in den Siebzigerjahren des letzten Jahrhunderts noch etwa 20 000 Beschäftigte auf sich und war seinerzeit noch mit den traditionsreichen Großwerften „AG Weser“ und „Bremer Vulkan“ im Großtankerbau aktiv, so werden jetzt mit rund einem Zehntel des damaligen Arbeitsplatzvolumens eher Marktnischen besetzt.

In der Nahrungs- und Genussmittelindustrie waren in den Siebzigerjahren ähnlich viele Menschen tätig. Im Wesentlichen in Folge des Wegfalls von vielen 1000 Arbeitsplätzen in der Kaffee- und Tabakverarbeitung, die überwiegend in den Siebziger- und

Achtzigerjahren nach Berlin verlagert wurden, verlor dieser Wirtschaftszweig in Bremen beträchtlich an Bedeutung, hat innerhalb der heutigen bremischen Industriestruktur allerdings mit nahezu 10 000 Beschäftigten immer noch einen hohen Stellenwert. Darüber hinaus hat die bremische Stahlindustrie unter Ausklammerung der Weiterverarbeitungsaktivitäten seit den Siebzigerjahren etwa die Hälfte der Arbeitsplätze eingebüßt. Das Stahlwerk Bremen ist gleichwohl als integriertes Stahlwerk mit originärer Hüttenphase weltweit konkurrenzfähig geblieben. Durch den Einsatz moderner Technologie konnte die Branche bereits erhebliche Fortschritte auch hinsichtlich des Klimaschutzes verzeichnen. Die Stahlindustrie ist mit derzeit rund 3600 Beschäftigten weiterhin ein wichtiger Arbeitgeber in der Stadt.

Auf der anderen Seite war im bremischen Straßen-, Luft- und Raumfahrzeugbau in den letzten 30 Jahren eine kräftige Expansion auf etwa das doppelte Arbeitsplatzvolumen zu beobachten. Aktuell dominiert diese Branche mit mehr als 20 000 Beschäftigten die industrielle Szenerie Bremens.

Wie auch die folgende Analyse der industriellen Ausgangssituation im Land Bremen zeigen wird, ist die hiesige Industrie in der jüngeren Vergangenheit den grundlegenden Trends der gesamtdeutschen Entwicklung gefolgt. Das wichtigste industriepolitische Ziel Bremens muss vor diesem Hintergrund die Sicherung der Zukunftsfähigkeit sein. Grundsätzlich sollte zumindest das Schritthalten mit den bundesdurchschnittlichen Ergebnissen in der gesamten Industrie, insbesondere im Straßenfahrzeugbau sowie in den durch Produktions- und Beschäftigungswachstum gekennzeichneten Kernbereichen wie dem Luft- und Raumfahrzeugbau ein wesentlicher Orientierungsmaßstab sein. Bei den ganz neuen industriellen Entwicklungen, vor allem im Windenergieanlagenbau, muss das Land einen bundesdeutschen Spitzenplatz anstreben. Zukunftsfähigkeit für die bremische Industrie bedeutet vor allem auch, dass sie die Herausforderungen von Klimaschutz, Klimawandel und Ressourceneffizienz auf Basis der bisher schon sehr erfolgreichen Anstrengungen und positiven Entwicklungen weiterhin aktiv aufgreift und in neue Chancen umsetzt. Insoweit muss auch eine moderne Industriepolitik an der gezielten Mitgestaltung des Strukturwandels ansetzen. Ziel ist, dass die bremische Industrie nachhaltig gestärkt und mit modernsten Produkten und Fertigungsverfahren aus der Krise hervorgeht.

Die Einflussnahme auf die industrielle Entwicklung bzw. die Rahmensetzungen für die Industrie erfolgen – vor allem, wenn es sich um supranational agierende Großunternehmen handelt – heute nicht mehr in erster Linie auf nationaler Ebene, sondern auf der Ebene der Europäischen Union. Gleichwohl und nach wie vor haben auch die nationale und regionale Industriepolitik für die Rahmenbedingungen der Industrie einen erheblichen Stellenwert.

Die bremischen Industrieinteressen sind also einerseits weiterhin gegenüber dem Bund und der EU nachdrücklich zu artikulieren. Auf der anderen Seite bleibt es auch für die Wirtschafts- bzw. Industriepolitik auf lokaler und regionaler Ebene möglich und notwendig, auf die Industrie „vor Ort“ positiv Einfluss zu nehmen. Im beginnenden Aufschwung müssen Unternehmen, Politik und Verwaltung vor allem auch die richtigen Entscheidungen treffen bzw. Voraussetzungen schaffen, um eine nächste Krise solchen Ausmaßes beherrschbarer zu machen. Bremenspezifisch geht es im Folgenden essenziell darum, die auf die Industrie bezogenen bremischen Gestaltungsmöglichkeiten in den Fokus zu rücken. Namentlich betrifft dies die industrie-relevanten Politikfelder

- Technologie und Forschung,
- Qualifizierung,
- Gewerbeflächenausstattung,
- Verkehr sowie
- Umwelt/Klima und Energieversorgung.

Vor diesem Hintergrund steht der Masterplan im Einklang mit dem im Senat übergreifend abgestimmten „Strukturkonzept Land Bremen 2015“ und dem dort aufgezeigten strategischen Rahmen der Strukturpolitik Bremens. Die Festigung industrieller Zentren als strukturelles Handlungsfeld ist hier ein wesentlicher Bestandteil. Darüber hinaus wird vor allem hinsichtlich der vorgeschlagenen Maßnahmen die Kohärenz zur „Wirtschafts- und Beschäftigungsinitiative Bremerhaven“ sichergestellt.

## 2. Bremens industrielle Ausgangssituation

Die bremische Industrie – d. h. das verarbeitende Gewerbe – im Folgenden ausschließlich landesweit betrachtet, hat in den vergangenen Jahren die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Bremen wesentlich mitgeprägt. Während einerseits industrielle Kerne grundsätzlich positive Impulse gesetzt haben, kristallisierte sich mehr und mehr eine Verbreiterung im Leistungsspektrum der – in der überwiegenden Anzahl durchaus mittelständisch geprägten – verarbeitenden Industrieunternehmen heraus.

Für die Beurteilung industriepolitischer Zielsetzungen und Aktivitäten liefert eine detaillierte Diagnose dieses Wirtschaftsbereiches auf Basis der amtlichen Statistik einen wesentlichen Ausgangspunkt. Dafür wird auf die statistische Systematik der Wirtschaftszweige Bezug genommen, in deren Mittelpunkt für den Industriebereich die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes stehen. In Bremen zählen dazu rund 320 Betriebe mit mehr als 19 Beschäftigten, die dem Statistischen Landesamt Bremen hinsichtlich Umsatz, Beschäftigte sowie anderer Kenngrößen regelmäßig Auskunft geben. Für eine Analyse der Ausgangssituation werden die Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder herangezogen, die vom Arbeitskreis der Länder (AK VGR dL) ermittelt werden, in dem das Statistische Landesamt Bremen als Mitglied vertreten ist.

Der zugrunde liegende Zeitraum erstreckt sich hier in der Regel auf die Jahre von 1999 bis 2009 und umfasst damit genau eine Dekade. Einerseits werden mit dem Jahr 2009 bzw. bei den Investitionen mit dem Jahr 2007 die aktuellsten verfügbaren Jahresdaten mit einbezogen. Andererseits ist eine langfristige Betrachtung über zumindest etwa zehn Jahre notwendig, wenn man Konjunkturzyklus übergreifend zu grundlegenden strukturelevanten Trendaussagen gelangen will.

### 2.1 Stellenwert der bremischen Industrie

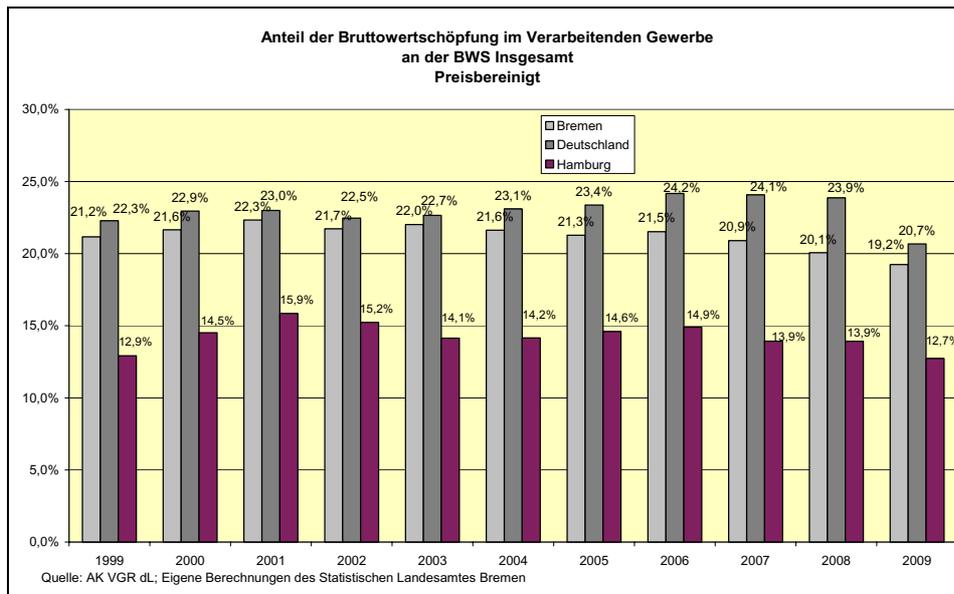
Ausschlaggebend für die regionale Bedeutung ist die mit Wirtschaftszweigen verbundene Wertschöpfung und Beschäftigungsleistung im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft. Im Jahr 2009 waren etwa 62 100 Erwerbstätige in Bremen im Wirtschaftsbereich verarbeitendes Gewerbe beschäftigt (AK VGR dL, 2009). Die Bruttowertschöpfung als Indikator für die wirtschaftliche Leistung bzw. die Produktionsaktivitäten belief sich im selben Jahr hier auf rund 4,2 Mrd. €. Damit wird in Bremen knapp ein Fünftel der wirtschaftlichen Gesamtleistung in der Industrie erwirtschaftet. Die bremische Industrie konnte diesen Anteil über den gesamten betrachteten Zeitraum hinweg nahezu aufrechterhalten (1999: 21 %; 2008: 19 %).

Abbildung 1 zeigt die Anteile der Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe im Land Bremen im Vergleich zu Deutschland. Mit einem entsprechenden Anteil von gut einem Fünftel im Jahr 2009 fällt der gesamtwirtschaftliche Stellenwert der Industrie bundesweit noch etwas höher aus als in Bremen. Das verarbeitende Gewerbe konnte in den letzten zehn Jahren bundesweit seinen gesamtwirtschaftlichen Anteil mit 21 % in etwa behaupten (1999: 22 %), was die Revitalisierung der Industrie in der jüngeren Vergangenheit zumindest in Deutschland eindrucksvoll dokumentiert.

Aus dem im Vergleich etwas geringeren Bruttowertschöpfungsanteil des bremischen verarbeitenden Gewerbes lässt sich nicht ableiten, dass die Industrie in Bremen eine weniger hohe Bedeutung hat als bundesweit. Denn neben dem geringen Anteilsunterschied ist vor allem zu berücksichtigen, dass in der Regel Großstädte – insbesondere mit einem hohen Hafen- und Handelsanteil – vom Logistik- bzw. Dienstleistungssektor dominiert werden, womit zwangsläufig eine tendenzielle Unterschätzung des Stellenwertes der Industrie auf Basis der rein rechnerischen Anteile verbunden ist. Dies zeigt ein Vergleich mit Hamburg, wo im Jahr 2009 der gesamtwirtschaftliche Anteil des verarbeitenden Gewerbes 13 % betrug.

Stellt man einen anderen, ausschließlich Großstädte einbeziehenden Vergleichsmaßstab auf, so gelangt man zu dem Ergebnis, dass Bremen einer der bedeutsamsten Industriestandorte in Deutschland ist: So ist Bremen – an dieser Stelle ausnahmsweise in kommunaler Betrachtung als Stadtgemeinde – von der Bevölkerung her die zehntgrößte deutsche Stadt und gleichzeitig die sechstgrößte Industriestadt. Auf 1000 stadtbremische Einwohner kommen etwa 100 Industriebeschäftigte.

Abbildung 1: Anteil der BWS im verarbeitenden Gewerbe an der BWS insgesamt



## 2.2 Strukturmerkmale der bremischen Industrie

Das bremische verarbeitende Gewerbe verfügt über sehr spezifische Strukturmerkmale.

Dies betrifft vornehmlich den Branchenmix. Ein hervorzuhebendes Schwergewicht der bremischen Industrie bildet der Straßen-, Luft- und Raumfahrzeugbau. Da dieser Bereich vor allem Umsätze aus dem Ausland erwirtschaftet, ist die Exportorientierung der bremischen Industrie von besonderer Bedeutung.

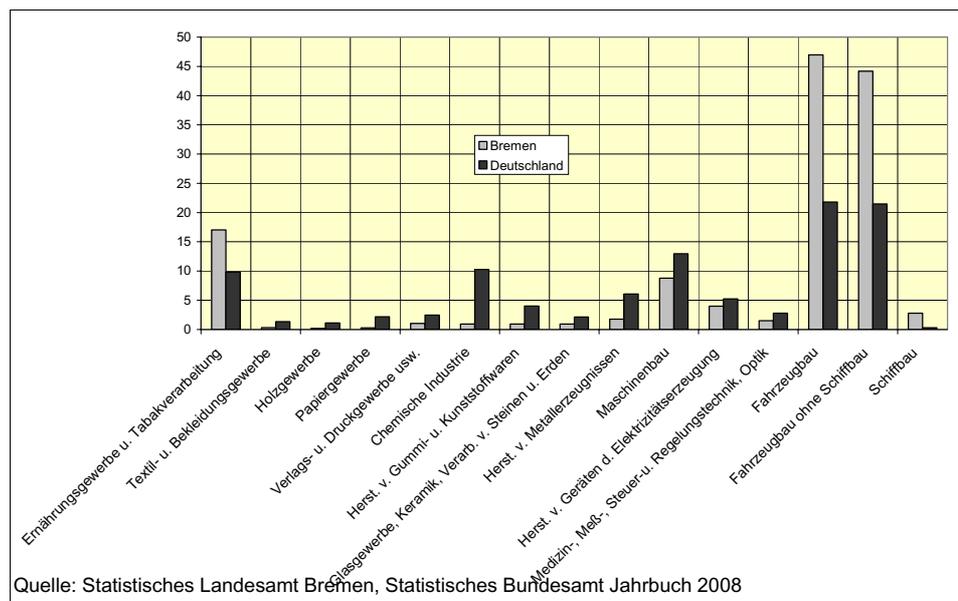
### 2.2.1 Branchenstruktur

Im Jahr 2008 wurden in Bremen Umsätze im verarbeitenden Gewerbe von insgesamt gut 20 Mrd. € erzielt. Mit einem Anteil von nahezu zwei Dritteln der Gesamtumsätze (63 %) nimmt der vom Straßen-, Luft- und Raumfahrzeugbau dominierte Investitionsgüterbereich die herausragende Position innerhalb des verarbeitenden Gewerbes in Bremen ein. Für den sogenannten Vorleistungsbereich (z. B. Stahlindustrie) ergeben sich 21 %. Und die von der Nahrungs- und Genussmittelindustrie gekennzeichneten Verbrauchsgüterproduzenten erzielten 14 % des Gesamtumsatzes in 2008. Die Gebrauchsgüterproduzenten schließlich erwirtschafteten 2 %.

Bei einer weiteren Unterteilung des für Bremen wichtigsten Bereiches der Investitionsgüterhersteller wird die Dominanz des Straßen-, Luft- und Raumfahrzeugbaus deutlich. Insgesamt resultiert aus diesem Industriebereich knapp die Hälfte der Umsätze, die im gesamten bremischen verarbeitenden Gewerbe erwirtschaftet werden. Nennenswert im Investitionsgüterbereich ist zudem der Maschinenbau, in dem 8 % der bremischen industriellen Umsätze erzielt werden.

Im Ernährungsgewerbe einschließlich der Tabakverarbeitung, das sich hauptsächlich im Verbrauchsgüterbereich konzentriert, entstehen insgesamt 17 % der Gesamtumsätze. Eine weitere für Bremen immer noch wichtige Industriebranche ist die Verarbeitung von Kaffee und Tee, in der fast 5 % aller Umsätze zustande kommen. Zusammengefasst ist die bremische Industrie im Wesentlichen auf die Branchen des Fahrzeugbaus sowie der Ernährungsindustrien konzentriert. Hier werden insgesamt nahezu drei Viertel aller Umsätze des verarbeitenden Gewerbes in Bremen erwirtschaftet. Die bremische Industrie ist damit insgesamt erheblich branchenkonzentrierter als im Bundesdurchschnitt.

Abbildung 2: Umsatzanteile der Wirtschaftszweige im verarbeitenden Gewerbe in %



### 2.2.2 Betriebsgrößenstruktur

In Bremen haben Großindustriunternehmen vor allem für die Beschäftigung einen maßgeblichen Stellenwert. 2008 hatten von den insgesamt 316 vom Statistischen Landesamt befragten bremischen Industriebetrieben 156 (49 %) zwischen 20 und 49 Beschäftigte sowie 143 (45 %) zwischen 50 und 499 Beschäftigte. 17 Betriebe schließlich beschäftigten 500 Personen und mehr (gut 5 %). Insgesamt beschäftigten die Betriebe in dieser Größenklasse gut 32 000 (sozialversicherungspflichtige) Personen, was rund 60 % der insgesamt beschäftigten Personen in den befragten Betrieben, die alle mehr als 19 Beschäftigte hatten, entspricht. Beträchtlich mehr als die Hälfte aller bremischen Industriebeschäftigten arbeitet also in Großbetrieben. Noch deutlich stärker ist dieses Verhältnis in den Wirtschaftszweigen mit den höchsten Umsatzanteilen – also dem Straßen-, Luft- und Raumfahrzeugbau sowie dem Ernährungsgewerbe – ausgeprägt.

Dass die bremische Industrie überdurchschnittlich durch Großunternehmen gekennzeichnet ist, zeigt der Bundesvergleich sehr deutlich. Von den insgesamt rund 46 500 Betrieben, die 2007 in Deutschland im verarbeitenden Gewerbe gezählt wurden, hatten „nur“ etwa 1800 Betriebe 500 Beschäftigte und mehr (3,8 %). Diese Betriebe beschäftigten etwa 40 % aller im verarbeitenden Gewerbe tätigen Personen und damit vergleichsweise wesentlich weniger als im Landesdurchschnitt Bremens. Diese Bremen-Bund-Abweichung schlägt sich in den Branchen Fahrzeugbau sowie Ernährungsgewerbe besonders stark nieder. Landestypisch sind die bremische Industrie insgesamt sowie vor allem deren wichtigste Wirtschaftszweige im Übrigen dadurch charakterisiert, dass die in Bremen tätigen Großunternehmen bzw. deren Mütter weitgehend ihren Hauptsitz außerhalb Bremens haben.

So entfallen allein auf die Bremer Betriebsstätten der zehn Unternehmen

- Daimler/Mercedes-Benz,
- Airbus,
- Astrium,
- ArcelorMittal,
- Anheuser-Busch Inbev/Beck's,
- Kraft Foods,
- Siemens,
- ThyssenKrupp Krause,
- Atlas Elektronik sowie,
- Rheinmetall Defence Electronics,

die global wettbewerbsstarken und in der Regel weltweit agierenden Konzernen angehören und deren Firmenzentralen sich in anderen Städten des In- und Auslandes befinden, nahezu 30 000 Beschäftigte und damit fast die Hälfte des gesamten bremischen Industriebeschäftigtenstandes. So können Produktionsschwankungen allein im bremischen Daimler-Werk deutlich spürbar auf die gesamte bremische Industriekonjunktur und sogar merklich auf die bremische gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate durchschlagen.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass dem überwiegenden Teil dieser Bremer Betriebsstätten zumindest im westeuropäischen Konzernverbund dieser Unternehmen jeweils ein hoher Stellenwert zuzuordnen ist. Dies gilt sowohl für die Größe dieser Werke als auch für deren Kompetenzschwerpunktsetzungen am Standort Bremen.

So ist u. a. das Mercedes-Werk Bremen mit etwa 13 000 Beschäftigten der zweitgrößte Standort des Daimler-Konzerns und der bei weitem größte private Arbeitgeber in der Region. Indem das Bremer Werk in den nächsten Jahren nunmehr zum Kompetenzzentrum der Baureihe C-Klasse wird, wird zudem die Stellung des Bremer Standorts im Gesamtunternehmen nachhaltig gestärkt. Des Weiteren steht das Airbus-Werk Bremen als zweitgrößter deutscher Standort dieses Unternehmens im europaweiten Konzernverbund für die Schwerpunktbereiche Flügelausrüstung sowie Hochantriebssysteme. EADS Astrium wiederum wird zu Recht als das europäische Zentrum der bemannten Raumfahrt bezeichnet.

Darüber hinaus ist das Bremer Stahlwerk als sogenanntes integriertes Hüttenwerk (Kombination von Eisenerzeugung/„Flüssigphase“ und Stahlweiterverarbeitung) für ArcelorMittal von großer Relevanz. Schließlich haben die Bremer Betriebsstätten von InBev und Kraft Foods neben ihren supranationalen Leitungsfunktionen als Stammsitz der Welt-Marke „Beck's“ sowie als Zentrum für löslichen und entkoffeinierten Kaffee eine substantielle Bedeutung für den jeweiligen Gesamtkonzern.

Andererseits gibt es z. B. mit

- Kaefer Isoliertechnik,
- OHB,
- Vitakraft,
- Saacke und
- O. A. Schwimmbeck

industrielle Großunternehmen mit bremischer Firmenzentrale und überwiegend expansiven Zukunftsperspektiven sowie vor allem auch mittelgroße inhabergeführte Unternehmen, die ihren Firmensitz in Bremen haben. Für die Sicherung und das Wachstum der industriellen Arbeitsplätze sind solche Unternehmen von hoher Bedeutung.

### 2.2.3 Exportquote

Die bremische Industrie unterscheidet sich nicht nur in Bezug auf die sektorale und betriebsgrößenbezogene Konzentration von der bundesweiten, sondern auch mit Blick auf die Außenwirtschaftsorientierung. Als Maßstab für den Nachweis der Außenwirtschaftsintensität und damit zumindest tendenziell der internationalen Wettbewerbsfähigkeit lässt sich die Exportquote heranziehen, die das Verhältnis von Auslandsumsatz zu Gesamtumsatz im verarbeitenden Gewerbe wiedergibt. In Zeiten expandierender Auslandsmärkte profitieren Regionen mit hoher Exportquote in der Regel überdurchschnittlich. Auf der anderen Seite kann es zu überproportionalen Verlusten kommen, wenn – wie derzeit – die Weltkonjunktur in schwieriges Fahrwasser gerät. Langfristig betrachtet gibt es allerdings im Zuge der fortschreitenden Globalisierung hinsichtlich der Auslandsmärkte einen stetigen Aufwärtstrend und damit für exportorientierte Unternehmen generell günstige Rahmenbedingungen.

2008 wurde etwa jeder zweite Euro von der bremischen Industrie auf Auslandsmärkten Erlöst. Wenigstens die Hälfte der in Bremen erzeugten Produkte geht seit langer Zeit kontinuierlich ins Ausland. Die Exportquote lag mit 53 % zudem im Jahr 2008 an der Spitze der bundesdeutschen Länder. Im Bundesschnitt erreichte diese Quote einen Wert von 43 %. Branchenspezifisch erreicht dabei das durch den Fahrzeugbau dominierte Investitionsgüter produzierende Gewerbe mit einer Exportquote 2008 in

Höhe von 64 % einen Spitzenplatz. Im traditionell relativ wenig exportintensiven Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe mit dem Schwerpunkt Ernährungsindustrie werden dem gegenüber mit nur 15 % deutlich geringere Umsatzanteile aus dem Ausland nachgewiesen.

### 2.3 Entwicklung der bremischen Industrie von 1999 bis 2009 im Vergleich zur bremischen Gesamtwirtschaft

Die Entwicklung der Industrie im Vergleich zur Gesamtwirtschaft im Land Bremen wird im Folgenden anhand der Indikatoren

- Wertschöpfung,
- Produktivität,
- Arbeitsplätze sowie
- Investitionstätigkeit

dargestellt. Der Vergleich zeichnet ein recht differenziertes Bild, belegt insgesamt aber die nach wie vor hohe Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes insbesondere für die standortbezogene Investitionstätigkeit. Trotz der absoluten und vor allem relativen Beschäftigungsverluste gilt dies auch – und insbesondere im Vergleich zum deutlich gewachsenen Dienstleistungssektor – für den Bestand und die Sicherung qualifizierter Vollzeitbeschäftigter.

#### 2.3.1 Wertschöpfung

Abbildung 3 zeigt die langfristige Entwicklung der realen Bruttowertschöpfung als zentraler Indikator der wirtschaftlichen Leistung im verarbeitenden Gewerbe sowie in der Gesamtwirtschaft in Bremen. Aus dem Vergleich wird ersichtlich, dass die Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe dynamischer verläuft und stärkere Schwankungen aufweist. Zudem ist festzuhalten, dass im Betrachtungszeitraum 1999 bis 2009 in Bremen, entsprechend dem Bundestrend, das industrielle Wachstum (4 % oder jahresdurchschnittlich 0,4 %) mit dem gesamtwirtschaftlichen (14 % bzw. 1,3 %) nicht Schritt halten konnte, was allerdings maßgeblich auf den im verarbeitenden Gewerbe krisenbedingt wesentlich stärkeren Rückgang in 2009 zurückzuführen ist.

Abbildung 3

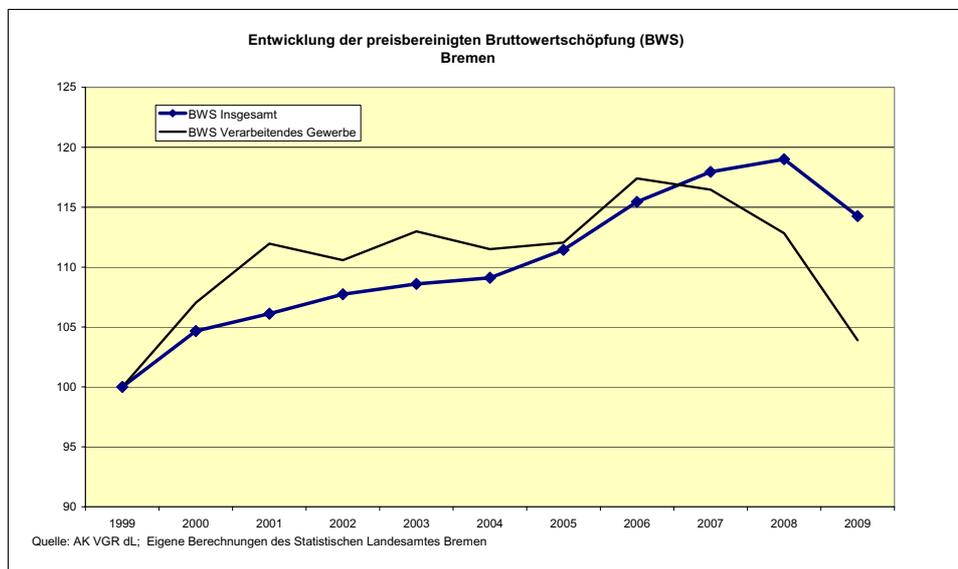


Tabelle 1

Bruttowertschöpfung preisbereinigt	1999	2009	1999 bis 2009		
	Mrd. €		Ver- änderung absolut	Ver- änderung in %	Jährlich in %
Verarbeitendes Gewerbe	4,0	4,2	0,2	3,9	0,4
Gesamtwirtschaft	19,0	21,7	2,7	14,3	1,3

### 2.3.2 Produktivität

Die Produktivität, die generell als ein maßgeblicher Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit eingestuft wird, misst man zumeist anhand der auf eine tätige Person entfallenden Wirtschaftsleistung.

Die bremische Industrie verfügt über eine ausgeprägte Produktivitätsstärke. Im Jahr 1999 lag die je Erwerbstätigen generierte reale Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe bei gut 57 000 € und damit um 15 % über dem bremischen gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt (50 000 €). Im Jahr 2009 überstieg die industrielle Produktivität mit rund 67 000 € die in der bremischen Gesamtwirtschaft sogar um etwa 12 000 € je Erwerbstätigen oder gut ein Fünftel. Der positive Abstand der Produktivität im verarbeitenden Gewerbe zu den übrigen Wirtschaftsbereichen – vor allem den Dienstleistungen – hat sich demnach deutlich ausgeweitet (siehe Tabelle 2).

Die bremische Produktivitätsentwicklung über den gesamten Zeitraum hinweg war in der Gesamtwirtschaft damit von der Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes determiniert, das von 2002 bis 2006 einen regelrechten Produktivitätsschub verzeichnete (siehe Abbildung 4). Der gesamte Anstieg um rund 10 000 € je Erwerbstätigen bzw. gut ein Sechstel belegt, dass die bremische Industrie als ein wesentlicher Motor der Innovationsentwicklung in den letzten zehn Jahren weiter an Kraft gewonnen hat. Im gesamten Zeitraum von 1999 bis 2009 fiel der an der realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen gemessene bremische Produktivitätsfortschritt im verarbeitenden Gewerbe mit jahresdurchschnittlich 1,6 % deutlich höher aus als in der Gesamtwirtschaft (1,1 %).

Wie bundesweit waren diese überdurchschnittlichen Produktivitätsfortschritte über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg betrachtet gleichwohl nicht mit einem Produktionswachstum verbunden, das oberhalb des gesamtwirtschaftlichen Wachstums lag.

Abbildung 4

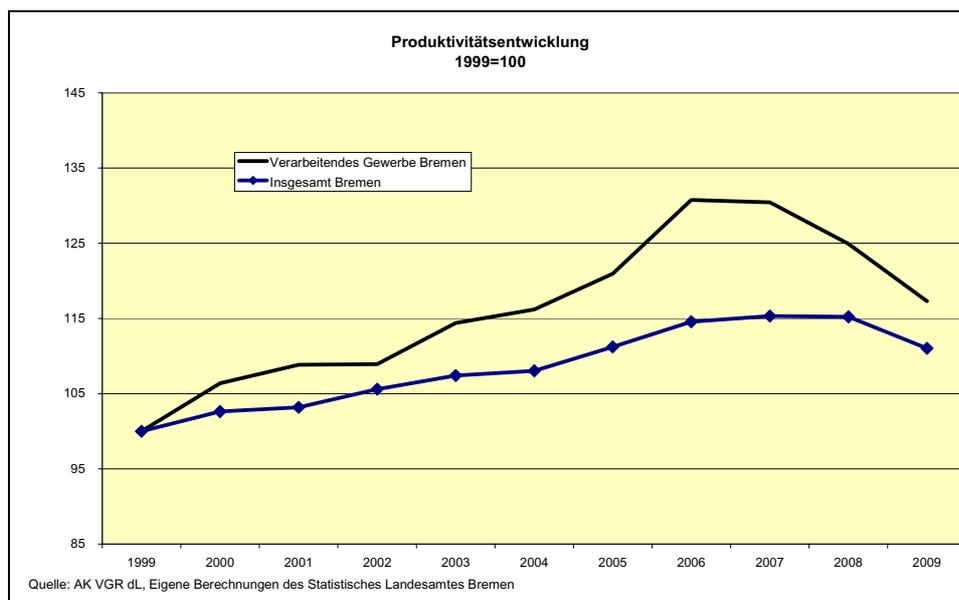


Tabelle 2

Produktivität preisbereinigt (BWS je Erwerbstätigen)	1999	2009	1999 bis 2009		
	in 1000 €		Veränderung absolut	Veränderung in %	Jährlich in %
Verarbeitendes Gewerbe	57,4	67,3	9,9	17,3	1,6
Gesamtwirtschaft	50,0	55,6	5,5	11,0	1,1

### 2.3.3 Arbeitsplätze

Im Jahr 1999 arbeiteten etwa 70 100 Erwerbstätige in der Industrie Bremens. Dies entsprach einem Anteil von 18 % aller bremischen Erwerbstätigen (rund 380 000). Zehn Jahre später war dieser Anteil auf 16 % gesunken. So waren 2009 in Bremen mit circa 62 100 Personen etwa 8000 weniger im verarbeitenden Gewerbe erwerbstätig. In der Gesamtwirtschaft kam es demgegenüber in diesem Zeitraum zu einem Zugewinn von etwa 11 000 Personen auf rund 391 000. Das heißt, außerhalb der Industrie konnte in den betrachteten zehn Jahren eine Beschäftigungsausweitung von circa 19 000 Personen erreicht werden.

In diesem Zusammenhang spielt generell eine Rolle, dass sich die Beschäftigungsanteile der Wirtschaftsbereiche in Zusammenhang mit einer intensiveren Tertiarisierung verschoben haben. Industrieunternehmen haben zum Zweck einer stärkeren Arbeitsteilung oftmals zu produzierenden Einheiten zuzurechnende Betriebsteile ausgelagert (Outsourcing), wobei in der Folge diese im Industriebereich zu verzeichnenden Verluste im Dienstleistungssektor zumindest tendenziell wieder ausgeglichen worden sind. Primär abhängig bleiben solche Arbeitsplätze in der Regel freilich weiterhin von der originären Wertschöpfung im Bereich der Warenproduktion. Darüber hinaus spielt hier der nicht zuletzt in der Industrie verbreitete Trend eine Rolle, dass ehemalige „Kern“arbeitsplätze durch flexible Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung substituiert werden, die statistisch in der Regel dem Dienstleistungssektor zugeordnet werden.

In den betrachteten zehn Jahren ging das moderate Produktionswachstum bei gleichzeitig hohen Produktivitätsfortschritten also mit einem deutlichen Arbeitsplatzrückgang in der bremischen Industrie von insgesamt 11 % einher. Dagegen konnte die bremische Gesamtwirtschaft im selben Zeitraum eine leichte Personalaufstockung um insgesamt 3 % verbuchen, indem der Zuwachs an wirtschaftlicher Gesamtleistung etwas höher ausfiel als das Produktivitätswachstum. Dabei öffnete sich die „Beschäftigungsschere“ zuungunsten der Industrie ab 2002 beträchtlich (siehe Abbildung 5).

Bei einem Vergleich auf der Grundlage der Erwerbstätigenproduktivität ist allerdings zu relativieren, dass Teilzeitbeschäftigung und sogenannte geringfügige Beschäftigungsverhältnisse im gesamten Dienstleistungssektor einen erheblich höheren Stellenwert haben als in der Industrie, was sich eindrucksvoll bereits bei der weitaus überdurchschnittlichen Bruttowertschöpfung je Industrieerwerbstätigen gezeigt hat. Dies belegt auch die nach wie vor hohe Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes für die Sicherung qualifizierter Vollzeitbeschäftigung.

Abbildung 5

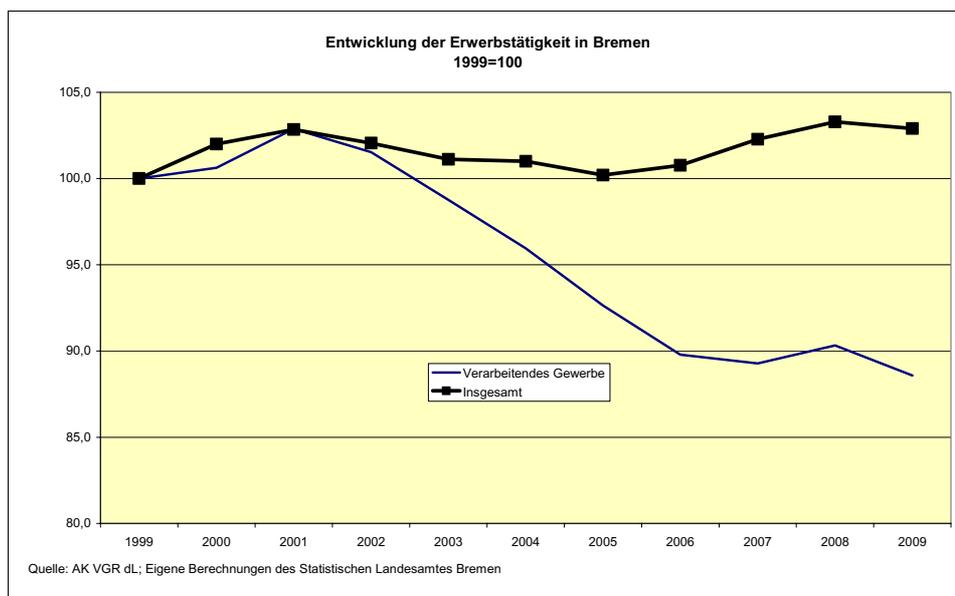


Tabelle 3

Erwerbstätige	1999	2009	1999 bis 2009		
	Personen		Ver- änderung absolut	Ver- änderung in %	Jährlich in %
Verarbeitendes Gewerbe	70 081	62 082	- 7 999	- 11,4	- 1,2
Gesamtwirtschaft	379 875	390 887	11 012	2,9	0,3

Die obigen Ausführungen bezüglich der Beschäftigungsstruktur werden durch folgende Zahlen/Kennziffern anhand der verfügbaren detaillierten Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVPB) mit Stand Mitte 2008 untermauert. Diese Statistik erfasste zu diesem Zeitpunkt im bremischen verarbeitenden Gewerbe (VG) etwa 59 200 Personen, was 93,5 % der bremischen industriellen Gesamtbeschäftigung (Erwerbstätige) entsprach. Dieser Anteil lag in der bremischen Gesamtwirtschaft (GW) mit 72,5 % (= rund 285 000 SVPB) erheblich niedriger.

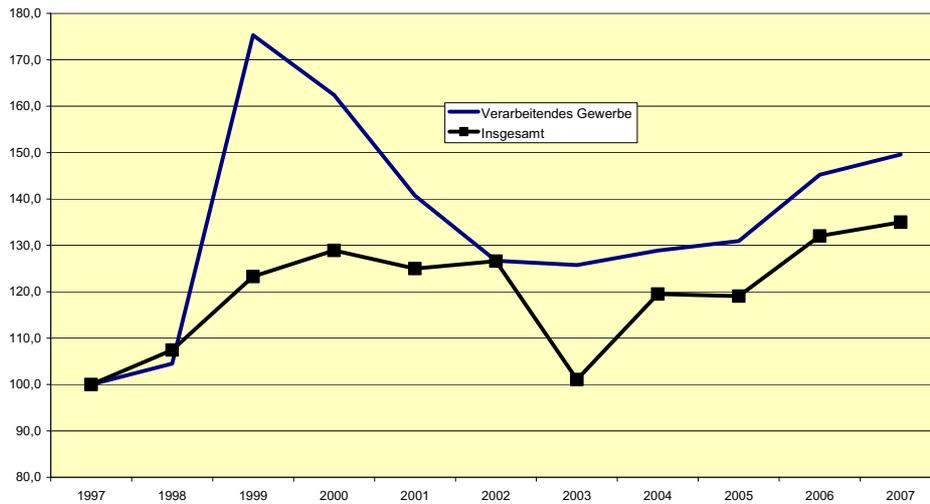
Im Einzelnen ist auf der Basis von gut 48 000 männlichen und gut 11 100 weiblichen SVPB im bremischen verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2008 festzuhalten:

- In der Industrie ist der Frauenanteil im Vergleich zur Gesamtwirtschaft weit unterdurchschnittlich (VG: 19 %; GW: 43 %).
- Die industrielle Teilzeitbeschäftigungsquote fällt gleichzeitig beträchtlich niedriger aus (VG: 6 %; GW: 19 %). Während 80 % aller Teilzeitkräfte in der Gesamtwirtschaft Frauen sind, beträgt der entsprechende Anteil in der Industrie nur 60 %.
- Die industrielle Ausbildungsquote (duales System) ist ebenfalls unterdurchschnittlich (VG: 3,8 %; GW: 4,9 %). Und während in der Gesamtwirtschaft fast die Hälfte aller Auszubildenden weiblich sind (47 %), ist in der Industrie nur etwa eine/einer von vier Auszubildenden weiblich (26 %).
- Im Hinblick auf die Qualifikation der Beschäftigten schneidet die Industrie deutlich besser ab, was die Mitarbeiter/-innen ohne (abgeschlossene) Berufsausbildung anbelangt. Während in der Gesamtwirtschaft 21 % der Beschäftigten keine (abgeschlossene) Berufsausbildung haben, sind dies in der Industrie nur 13 %. Und in der Gesamtwirtschaft besteht diese Personengruppe zu 44 % aus Frauen gegenüber nur 30 % in der Industrie.
- In Bezug auf eine akademische Ausbildung (Universität, Fachhochschule) gibt es demgegenüber keine signifikanten Unterschiede (VG: 19 %; GW: 20 %). Allerdings ist in der Industrie nur gut jede/jeder Fünfte dieser Personengruppe eine Frau (22 %). In der Gesamtwirtschaft ergibt sich diesbezüglich mit 43 % ein etwa doppelt so hoher Anteil.
- Schließlich gibt es hinsichtlich der Quote der ausländischen Arbeitnehmer/-innen an der Gesamtbeschäftigung nur eine marginale Differenz (VG: 7 %; GW: 6,5 %).

#### 2.3.4 Investitionstätigkeit

Auf lange Sicht – hier ist aus Gründen der Datenverfügbarkeit der Zeitraum 1997 bis 2007 die Basis – gab es in der bremischen Industrie eine deutlich regere Investitionstätigkeit als in der bremischen Wirtschaft insgesamt. So sind die Investitionen in Bremen im verarbeitenden Gewerbe im betrachteten Langfristzeitraum besonders stark gestiegen. Im Jahresdurchschnitt betrug die Zuwachsrate für die Industrie 4,1 %, was insgesamt eine Ausweitung um nahezu die Hälfte bedeutet. Mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 3,0 % fiel die Entwicklung im selben Zeitraum auf bremischer gesamtwirtschaftlicher Ebene nicht ganz so kräftig aus (siehe Abbildung 6).

Abbildung 6

**Bruttoanlageinvestitionen (Neue Anlagen)  
Preisbereinigt**


Quelle: AK VGR dL; Eigene Berechnungen des Statistischen Landesamtes Bremen

Tabelle 4

Investitionen	1997	2007	1997 bis 2007		
	in Mrd. €		Veränderung absolut	Veränderung in %	Jährlich in %
Verarbeitendes Gewerbe	0,5	0,7	0,2	49,6	4,1
Gesamtwirtschaft	3,0	4,0	1,0	35,0	3,0

Die Industrieinvestitionen in Bremen zeigen ab 1997 zunächst noch einen gebrochenen Trend mit einem Sprung im Jahr 1999. Hauptgrund für den „Ausreißer“ in jenem Jahr war die Einrichtung einer vollkommen neuen Produktionsstraße im Bereich des Straßenfahrzeugbaus. Ab dem Jahr 2003 gab es dann entgegen der bremischen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bei den industriellen Investitionen einen kontinuierlichen Aufwärtstrend. Schlussendlich war die im Vergleich zur Gesamtwirtschaft merklich intensivere Investitionstätigkeit in der bremischen Industrie langfristig mit einem erheblich ausgeprägteren Produktivitätsfortschritt, jedoch nicht mit einem höheren Wachstum der Produktionsleistung verbunden.

#### 2.4 Entwicklung der bremischen Industrie von 1999 bis 2009 im Vergleich zur Bundesentwicklung

Die Analyse der Entwicklung der Industrie im Land Bremen im Vergleich zur Bundesentwicklung ergibt anhand der gleichen Indikatoren wie im vorherigen Abschnitt ebenfalls ein recht differenziertes Bild.

Auch im Bundesvergleich liegen die Investitionstätigkeit und das Produktivitätsniveau des verarbeitenden Gewerbes überdurchschnittlich hoch, was für die Attraktivität des Standortes spricht. Bei den Kennziffern für die Beschäftigung dagegen liegt Bremen zum Teil deutlich unter den Bundeswerten.

##### 2.4.1 Wertschöpfung

Das verarbeitende Gewerbe in Bremen, das von 1999 bis 2009 einen Anteil von rund 1 % am gesamten deutschen verarbeitenden Gewerbe aufwies, vermochte mit der bundesdurchschnittlichen industriellen Wachstumsentwicklung langfristig Schritt zu halten (siehe Abbildung 7). Da der industrielle Abschwung in Bremen 2009 beträchtlich geringer ausfiel als bundesweit, schnitt die bremische Industrie über den gesamten Zeitraum hinweg betrachtet etwas besser ab. Mit einem bremischen Produktionswachstum von 4 % oder jährlich 0,4 % wurde das deutschlandweite Ergebnis (2 % bzw. 0,2 %) leicht übertroffen.

Festzuhalten ist gleichwohl, dass unter Ausklammerung des absoluten Krisenjahres 2009 das deutsche verarbeitende Gewerbe im abgelaufenen Jahrzehnt wertschöpfungsseitig um etwa ein Viertel expandierte, was die These der „Renaissance“ der Industrie anschaulich untermauert.

Abbildung 7

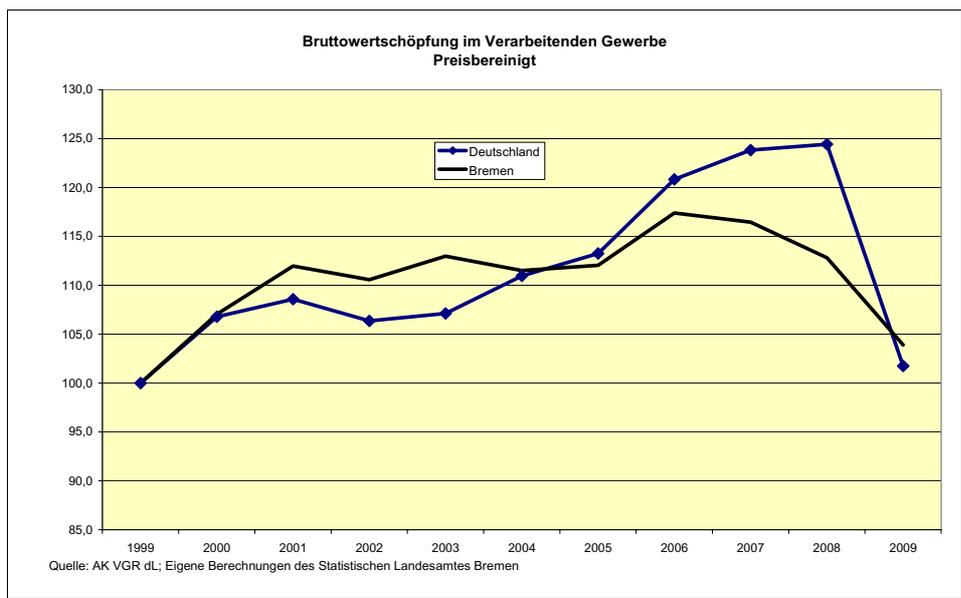


Tabelle 5

Bruttowertschöpfung preisbereinigt Verarbeitendes Gewerbe	1999	2009	1999 bis 2009		
	in Mrd. €		Ver- änderung absolut	Ver- änderung in %	Jährlich in %
Deutschland	398,9	405,9	6,9	1,7	0,2
Bremen	4,0	4,2	0,2	3,9	0,4

2.4.2 Produktivität

Dass die bremische Industrie über eine ausgeprägte Produktivitätsstärke verfügt, zeigt auch der Bundesvergleich. Die industrielle Produktivität – wiederum gemessen als preisbereinigte Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen – lag 1999 in Bremen mit gut 57 000 € um etwa 8000 € oder ein Sechstel über dem bundesdurchschnittlichen Niveau. Von 1999 bis 2007 verliefen die industriellen Produktivitätsfortschritte in Bremen und Deutschland weitgehend parallel (siehe Abbildung 8). 2009 überschritt die Produktivität in der bremischen Industrie die im gesamten Bundesgebiet mit gut 67 000 € nunmehr um rund 13 000 € oder knapp ein Viertel. Im Betrachtungszeitraum hat also der Abstand zugunsten Bremens spürbar zugenommen (siehe Tabelle 6).

Abbildung 8



Tabelle 6

Produktivität im verarbeitenden Gewerbe (BWS je Erwerbstätigen)	1999	2009	1999 bis 2009		
	in 1000 €		Veränderung absolut	Veränderung in %	Jährlich in %
Deutschland	49,6	54,4	4,8	9,7	0,9
Bremen	57,4	67,3	9,9	17,3	1,6

Dies spricht für die gelungene Ausrichtung der bremischen Industrie auf globale Anforderungen nach Innovation und Technik. Die Produktivität wird aber auch maßgeblich durch den Branchen- und Betriebsgrößenmix bestimmt. Für Großstädte prinzipiell typische Betriebe mit einer hohen Kapitalintensität, die in Bremen in einigen Wirtschaftszweigen dominieren, weisen in der Regel über dem Durchschnitt liegende Produktivitäten auf. Die Entwicklung hat sich zudem ab dem Jahr 2002 merklich beschleunigt. Sowohl auf Bundesebene und auch in Bremen kam es vor dem Hintergrund des zunehmenden Globalisierungsdrucks zu einem steileren Aufwärtspfad (siehe Abbildung 8). Die tief greifende Krise in der jüngeren Vergangenheit führte dann allerdings insbesondere deutschlandweit zu erheblichen Produktivitätsverlusten. Im gesamten Betrachtungszeitraum fiel vor diesem Hintergrund der industrielle Produktivitätszuwachs in Bremen mit insgesamt 17 % oder jahresdurchschnittlich 1,6 % deutlich höher aus als bundesweit (10 % bzw. 0,9 %).

### 2.4.3 Arbeitsplätze

Mit dem höheren Produktivitätsanstieg in Bremen ging einher, dass von 1999 bis 2009 in der Industrie auch bei etwas größerem Produktionswachstum vergleichsweise deutlich mehr Arbeitsplätze wegfielen als bundesweit. So hat sich die Zahl der Industrieerwerbstätigen in Bremen in den betrachteten zehn Jahren mit 11 % in Relation merklich ausgeprägter verringert als bundesweit (- 7 %). Zudem koppelte sich die bremische Industriebeschäftigung vom Bundestrend erst ab 2005 spürbar ab (siehe Abbildung 9).

Die bereits beschriebene Tertiarisierung und damit verbundene Verschiebung der Beschäftigungsanteile spielen in diesem Zusammenhang für Bremen und auch im Bund eine wichtige Rolle. Durch die Auslagerung (Outsourcing) von vormals produzierenden Einheiten verzeichnet der industrielle Bereich Verluste, die zumindest tendenziell im Dienstleistungssektor ausgeglichen werden. Verbunden ist damit also eine Veränderung in der Struktur und teilweise auch Qualität von Beschäftigung (vergleiche 2.3.3).

Abbildung 9

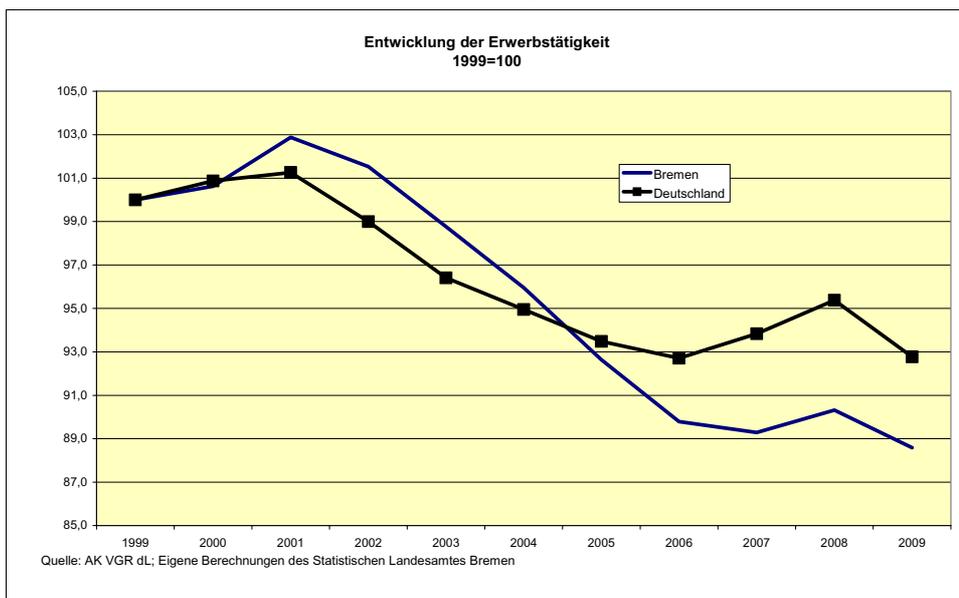


Tabelle 7

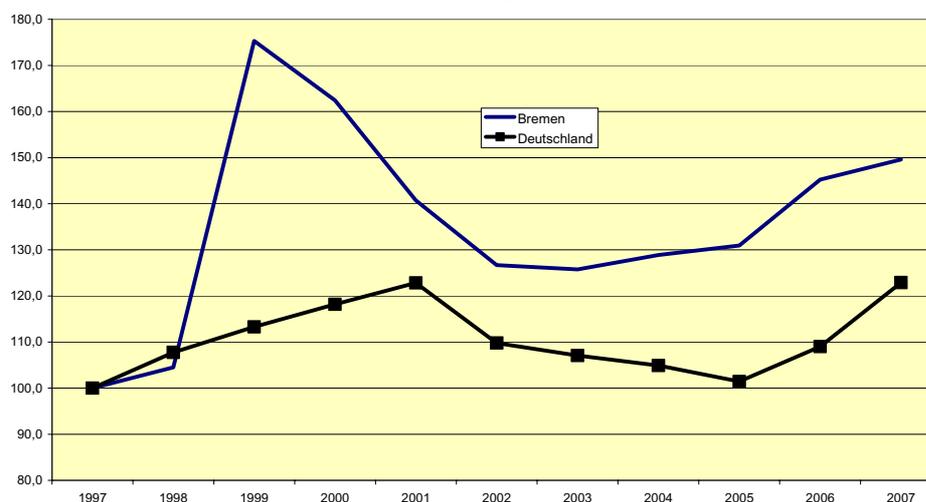
Erwerbstätige verarbeitendes Gewerbe	1999	2009	1999 bis 2009		
	Personen in 1000		Ver- änderung absolut	Ver- änderung in %	Jährlich in %
Deutschland	8039	7458	- 581	- 7,2	- 0,7
Bremen	70,1	62,1	- 8,0	- 11,4	- 1,2

#### 2.4.4 Investitionstätigkeit

Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Globalisierung, in deren Rahmen vor allem auch supranationale Verlagerungen von Produktionskapazitäten zu beobachten sind, spiegelt eine Intensivierung von Investitionsbereitschaft prinzipiell die Attraktivität eines Standortes wider. Das kann in der Folge in den betreffenden Sektoren zu Wachstumsraten führen, die über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt liegen. Zudem können dann in einer industrialisierten Region Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden, die einen deutlich höheren Ausbildungsstand erfordern und somit höher entlohnt werden. Abbildung 10 zeigt – aus Gründen der Datenverfügbarkeit hier wiederum für den Zeitraum 1997 bis 2007 – die Investitionsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe in Bremen sowie im gesamten Bundesgebiet.

Abbildung 10

#### Bruttoanlageinvestitionen (Neue Anlagen) Preisbereinigt



Quelle: AK VGR dL; Eigene Berechnungen des Statistischen Landesamtes Bremen

Tabelle 8

Investitionen verarbeitendes Gewerbe	1997	2007	1997 bis 2007		
	in Mrd. €		Ver- änderung absolut	Ver- änderung in %	Jährlich in %
Deutschland	54,3	66,7	12,4	22,9	2,1
Bremen	0,5	0,7	0,2	49,6	4,1

In der bremischen Industrie verlief die Investitionstätigkeit im betrachteten Langfristzeitraum wesentlich reger als bundesweit. Während die bremische Industrie ihre Investitionsaktivitäten von 1997 bis 2007 um die Hälfte steigerte, betrug der Zuwachs im gesamten Bundesgebiet „nur“ knapp ein Viertel. Im Jahresdurchschnitt betrug die Wachstumsrate für Bremen 4,1 %. Mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 2,1 % war im selben Zeitraum auf Bundesebene ein beträchtlich niedrigerer Expansionspfad zu verzeichnen. Ab dem Jahr 2001 konnte der Bremer Anteil an den bundesdeutschen Investitionen im verarbeitenden Gewerbe kontinuierlich gesteigert werden, was eine steigende Attraktivität des Standortes signalisiert.

Mit der beträchtlich intensiveren Investitionstätigkeit in der bremischen Industrie war im Bundesvergleich langfristig sowohl ein größerer Produktivitätsfortschritt als auch ein höheres Wachstum der Produktionsleistung verbunden.

## 2.5 Standortbedingungen in Bremen

Die Investitionen seit den Achtzigerjahren haben dazu geführt, dass Infrastruktur, Wirtschaft und Wissenschaft auf einem hohen Standard sind und Bremen Anschluss an die wirtschaftliche Entwicklung in anderen Ländern gefunden hat. Nun gilt es, das Erreichte nachhaltig zu sichern und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts unter veränderten Rahmenbedingungen weiter zu verbessern. Eine konsequente thematische und regionale Prioritätensetzung sowie Konzentration auf die am Standort vorhandenen Stärken und Kompetenzen ist ebenso unerlässlich wie die Notwendigkeit, die Effizienz der Unterstützungsmaßnahmen zu steigern.

### 2.5.1 Innovation, Technologie, Forschung

Die Innovationspolitik ist ein wesentlicher Bestandteil der Wirtschaftsstruktur- und Standortpolitik des Landes Bremen. Im Sommer 2010 wird das neue Innovationsprogramm des Landes eingeführt, dessen Maßnahmen vor allem auch für die Akteure des verarbeitenden Gewerbes nutzbar sind. Deshalb wird an dieser Stelle die Verbindung vom Innovationsprogramm zu den industriellen Kernsegmenten aufgezeigt, ohne damit das Innovationsprogramm vollständig vorgestellt zu haben. Dafür wird auf die Lektüre des separaten Programmtextes verwiesen.

Die grundsätzlichen Ziele der Innovationspolitik sind die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, die Diversifizierung der Unternehmens- und Branchenstruktur sowie die Verbesserung der Standortbedingungen, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen. Als weiteres übergreifendes Ziel sind die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln zu verbessern. Dabei wird eine funktionierende und leistungsfähige Infrastruktur als Rückgrat für die wirtschaftliche Entwicklung angesehen.

Die technologische Ausgangssituation in der bremischen Industrie wird als heterogen eingeschätzt. Industriell bedeutsam ist der Technologie- und Wissenstransfer zwischen den Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, den Hochschulen und den wissenschaftlichen Einrichtungen. Im Rahmen der technologischen Weiterentwicklung des industriellen Sektors stehen deshalb diejenigen Branchen im Fokus, bei denen FuE-Aktivitäten sowie -Kooperationen einen hohen Stellenwert einnehmen.

- Im Bereich der Luft- und Raumfahrt wird Bremen durch den europaweit agierenden Konzern EADS mit seinen Unternehmensbereichen Airbus und Astrium geprägt. Für den Luftfahrzeugbau besteht insbesondere zum Thema innovativer Materialien, z. B. mit den Instituten IFAM, BIAS, IWT, FIBRE, eine hervorragende wissenschaftliche Infrastruktur zur Verfügung. Kompetenzschwerpunkte bestehen darüber hinaus unter verstärkter Einbeziehung von regionalen Zuliefer-KMU auf den Gebieten Hochauftriebssysteme, Frachtladesysteme sowie Werkstoff- und Fertigungstechnologien.
- In der Hochtechnologiebranche Raumfahrt verfügt Bremen über das gesamte technologische Know-how für die Bereiche Antrieb, Forschungsinfrastrukturen, Satellitentechnologie, rückkehrfähige Systeme, autonome Explorationsroboter sowie die Nutzung von Raumfahrtssystemen für orbitale und terrestrische Anwendungen. Neben EADS Astrium ist insbesondere die ebenfalls supranational tätige Fuchs-Gruppe (OHB) zu nennen, die Hauptauftragnehmer für Entwicklung und Produktion der ersten 14 Satelliten im Rahmen des Raumfahrtleitvorhabens GALILEO der EU ist. Bremen kann sich auf dieser Basis durch noch stärkere Zusammenarbeit von Industrie und Forschung als nationale und europäische Modellregion Raumfahrt weiter profilieren.
- Das in 2009 in Bremen gegründete CEON (Promotion Center for Communication, Earth Observation and Navigation Services) stellt in diesem Zusammenhang den Beginn des Aufbaus eines europaweit neuen und relevanten Anlaufpunktes bzw. Kompetenzzentrums für Satelliten gestützte(s) Umwelt- und Sicherheitsmonitoring bzw. Überwachung, Navigation sowie integrierte Anwendungen mit dem Schwerpunkt im maritimen Bereich, dar. Hier werden im Zuge der neuen Raumfahrtleitvorhaben der EU mit GMES (Global Monitoring for Environment and Security) sowie GALILEO (Satelliten gestützte Navigation) für die Raumfahrt-Szenerie der Hansestadt – insbesondere auch in Verknüpfung mit der Gesellschaft für Angewandten Umweltschutz und Sicherheit im Seeverkehr (GAUSS)

– beträchtliche Zukunftsperspektiven gesehen. Die Raumfahrtindustrie kann am Standort Bremen auf die wissenschaftliche Kompetenz des in 2007 angesiedelten DLR-Instituts für Raumfahrtsysteme, auf das Zentrum für angewandte Raumfahrttechnologie und Mikrogravitation (ZARM) mit seinem weltweit einzigartigen Fallturm, den Standort Bremen des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz (DFKI) mit einem Schwerpunkt in der Raumfahrtrobotik sowie auf das Institut für Umweltphysik (IUP), zurückgreifen.

- Wichtige Akzente für die Entwicklung der maritimen Wirtschaft – namentlich der Meerestechnik – und deren FuE-Potenziale hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaft mit ihrer „Strategie für eine integrierte Meerespolitik“ und dem „Aktionsplan für eine integrierte EU-Meerespolitik“ gesetzt. Das Land Bremen kann hierzu über eine exzellente und weltweit sichtbare Meeresforschung und ein hohes meeres technologisches Transferpotenzial einen Beitrag leisten. Die Windenergieanlagenproduktion mit dem Schwerpunkt Offshore in Bremerhaven und der Bereich Schiffbau/Spezialschiffbau bilden einen starken industriellen Kern der maritimen Wirtschaft im Land Bremen, aber auch die Bereiche Tiefseebergbau, Frühwarnsysteme und die Nutzung mariner Ressourcen aus dem Meer bieten für die Zukunft neue industrielle Entwicklungsmöglichkeiten. Im Hinblick auf die Perspektiven des Schiffbaus, der Nutzung der Windenergie auf See und der Meerestechnik sind weitere Ansätze insbesondere in Bezug auf Produkt- und Prozessinnovationen zu verfolgen und zu stärken. Als wissenschaftliche Kristallisationskerne dieser Sektoren sind das Fraunhofer IWES, aber auch das AWI oder Marum in Ergänzung zu der als Kompetenznetzwerk der Industrie anerkannten Windenergieagentur Bremerhaven/Bremen zu nennen.
- Weitere wichtige Aktionsfelder liegen in den Bereichen maritime Sicherheit – mit Schnittstellen zur Fernerkundung – und autonome Systeme (Roboter) für Explorationen und Monitoring. Im Rahmen eines Kompetenznetzes können hier die wissenschaftlichen Kompetenzen der Gebiete Maschinenbau, Robotik/Automatisierungstechnik, Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik, Leistungselektronik und Mikrosystemtechnik gebündelt werden und zu Unternehmenskooperationen führen.
- Als weitere relevante Branche im Rahmen der Intensivierung der Kooperation von Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen ist der Maschinen- und Anlagenbau zu nennen. Vor dem Hintergrund der weltweit angestrebten Verminderung von CO<sub>2</sub>-Emissionen ist es Bremen mit der Nordwestregion gelungen, eine europäische Vorreiterrolle beim Ausbau der regenerativen Energien durch gezielte Förderung der Entwicklung von Windenergieanlagen und die Bereitstellung geeigneter Teststandorte, Produktionsflächen sowie Infrastrukturen für den Offshorebereich zu erlangen. Mit dem Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) wurde am Standort Bremerhaven ein neuer wissenschaftlicher Schwerpunkt gesetzt. In Bremerhaven werden die wesentlichen Komponenten von Windenergieanlagen wie Turm, Generator, Flügel und Steuerungstechnik unter substanzieller Einbeziehung der regionalen FuE-Kompetenz bereitgestellt.

Das Land Bremen besitzt damit die außerordentliche Möglichkeit, zu einem europäischen Zentrum für die Wachstumsbranche Offshore-Windenergietechnik zu werden. Dank der Lage am seeschifftiefen Wasser, hervorragender Infrastrukturen und der gezielten Entwicklung des Unternehmensnetzwerkes „Windenergieagentur Bremerhaven/Bremen e. V.“ (wab) mit mittlerweile rund 250 Mitgliedern haben sich führende Unternehmen der Branche für den Standort entschieden. Im Hinblick auf eine hohe und noch steigende Nachfrage der Unternehmen der Offshore-Windenergiebranche nach Flächen sowie einer bedarfsgerechten Hafeninfrastuktur erhalten die Schaffung eines Offshoreterminals im Süden Bremerhavens sowie die Erschließung der im nördlichen Bereich der Luneplate befindlichen Gewerbeerwartungsflächen eine hohe Priorität. Hier wird in enger Zusammenarbeit mit der Kommune Bremerhaven an einer raschen Lösung gearbeitet.

- Für Bremerhaven ist aus industriepolitischer Perspektive zudem der Erhalt der Fisch- und Lebensmittel verarbeitenden Industrie als Kern des Querschnittssektors Ernährungswirtschaft mit seinen aktuell rund 5000 Arbeitsplätzen von Bedeutung. Nach wie vor handelt es sich hier um die beschäftigungsintensivste Branche Bremerhavens im engeren gewerblichen Bereich. Eine wesentliche Ur-

sache für die Stärke dieses Clusters ist in der hohen Kompetenz bei Produkt- und Verfahrensinnovationen zu sehen, die unmittelbar zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen beiträgt. Diese Kompetenz wird durch die Aktivitäten des Technologie-Transferzentrums (ttz) Bremerhaven und dem Biotechnologiezentrum Bio-Nord im Bereich der Lebensmitteltechnologie flankiert. Ein gänzlich neues Feld sind die im Aufbau befindlichen FuE-Kompetenzen im Bereich der Aquakultur. Mit dem Aufbau des Zentrums für Aquakulturforschung (ZAF) im Bereich der maritimen FuE-Meile Bremerhavens, im direkten Umfeld von AWI, iMare und künftig der Bundesfischereiforschung des Von Thünen Instituts kann es gelingen, Bremerhaven zum Kompetenzzentrum einer nachhaltigen Rohwarensicherung für die fischverarbeitende Industrie zu entwickeln.

Technologie- und Innovationspolitik kann nicht allein als lokales Politikfeld betrachtet werden, sondern bettet sich ein in die Politik des Bundes und der EU. In den Bereichen Forschung, Technologie und Innovation ist die europäische Dimension zukünftig insbesondere vor dem Hintergrund des Ausbaus von Clusterstrukturen konsequent zu berücksichtigen.

Mit dem Enterprise Europe Network Bremen (EEN-Bremen) steht den bremischen mittelständischen Industrieunternehmen eine leistungsfähige Beratungsinfrastruktur für die Nutzung europäischer Programme zur Verfügung. Diese Maßnahme wird zunehmend genutzt, um den Mehrwert für die Exportbestrebungen der Wirtschaft und die Kooperationsbeziehungen im europäischen Ausland zu initiieren und darzustellen.

Auf Bundesebene werden die Möglichkeiten zur landesseitigen Mitwirkung an der Gestaltung von Bundesstrategien oder daraus resultierenden spezifischen nationalen FuE-Förderprogrammen und/oder nationalen Masterplänen bzw. Roadmaps gezielt wahrgenommen. Das Monitoring der Innovationspolitiken von Bund und EU sowie diesbezügliche Beratungsaktivitäten sind eine wesentliche Komponente, um dieses Potenzial mit der Perspektive der Mobilisierung von FuE-Fördermitteln auf der Bundes- und EU-Ebene für die bremische Industrie zu erschließen.

Das „Innovations-Dreieck“ von regionalem Endproduzenten, regionalem KMU-Zulieferer und wissenschaftlicher Einrichtung vor Ort ist eine bedeutsame Voraussetzung für die Generierung oder Vervollständigung von industriellen Wertschöpfungs- bzw. Produktionsprozessketten. Befinden sich in Bezug auf ein Produkt alle Entwicklungs- und Herstellungsaktivitäten vom ersten Konstruktionsentwurf bis zur abschließenden Fertigungsphase an einem Standort, hat dies in der Regel in beträchtlichem Ausmaß Standort bindende Effekte. Ein diesbezüglich eindrucksvoller Nachweis für vermehrte Standortsicherheit ist die Verbindung des Entwicklungsbereichs Hochofentriebssysteme, der sich mit den beweglichen Flügelteilen befasst, und der Flugzeuglandeklappenproduktion bei Airbus Bremen.

### 2.5.2 Vernetzung der Akteure

Institutionalisierte Kooperationen leisten einen spürbaren Beitrag zur wettbewerbsstärkenden Zusammenarbeit. In den vergangenen Jahren wurde die Bildung von regionalen Netzwerken und Clustern unter maßgeblicher Beteiligung der Industrie innerhalb des Landes Bremen sowie auf der Ebene der Metropolregion Bremen-Oldenburg gezielt vorangetrieben. Als erfolgreiche Beispiele sind zu nennen:

- Luft- und Raumfahrt: AVIABELT Bremen e. V.,
- Energiewirtschaft: Windenergie-Agentur Bremerhaven/  
Bremen e. V. (wab),
- Automobil- und Zulieferindustrie: Automotive Nordwest,
- Ernährungswirtschaft: CEMBO,
- Umweltwirtschaft: partnerschaft umwelt unternehmen (puu).

Von einer Mitgliedschaft in einem Netzwerk oder Cluster kann ein industrieller Akteur in vielfältiger Weise profitieren. Neben dem Informations- und Erfahrungsaustausch, vornehmlich im technischen Bereich, werden Kooperationen initiiert. Gemeinsame Aktivitäten werden insbesondere in den Aufgabenfeldern

- Bildung von Akquise-Konsortien für gemeinsame Aufträge,
- Personalrekrutierung sowie
- imagestärkende Maßnahmen (Auftritte auf fachspezifischen Veranstaltungen u. a.)

entfaltet. Hinzu kommt, dass gerade Netzwerke oder Cluster ein sehr geeignetes Forum darstellen, um Kenntnisse für die stärkere Mobilisierung von Bundes- und EU-Fördermitteln zu vermitteln bzw. diese gemeinsam zu beantragen. Die vorhandenen Cluster- und Netzwerkstrukturen sollen daher fortgeführt und im Einzelfall weiter professionalisiert werden. Für weitere Branchen ist zu prüfen, ob ergänzende Netzwerkstrukturen aufgebaut werden müssen.

### 2.5.3 Fachkräftebedarf, Aus- und Weiterbildung

Neues Wissen und Informationen werden weltweit mit zunehmender Geschwindigkeit generiert. Globalisierung und technologischer Wandel führen zu hohen Qualifikationsansprüchen an die Arbeitskräfte am Arbeitsmarkt. Der permanente technologische Wandel erfordert eine kontinuierliche Weiterbildung, ohne die eine konstante perspektivenreiche Beschäftigung zunehmend unwahrscheinlicher wird. Denn Unternehmen benötigen gut aus- und weitergebildete Fachkräfte, um im Standortwettbewerb bestehen zu können. Das gilt in besonderem Maße für die international sehr wettbewerbsfähige deutsche Industrie, deren Erfolg ohne den hohen Qualifikationsstand ihrer Fachkräfte gar nicht denkbar ist.

Schon jetzt ist allerdings ein Mangel an Fachkräften sowohl in der Produktion als auch bei Forschung und Entwicklung in Teilbereichen absehbar, mit Blick auf den demografischen Wandel ist dadurch ein potenzielles Wachstumshemmnis zu befürchten. Dies gilt sowohl für den akademischen als auch für den nichtakademischen Bereich.

Es ist daher erforderlich,

- in die duale und wissenschaftliche Ausbildung zu investieren und die ausgebildeten Fachkräfte in Bremen zu halten,
- perspektivisch zusätzliche Fachleute nach Bremen zu holen und
- Aktivitäten im Bereich der Fort- und Weiterbildung zu verstärken.

Beschäftigte, Unternehmen und Politik sind hier gleichermaßen gefordert, ein enges Zusammenwirken aller Beteiligten ist erforderlich.

Bei den Lernaktivitäten nehmen die deutschen Arbeitskräfte im europäischen Vergleich insgesamt eher einen unteren Platz ein (42 %), während die skandinavischen Staaten, Österreich und Luxemburg mit Teilnahmequoten bis über 80 % die Spitze bilden. Diese Tendenz ist auch in Bremen erkennbar: Die Fort- und Weiterbildungsprüfungen bei der HK Bremen und der IHK Bremerhaven sind für die gewerblichen Berufe in den vergangenen Jahren rückläufig.

Im Hinblick auf die betriebliche Beteiligung zeigt sich die Situation in Bremen im Vergleich mit anderen westdeutschen Großstädten aber eher günstig. So hat nach dem IAB-Betriebspanel rund die Hälfte der bremischen Betriebe im ersten Halbjahr 2007 Weiterbildungen durchgeführt. In Bremen investieren damit etwas mehr Betriebe als in Westdeutschland und in westdeutschen Großstädten in die Qualifikation ihrer Mitarbeiter/-innen. Beim Panel werden alle Formen betrieblicher Weiterbildung berücksichtigt, also auch diejenigen Fortbildungen und Lernprozesse, die nicht unmittelbar mit einer individuellen Verwertbarkeit am Arbeitsmarkt einhergehen.

#### Regionaler Fachkräftebedarf

Die Lage am Arbeitsmarkt ist durch immer noch hohe Arbeitslosigkeit, die unterdurchschnittliche Erwerbsquote von Frauen und gleichzeitig steigenden Fachkräftebedarf gekennzeichnet. Der demografische Wandel, die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise und die hohe Sockelarbeitslosigkeit mit einer sich verfestigenden Langzeitarbeitslosigkeit erfordern ein mehrstufiges und abgestimmtes Vorgehen zwischen den Akteuren von Wirtschaft, Verbänden, Politik und Verwaltung.

Die komplexe Situation lässt sich wie folgt skizzieren:

- Das Erwerbspotenzial wird in Deutschland bis zum Jahr 2020 um ca. 1,4 Mio. Personen zurückgehen.
- Das aktuelle IAB-Betriebspanel, in dem rund 900 bremische Betriebe in der ersten Jahreshälfte 2008 befragt wurden, kommt zu dem Ergebnis, dass mehr als 5000 unbesetzte offene Stellen „auf einen partiellen Arbeitskräfteengpass“ deuten. Jeder dritte Betrieb konnte qualifizierte Arbeitsplätze nicht besetzen.
- Fachkräftemangel kann ein relevantes Innovationshemmnis werden. So kommt das IAB-Betriebspanel zu dem Ergebnis, dass Innovationen häufiger „aus or-

ganisatorischen Gründen als aufgrund von Problemen bei der Fremdkapitalbeschaffung" unterblieben sind.

- Die Arbeitslosenquote im Land Bremen ist in den vergangenen Jahren erheblich gesunken, sie liegt aber immer noch deutlich über der Quote des Bundes: Für den Februar 2010 bedeutet das für das Land Bremen 12,3 % (11,7 % im Februar 2009), für den Bund 8,7 % (8,5 % im Februar 2009). Die SGB-II-Quote, also der Anteil an Langzeitarbeitslosen an den Arbeitssuchenden, liegt im Land Bremen mit 76 % sehr hoch. Gleichwohl hat sich die Finanz- und Wirtschaftskrise am Arbeitsmarkt in Bremen und Bremerhaven bislang nur vergleichsweise moderat niedergeschlagen. Die Betriebe haben die Möglichkeit erhalten und sehr aktiv genutzt, das Instrument der konjunkturellen Kurzarbeit über einen Zeitraum von 18 Monaten (vorher maximal sechs Monate) anzuwenden, um Entlassungen von (Stamm-)Belegschaften zu vermeiden.
- Vor diesem Hintergrund ist die weitere Flankierung des Strukturwandels ein wichtiges Anliegen des Bremer Senats. Im Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm (BAP) sind die arbeitsmarktpolitischen Handlungsfelder des Landes Bremen seit 2007 neu zusammengeführt worden. Langfristige landespolitische Ziele sind mit den Prioritäten der europäischen Beschäftigungsstrategie verbunden worden, um ein Höchstmaß an Effizienz in der Verknüpfung des Einsatzes von europäischen Fördermitteln und Landesaktivitäten zu gewährleisten.

Für den Masterplan Industrie sind folgende arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten von besonderer Relevanz:

- Mit dem Ziel einer präventiv ausgerichteten Arbeitsmarktpolitik werden im Unterfonds 1.1 des BAP „Innovationen flankieren – Qualifikationen fördern“ Beschäftigte in der Industrie in technologieorientierten Zukunftsberufen fortgebildet. Mit der „Excellenzinitiative IT“, dem „Service-Techniker-Windzentrum“, dem „Kunststoffzentrum Bremerhaven“ und dem Projekt „QSL – Qualitätssicherung in der Lebensmittelwirtschaft – Schwerpunkt Fischwirtschaft – werden Netzwerke aus Betrieben, bildungspolitischen Dienstleistern, Branchenverbänden und der Wissenschaft mit großer Reichweite angesprochen. Die Vorhaben erreichen Beschäftigte in sämtlichen betrieblichen Funktionsstellen.
- Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und einer alternden Belegschaft werden Wissensmanagement und Arbeitsqualität immer wichtiger. Der Unterfonds 1.3 des BAP „Organisationsentwicklung stärken – lernende Unternehmen fördern“ zielt auf eine Veränderungen der Arbeitsorganisation, mit denen die Produkt- und Prozessqualität im Sinne der Unternehmen und ihrer Beschäftigten nachhaltig verbessert wird.
- Im Unterfonds 1.5 des BAP „Unternehmenskrisen flankieren – Beschäftigungsrisiken abwenden“ werden befristet bis 2011 Mittel aus dem ESF zur Bewältigung der aktuellen Krise zur Verfügung gestellt. Betriebe erhalten für den notwendigen Beratungsprozess, der einer für das Unternehmen und die Beschäftigten passgenauen Weiterbildung vorgeschaltet werden muss, eine finanzielle Förderung. Das Landesprogramm richtet sich vorrangig an kleine und mittlere Unternehmen, schließt aber Verbundanträge ausdrücklich nicht aus, um betriebsübergreifendes Handeln zu befördern.
- Die Förderung der Kompetenzen und Stärkung der individuellen Arbeitsmarktfähigkeit ist Anliegen des Fonds 2 des BAP. Für den Masterplan Industrie ist die Erhöhung der Ausbildungsqualität und Steigerung der Ausbildungsleistung (Unterfonds 2.3) relevant. Im Themenfeld „Automatisierungstechniken“ werden Lern- und Qualifizierungsbausteine für unterschiedliche Ausbildungsberufe aus der Metall- und Elektrobranche entwickelt und in arbeitsplatzbezogenen Anwendungsszenarien erprobt.

Darüber hinaus ist im Bereich der unmittelbaren Wirtschaftsförderung des SWH ein neues Programm für KMU entwickelt worden, das die Organisationsentwicklung und Qualifizierung ihrer Beschäftigten mit externer Unterstützung vorantreiben soll. Kleine und mittlere Unternehmen können ab 2010 eine entsprechende Förderung aus dem Programm „Forschung, Entwicklung, Innovation (FEI)“ beantragen.

#### Duale Ausbildung

Die duale Ausbildung gehört zu den prägenden Elementen des bundesdeutschen Bildungssystems und Arbeitsmarktes. Die betriebliche Ausbildung in industriellen

Berufen war in den vergangenen Jahrzehnten der wichtigste Zugang für Haupt- und Realschüler in das Arbeitsleben.

Der Anteil der gewerblichen Ausbildungsberufe an den gesamten betrieblichen Ausbildungsberufen lag im Land im Jahr 2007 mit 3471 Ausbildungsverträgen bei 33,5 %. Bezogen auf alle eingetragenen Ausbildungsverhältnisse konnten die gewerblichen Ausbildungsberufe von der Steigerung der Ausbildungsplätze seit 2003 fast genauso profitieren wie die kaufmännischen Berufe. Der Zuwachs betrug 13 %, der kaufmännische Bereich, in dem auch die Industriekaufleute angesiedelt sind, wuchs um 17 %. Bremen liegt hier deutlich über dem Bundestrend.

Selbst im Krisenjahr 2009 steht Bremen besser da als der Bund: Im Vergleich zur Bundesentwicklung mit einem Minus von 7,7 % ist der Rückgang der eingetragenen Ausbildungsverhältnisse im Land Bremen bei einem Minus von 5,5 % (insgesamt 5918 Verträge gegenüber 6261 im Vorjahr) moderater ausgefallen. Allerdings trifft die Krise insbesondere die industriellen Berufe: Für die Stadt Bremen ist hier ein Minus von 8,6 %, für Bremerhaven ein Rückgang von 3,9 % zu verzeichnen (das Minus auf Bundesebene beträgt 9,2 %).

In Bremen bestehen weiterhin Potenziale für die Steigerung des Angebots an Ausbildungsplätzen. Bezogen auf die Anzahl der Gesamtbeschäftigten im produzierenden Gewerbe liegt der Anteil der Auszubildenden (einschließlich der Industriekaufleute) mit 3987 Personen bei 5,5 %. Das ist im Vergleich etwa zur Ausbildungsquote im Handwerk nur rund die Hälfte, sodass hier mit weiteren Anstrengungen der Partner der Bremer Vereinbarungen 2007 bis 2010 Steigerungen zu erzielen sein werden. Wichtig bleibt in diesem Zusammenhang auch, die Zahl der Schulabgänger/-innen ohne qualifizierenden Abschluss signifikant zu senken.

#### Wissenschaftliche Ausbildung

Hochschulen und Forschungseinrichtungen schaffen und sammeln Wissen, das in hohem Maße an Unternehmen in der Region transferiert wird und so zur Entstehung von Innovationen und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft beiträgt.

Der Anteil Hochqualifizierter im Land Bremen hat sich im Zeitraum 1999 bis 2008 deutlich positiv entwickelt: Von 9,1 % ist der Anteil auf 11,2 % gestiegen. Bezogen auf die weiblichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg der Wert sogar von 6,7 % auf 9,2 %. Bremen rangiert damit hinter Berlin (13,9 %), Hamburg (13,0 %), Düsseldorf (15,6 %) und Hannover (14 %) und liegt vor Dortmund (10,8 %). Um den spezifischen Fachkräftebedarf an Hochqualifizierten perspektivisch decken zu können, wird es stärker als bisher darauf ankommen, auch Frauen für die sogenannten MINT-Studiengänge zu gewinnen.

Im Bereich von Lehre und Studium ist die Umstellung der Studienstrukturen auf die internationalen Bachelor-/Masterabschlüsse weitgehend abgeschlossen. Erste Erfahrungen zeigen, dass durch die neuen Studienstrukturen die Studierenden in kürzerer Zeit zu einem ersten berufsbefähigenden Abschluss gelangen. Auf längere Sicht ist mit einer Steigerung der Absolventenquote und einer Verringerung der Abbruchzahlen zu rechnen.

Im Fachhochschulbereich hat sich die Einrichtung dualer Studiengänge als ein erfolgreicher Weg der Verbindung von betrieblicher und akademischer Ausbildung etabliert. Beispielhaft werden im Folgenden wesentliche Aktivitäten der Hochschulen des Landes aufgezeigt, die bereits heute einen deutlichen Beitrag zur Stärkung der regionalökonomischen Schwerpunkte des Technologiestandortes Bremen/Bremerhaven auch im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen erbringen.

Die Hochschule Bremen betreibt erfolgreich den Ausbau von dualen Studiengängen. Im Wechsel zwischen Theorie- und Praxisphasen besuchen die Studierenden Lehrveranstaltungen an der Hochschule und durchlaufen parallel als Auszubildende verschiedene Abteilungen der kooperierenden Unternehmen. Damit wird den Studierenden eine Verzahnung von berufspraktischer und wissenschaftlicher Qualifikation ermöglicht. Relevant für den industriellen Sektor sind die dualen Studiengänge Mechanical Production and Engineering, Mechatronik, Betriebswirtschaft, Informatik sowie der internationale Studiengang Luftfahrtssystemtechnik und -management und das Studium im Praxisverbund Schiffbau und Meerestechnik. Diese Studiengänge werden in Kooperation mit einer Vielzahl von namhaften Unternehmenspartnern aus Industrie und KMU betrieben.

Auch die verschiedenen Masterprogramme der Hochschule Bremen weisen in ihren Schwerpunkten einen engen Bezug zur regionalen Wirtschaft auf. Das Angebot umfasst u. a. die Studiengänge Schiffbau und Meerestechnik, zukunftsfähige Energiesysteme, Umwelttechnik, Electronics Engineering, Computer Based Mechanical Engineering und Bauingenieurwesen.

Die Hochschule Bremerhaven bildet sowohl in dem klassischen industriebezogenen Studiengang Produktionstechnologie (BA) als auch in spezialisierten Studiengängen hoch qualifizierte Arbeitskräfte für vielfältige Industriebranchen aus. Ingenieurstudiengänge, die in besonderer Weise auf Voraussetzungen und Anforderungen der regionalen Industrie abgestimmt sind, sind die Studiengänge Maritime Technologien (BA) und Windenergie-technik (MA). Die intensive Kooperation zwischen Hochschule und Wirtschaft wird auch dadurch dokumentiert, dass für den Windenergiebereich zwei Stiftungsprofessuren seitens der Wirtschaft zur Verfügung gestellt wurden.

Der Bachelorstudiengang Lebensmitteltechnologie/Lebensmittelwirtschaft und der Bachelorstudiengang Maritime Technologien eröffnen Berufsperspektiven in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die eine tragende Säule der Wirtschaft Bremerhavens ist. Mit den Studiengängen Schiffsbetriebstechnik (BA) und Transportwesen/Logistik (BA) und Logistics Engineering and Management (MA) stellt die Hochschule darüber hinaus qualifiziertes Personal für die wichtigen industrienahen Branchen Logistik und Seeschifffahrt zur Verfügung.

Für den industriellen Sektor bedeutsame Studiengänge der Universität Bremen sind die Studiengänge Produktionstechnik, Systems Engineering, Elektrotechnik, Physik, Technomathematik, Informatik und Digitale Medien mit jeweils Bachelor- und Masterabschlussmöglichkeiten. Sie vermitteln – vielfach in Kombination mit Elementen der anderen genannten Studiengänge – berufsqualifizierende Fachkenntnisse für Berufsfelder in den verschiedensten Sparten der Industrie, vor allem in der anwendungsbezogenen Forschung und der Entwicklung, aber auch als Basis für eine wissenschaftliche Forschungstätigkeit. Die Studiengänge Technomathematik, Computational Materials Science, Materialwissenschaftliche Mineralogie und Wirtschaftsingenieurwesen sind Beispiele für disziplinenübergreifende Ausbildungsgänge, die Ausbildungsinhalte herkömmlicher Fächer, wie z. B. Wirtschaftswissenschaften und Produktionstechnik, in einem neuen Fach zusammenführen und damit für die Bearbeitung neuer Fragestellungen auch zwischen den klassischen Disziplinen qualifizieren.

Das starke Interesse der Industrie zeigt sich auch hier daran, dass die Industrie z. B. die Stiftungsprofessuren „MR-Bildgebung/MR-Spektroskopie“, „Integrative Simulation and Engineering of Materials and Processes“, „Grenzflächen in der Bio-Nano-Werkstofftechnik“ und „Prozessgerechte Technologiegestaltung“ unterstützt.

Die Ausbildung an bremischen Hochschulen soll auch zukünftig die Nachfrage der regionalen Wirtschaft an Hochschulabsolventen berücksichtigen. Für die stark forschungsorientierten Studiengänge im Masterbereich ist eine thematisch verstärkte Einbindung in die Forschungsschwerpunkte der Fächer bzw. in die Wissenschaftsschwerpunkte des Landes Bremen vorgesehen, um den wissenschaftlichen Nachwuchs frühzeitig an innovative Forschungs- und Entwicklungsaufgaben heranzuführen.

Die Jacobs University Bremen hat sich zum Ziel gesetzt, wichtige Beiträge zu Antworten auf die dringendsten Herausforderungen der modernen Welt zu leisten. Dabei konzentriert sie sich auf die Themenfelder „Energie und Rohstoffe“, „Wasser, Nahrung und Gesundheit“, „Bildung und Kommunikation“ und „Friedens- und Konfliktforschung“. Die Studiengänge werden gemeinsam mit Vertretern der Praxis entwickelt und durch Beiräte begleitet. Die industrienahen Studiengänge „Global Economics & Management“, „Integrated Environmental Studies“ und „International Logistics“ leisten hierzu ihren Beitrag.

#### 2.5.4 Standortkosten

Als Standortkosten bedeutsam sind die Realsteuern (Gewerbsteuern und die beiden Grundsteuerarten) sowie Kostenbelastungen aus Gebühren und Abgaben. Die Kommunen können über den jeweiligen Hebesatz der Realsteuern selbst bestimmen.

Die Realsteuern sind eine wichtige Einnahmequelle im Bremer Haushalt. Daher sind bei Veränderungen der Realsteuerhebesätze immer zugleich die Wirkung auf Unternehmen und die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes als auch die Haushaltseffekte zu berücksichtigen.

Im Metropolvergleich weist Bremen bei der Gewerbesteuer etwas geringere Hebesätze auf. Im Umlandvergleich sind die Unterschiede größer. Die an Bremen angrenzenden Kommunen haben deutlich geringere Hebesätze, was deren Wettbewerbsfähigkeit verbessert.

Eine weitere wichtige Kostengröße sind die umweltbezogenen Standortkosten. Hierbei wurden zuletzt wichtige Weichenstellungen geschaffen.

- Im Zuge der Umstrukturierung der kommunalen Abwasserbeseitigung in der Stadtgemeinde Bremen sollen Unternehmen zukünftig die Möglichkeit des Vorsteuerabzugs erhalten. Voraussichtlich ab dem Jahr 2011 wird eine „Bremische Abwasser GmbH“ die Abwasserbeseitigung in der Stadtgemeinde Bremen übernehmen.
- Für die Stadtgemeinde Bremen wurde im Herbst 2008 die Einführung der sogenannten gesplitteten Entwässerungsgebühr beschlossen. Ab Januar 2011 wird nicht mehr allein das verbrauchte Frischwasser zum Maßstab für die Abwasserkosten, sondern auch die versiegelte Fläche, von der Regenwasser in die Kanalisation eingeleitet wird. Bei der Umsetzung von technischen Maßnahmen zur Verringerung der Gebührenbelastung werden Unternehmen beraten und unterstützt.
- Das Land Bremen hat nach der Liberalisierung des Strom- und Gasmarktes und nach dem Wegfall der Preisaufsicht keinen direkten Einfluss auf die regionalen Strom- und Gaspreise. Die Bemühungen des Landes Bremen zielen darauf ab, sich im Rahmen des Bundesrates und der Wirtschaftsministerkonferenz für eine funktionierende Marktregulierung und niedrige Energiepreise einzusetzen.
- Mit mehreren spezialisierten Abfallentsorgungsunternehmen, vier Abfallverbrennungsanlagen, Anlagen zur chemisch-physikalischen Behandlung gefährlicher Abfälle, Einrichtungen zur Bodenbehandlung und Kompostierung, mehreren Anlagen zur Sortierung und Aufbereitung von Bau-, Gewerbe- und Siedlungsabfällen sowie sieben Deponien steht den Unternehmen ein breit gefächertes standortnahes Entsorgungsangebot auf technisch und ökologisch hohem Niveau zur Verfügung. Dies ist eine gute Voraussetzung für betroffene Industrieunternehmen, Transportkosten einzusparen.
- Im Hinblick auf die Minderung der Standortkosten ist eine zügige Abwicklung von Genehmigungsverfahren und hier insbesondere von Genehmigungen für gewerbliche Bauten von hoher Bedeutung. In diesem Kontext hat der Senat beschlossen, dass bis zum Frühjahr 2012 ein Bericht erstellt wird, der die Dauer, den Aufwand und die Kosten von Genehmigungsverfahren im gewerblichen Bereich im Vergleich zu anderen Ländern darstellt.

#### 2.5.5 Umwelt und Energie

##### Umweltwirtschaft

Im „Strukturkonzept Land Bremen 2015“ hat der Senat die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Umweltwirtschaft dargelegt: Bei Beschäftigungswirkung, Umsatzentwicklung und Innovationstätigkeit nimmt die bremische Umweltwirtschaft (entsprechend der OECD-Definition) in internationalen, nationalen und regionalen Vergleichen exzellente Wettbewerbspositionen ein.

Gemäß einer durch den damaligen Senator für Bau, Umwelt und Verkehr 2006 in Auftrag gegebenen Studie waren im Land Bremen zu jenem Zeitpunkt rund 9000 Personen direkt mit der Produktion von Umweltgütern und -dienstleistungen beschäftigt. Diese erwirtschafteten einen Umsatz von ca. 2 Mrd. €. Berücksichtigt sind hier nur die Beschäftigtenanzahl und entsprechende Umsatzanteile, welche sich in den Unternehmen direkt der Produktion von Umweltgütern und -dienstleistungen zuordnen lassen. Allein durch die dynamische Entwicklung im Bereich der Offshore-Windenergie wird mittelfristig mit ca. 2000 bis 3000 zusätzlichen Arbeitsplätzen gerechnet.

Wenngleich die Wachstumsbranche Umweltwirtschaft noch von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt ist, bestehen erhebliche Entwicklungspotenziale für Unternehmen und wissenschaftliche Einrichtungen in den Bereichen Windenergie, Ressourcen- und Energieeffizienz, innovative Materialien, Messtechnik, Sensorik und Biotechnologie, Wasser-, Kreislauf- und Abfallwirtschaft. Dabei liegen die Wachstumschancen vorwiegend in überregionalen und internationalen Märkten – eine große Herausforderung für die zumeist regional orientierten hiesigen Unternehmen.

Die regionale Industrie organisiert und engagiert sich umfassend in lokalen Netzwerken zum Umwelt- und Klimaschutz. An der Initiative zur Umweltpartnerschaft des Landes Bremen „partnerschaft umwelt unternehmen (puu)“ beteiligen sich bereits über 100 Unternehmen mit insgesamt mehr als 55 000 Beschäftigten.

Darüber hinaus bietet das Land den Unternehmen umfassende und differenzierte Unterstützungsstrukturen wie Netzwerke, Förderungen und Wettbewerbe an:

- Mit der Anfang 2008 begonnenen „initiative umwelt unternehmen (iuu)“ wird auch die Umweltwirtschaft durch Vernetzungs- und Beratungsangebote z. B. zur Außenwirtschaft unterstützt.
- Mit der „Richtlinie zur Förderung der betrieblichen ökologischen Effizienz und des verantwortlichen Wirtschaftens“ von 2009 werden Unternehmen bei Beratungen zum produktions- und produktintegriertem Umweltschutz sowie bei der Einführung von Umwelt- und Energiemanagementsystemen und von „Corporate Social Responsibility“ unterstützt.
- Die gemeinnützige Bremer Energie-Konsens GmbH ist Bremens „Klimaschutzagentur“. Deren Ziel ist es, Energieverbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionen im Land Bremen zu senken. Sie wendet sich deshalb mit Netzwerkaktivitäten und Beratungsangeboten gezielt an Betriebe und hat Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote für Energieberater im industriellen und gewerblichen Bereich geschaffen.
- Mit dem Förderprogramm „Sparsame und rationelle Energienutzung und -umwandlung“ (REN) gewährt das Land Bremen Unternehmen Investitionszuschüsse für Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur rationellen Energienutzung, die über gesetzliche Vorgaben hinausgehen.
- Das Land Bremen unterstützt Unternehmen durch die Förderprogramme „Angewandte Umweltforschung (AUF)“ und das „Programm zur Förderung anwendungsnaher Umwelttechniken (PFAU)“. Im Rahmen des PFAU-Programms wurde beispielsweise die Entwicklung von Komponenten für Offshore-Windkraftanlagen ermöglicht.
- Seit Herbst 2008 wird die Auszeichnung „Klimaschutzbetrieb CO<sub>2</sub>-20“ an Unternehmen verliehen, die eine Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 20 % oder mehr erreicht haben. Unter den ersten Preisträgern ist das international tätige Industrieunternehmen saturn pet-food GmbH, dessen Stammsitz in Bremen ist. Mit dem „preis umwelt unternehmen: nord-west“ werden unternehmerische Umweltleistungen auch im verarbeitenden Gewerbe in der Metropolregion Bremen – Oldenburg ausgezeichnet.

#### Entwicklung der Endenergienachfrage

Das verarbeitende Gewerbe hat einen Anteil von rund 45 % am Endenergieverbrauch im Land Bremen. Bei der Höhe der Endenergienachfrage dominiert innerhalb des verarbeitenden Gewerbes die Stahlindustrie, die allein knapp 35 % der gesamten Endenergie im Land Bremen im Jahr 2005 verbraucht hat. Im Zeitraum 1990 bis 2005 ist der Endenergieverbrauch im verarbeitenden Gewerbe drastisch zurückgegangen, was zu großen Teilen der Stahlindustrie zuzurechnen ist. Aufgrund der Zunahme der Endenergieproduktivität hat der Energieverbrauch trotz Wirtschaftswachstums abgenommen. Nachfolgende Tabellen geben einen Überblick zur Entwicklung des Endenergieverbrauchs im Land Bremen.

Entwicklung des Endenergieverbrauchs im Land Bremen nach Sektoren

Energieverbrauch in Terajoule	1990	2005	Anteil 2005	Veränderung
Verarbeitendes Gewerbe	56 104	44 305	45,5 %	- 11 799
darunter Stahlindustrie	45 825	33 860	34,8 %	- 11 965
Verkehr	23 446	19 942	20,5 %	- 3 504
darunter Straßenverkehr	18 648	16 450	16,9 %	- 2 198
Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen	38 726	33 094	34,0 %	- 5 632
Summe	118 276	97 341	100 %	- 20 935
Summe ohne Stahlindustrie	72 451	63 481	65,2 %	- 8 970

Quelle: Basisdaten zur CO<sub>2</sub>-Minderung im Land Bremen, Institut für ZukunftsEnergieSysteme (IZES) gGmbH, 2008, Seite 22, eigene Berechnungen.

Indizierte Entwicklung des Endenergieverbrauchs in Bremen von 1990 bis 2005  
nach Sektoren im Land Bremen

	1990 (= 100)	2005
Verarbeitendes Gewerbe	100	79,0
darunter Stahlindustrie	100	73,9
Verkehr	100	85,1
darunter Straßenverkehr	100	88,2
Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen	100	85,5
Summe	100	82,3
Summe ohne Stahlindustrie	100	87,6

Quelle: Basisdaten zur CO<sub>2</sub>-Minderung im Land Bremen, Institut für ZukunftsEnergieSysteme (IZES) gGmbH, 2008, Seite 23.

Der Endenergieverbrauch der Industrie lag im Jahr 2005 um 21 % unter dem Niveau des Jahres 1990. Ursächlich hierfür war der starke Rückgang des Endenergieverbrauchs der Stahlindustrie (- 26,1 %). Der Endenergieverbrauch des übrigen verarbeitenden Gewerbes ist demgegenüber leicht gestiegen (+ 1,6 %). Aufgrund der gestiegenen Energieeffizienz ist die Zunahme des Endenergieverbrauchs deutlich geringer als die Zunahme der Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes (allein im Zeitraum 1999 bis 2008: + 17,8 %). Die rückläufige Verbrauchsentwicklung in der Stahlindustrie ist zum einen auf die seit 1990 erreichte Steigerung der Energieeffizienz zurückzuführen und zum anderen dadurch zu erklären, dass die Stahlerzeugung am Standort Bremen im Jahr 2005 aufgrund von Sondereinflüssen ungewöhnlich niedrig war. In allen Bereichen der Industrie bestehen weiterhin Potenziale, um den Endenergieverbrauch und die hierdurch verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken. Energie sparen reduziert Kosten. Maßnahmen, die dem Klimaschutzziel dienen, können auch die Wettbewerbsposition der Unternehmen verbessern.

#### Energieversorgung, Energiewirtschaft

Die bremische Energiewirtschaft muss in den Stand versetzt werden, nachhaltig zum energiepolitischen Zieldreieck (Umweltfreundlichkeit, Versorgungssicherheit, Preisgünstigkeit) und zur Verwirklichung der Ziele des Bremischen Energiegesetzes beizutragen. Danach ist die Erzeugung, Verteilung und Verwendung von Energie in möglichst sparsamer, umweltverträglicher, ressourcenschonender, risikoarmer, rationaler und gesamtwirtschaftlich kostengünstiger Weise zu gewährleisten. Regionalwirtschaftlich ist ein möglichst hoher Anteil an Eigenerzeugung im Land Bremen vorteilhaft, da die Energiewirtschaft positive Beschäftigungseffekte und erhebliche Wertschöpfung am Standort realisiert. Die Inbetriebnahme des Mittelkalorkraftwerks durch die swb AG, Optimierungen bei der Stromauskopplung in bestehenden Abfallverbrennungsanlagen, Neubauten wie das Weserkraftwerk, die Erneuerung und Optimierung bestehender Kraftwerke, der Ausbau von Windkraft und Photovoltaik schaffen und sichern Arbeitsplätze – auch und insbesondere bei regionalen Zulieferern, Dienstleistern und in der Forschung. Herausragende Bedeutung für den Erzeugungsstandort Bremen hat der Neubau des Gas- und Dampfturbinenkraftwerks der swb AG im Ortsteil Mittelsbüren, das ab dem Jahr 2013 Strom erzeugen soll.

Zur Versorgungssicherheit – hier ist neben Strom auch Fernwärme als umweltfreundliche Energie von Bedeutung – tragen die größtenteils direkt ins Bremer Netz einspeisenden regionalen Kraftwerke sowie die regional gemanagten Netzstrukturen bei.

Zudem begünstigen wettbewerbsfähige regionale Energieerzeuger die Diversifizierung der bundesweit hohen Marktkonzentration in der Stromerzeugung.

Die Kooperation regionaler Energieerzeugung mit dem verarbeitenden Gewerbe ermöglicht Synergieeffekte, wie an der Zusammenarbeit zwischen swb und ArcelorMittal bei der Verwertung von Gichtgas deutlich wird. Seit den Sechzigerjahren nutzt die swb-Gruppe Gichtgas aus den Hochöfen der Stahlwerke, um im Kraftwerk Mittelsbüren Strom für den Fahrbetrieb der Deutschen Bahn zu erzeugen. Die räumliche Nähe zwischen Angebot und Nachfrage von Energie bietet für noch intensivere Zusammenarbeit und Synergieeffekte beste Chancen.

Beispiel dafür ist u. a. die Zusammenarbeit von regionalen Energieversorgern zum praxisgerechten Ausbau der Elektromobilität mit der öffentlichen Hand und auch in Verbindung mit regionalen Fahrzeugherstellern und Zulieferern.

#### 2.5.6 Gewerbeflächen

Leistungs- und zukunftsfähige Standorte für industrielle Produktion und Entwicklung benötigen optimale infrastrukturelle Rahmenbedingungen und marktgerechte Flächenangebote.

Mit dem Bremer Industriepark, Bereichen des Gewerbeparks Hansalinie und des Güterverkehrszentrums in Bremen sowie dem LogInPort (mit diesem Vermarktungsbegriff werden die Flächen Carl-Schurz, Speckenbüttel und Weddewarden-Ost zusammengefasst) und dem Industriegebiet Luneort in Bremerhaven wurden in den vergangenen Jahren attraktive Standorte für die Ansiedlung neuer großgewerblicher und industrieller Unternehmen geschaffen.

Große Anstrengungen wurden in den vergangenen Jahren zudem dort unternommen, wo der Strukturwandel deutliche Lücken hinterlassen hat. Besonders Bremerhaven und der Bremer Norden hatten in den Achtziger- und Neunzigerjahren unter der Krise des Werft- und Maschinenbaus bzw. wegen des Zusammenbruchs der Fischereiflotte gelitten. Das Gelände des ehemaligen Bremer Vulkan ist heute eines von mehreren gelungenen Beispielen dafür, wie nach dem Wegfall vieler hundert Arbeitsplätze über eine Neuordnung und Flächenaufbereitung der Rahmen für erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklungen geschaffen werden konnte.

Auch in Bremerhaven konnten vom Strukturwandel betroffene Flächen erfolgreich neu entwickelt werden. Ein hervorragendes Beispiel hierfür ist der Landesfischereihafen. Dieses größte und wichtigste Gewerbegebiet in der Seestadt ist nach Jahrzehnten struktureller Probleme heute wieder ein vitaler wirtschaftlicher Standort und zentraler Arbeitsort in Bremerhaven. Die erfolgreiche Diversifikation der Wirtschaftsstruktur wurde eng verknüpft mit einer umfänglichen Erneuerung und Ergänzung der Infrastrukturausstattung des Areals. Ausgehend von den lokalen Stärken wurde der Fischereihafen konsequent regionalwirtschaftlich in Wert gesetzt und als Zentrum für wichtige Wachstumsfelder in der Seestadt etabliert: Lebensmittelindustrie, Windenergie-Offshore, Marine Biotechnologie und maritimer Tourismus sind hier wesentliche Stichwörter. Die Reaktivierung brachgefallener Industrie- und Gewerbeflächen wird für den Stadtstaat, der über ein begrenztes Flächenpotenzial verfügt, weiterhin von besonders hoher Bedeutung sein.

Herausfordernd bleibt für die Zukunft die Sicherung der Funktionalität der bestehenden Produktionsstandorte. Wirtschaftsförderung – namentlich Industrieförderung – bleibt in starkem Maße immer auch Pflege des Bestands. Die Aufgabenstellungen sind dabei über die bereits angesprochenen infrastrukturellen Fragen hinaus äußerst vielfältig. Wie komplex sich beispielsweise die Abwägung gewerblicher und industrieller Interessen mit denen der allgemeinen Stadtentwicklung gestaltet, hat sich u. a. im Rahmen der Entwicklung der Überseestadt gezeigt. Als es galt, immissionschutzrechtlich geeignete Abstandszonen zu neu entstehenden Nachbarschaften in Form von Wohnen und Dienstleistungsnutzungen zu definieren, sind bundesweit beachtete neue Wege beschritten worden. In der Vielfalt der Gesamtinteressen sind in vergleichbaren Fällen immer wieder angemessene Kompromisse zu finden, die den wirtschaftlichen Notwendigkeiten und den Interessen anderer Nutzungen angemessen Rechnung tragen.

Die flächenbezogenen Profile Bremens und Bremerhavens sind bedingt durch den gegenwärtigen industriellen Besatz und die absehbaren Entwicklungsschwerpunkte unterschiedlich geprägt:

##### Bremen

Für die Stadt Bremen wird derzeit das „Integrierte Flächenprogramm für Gewerbe und Dienstleistung – IFP 2010“ zu einem „Gewerbeentwicklungsprogramm – GEP 2020“ fortgeschrieben. Das Programm wird den zuständigen Gremien noch in 2010 zur Beschlussfassung vorgelegt. Es bildet als „Fachbeitrag Gewerbe“ eine wichtige planerische Grundlage für den aktuell in der Aufstellung befindlichen Flächennutzungsplan der Stadt Bremen.

- Innerhalb des stadtbremischen Gewerbeflächenportfolios bildet der Bremer Industrie-Park den Schwerpunkt für die Ansiedlung großflächiger verarbeitender Unternehmen. Innerhalb der derzeit verfügbaren rund 35 ha Gewerbefläche

sind großflächige Ansiedlungen bis maximal 5 ha möglich. In den noch nicht erschlossenen Bauabschnitten sind weitere rd. 30 ha planungsrechtlich als Industriegebiet im Sinne der BauNVO gesichert. Sie sind bedarfsgerecht zu erschließen. Entwicklungspotenziale bietet die direkte Nachbarschaft zum Stahlwerk und zu den flächenmäßig ausgelasteten Industriehäfen. Mit der Schließung des Bremer Autobahnringes wird der Standort über die geplante Weserquerung der A 281 in die Nachbarschaft des Güterverkehrszentrums (GVZ) Bremen rücken.

- Mit der Erschließung von Erweiterungsflächen im Niedervieland hat sich das Güterverkehrszentrum (GVZ) Bremen von seiner reinen Logistikorientierung gelöst. Das Gebiet verfügt mittlerweile auch über produzierende Betriebe (vor allem Tiernahrung, Maschinenbau). Die aktuell verfügbaren Flächen belaufen sich auf rd. 46 ha. Innerhalb der noch zu erschließenden Bauabschnitte sind rd. 7 ha von insgesamt ca. 37 ha planungsrechtlich als Industriegebiet gesichert. Mit der im Verfahren befindlichen Aufstellung des Bebauungsplans 2153 werden weitere Entwicklungsflächen ausgewiesen, um sie bedarfsgerecht erschließen zu können. Als zentraler Logistikstandort Bremens hat das GVZ eine hohe Bedeutung für Zulieferungen und entsprechende Ausgliederungen der hansestädtischen Industrie. Seine Lagegunst hat sich mit der Anbindung an die A 281 deutlich verbessert. Die Schließung des Bremer Autobahnringes rückt den Standort näher an die industriellen Schwerpunkte und Hafenstandorte.
- Der Gewerbepark Hansalinie Bremen hat sich neben einem eigenständigen Branchenmix, der u. a. vom direkten Anschluss an die A 1 profitiert, als Standort für Zulieferer und Dienstleister der großen Industriebetriebe des Bremer Ostens, insbesondere des Mercedes-Benz-Werks in Bremen-Sebaldsbrück, profiliert. Auf rd. 6 ha der derzeit insgesamt verfügbaren 27 ha Ansiedlungsfläche bietet sich auf planungsrechtlich festgesetzten Industrieflächen auch die Möglichkeit für industrielle Ansiedlungen (GI). Weitere 66 ha sind bereits planungsrechtlich gesichert, davon rd. 10 ha als Industriegebiet. Weitere Bauabschnitte können bedarfsgerecht erschlossen werden.
- Die Überseestadt ist in Teilbereichen durch einen starken Besatz vor allem an lebensmittelbezogener Industrie gekennzeichnet. Die industriell geprägten Quartiere sollen im Rahmen der Umstrukturierung des Standortes in ihren Funktionen weiter gestärkt werden. In weiteren Quartieren der Überseestadt wird insbesondere die Ansiedlung von Dienstleistungsbetrieben und Wohnnutzungen verfolgt. Der Bestandsschutz und Erweiterungsmöglichkeiten der ansässigen Industrie- und Gewerbebetriebe haben hierbei hohe Priorität.
- Nachdem der Gewerbestandort Vulkan nahezu vollständig ausgeschöpft ist, bietet das Gewerbegebiet Vulkan-West Ansiedlungsoptionen für das verarbeitende Gewerbe in Bremen-Nord. Attraktiv ist der Standort für die Ansiedlung von Zulieferern für den benachbarten Schiffbau und für Unternehmen des Großanlagenbaus. Neben den bereits verfügbaren kleinteiligeren Flächen von 1,6 ha belaufen sich die Entwicklungsmöglichkeiten auf weitere 7,6 ha. Diese Flächen werden aktuell erschlossen. Sie werden planungsrechtlich als Gewerbegebiet ausgewiesen. Ein Ausgleich zwischen den Interessen der Gewerbetreibenden und der angrenzenden Wohnnachbarschaft erfolgte im Rahmen der Neufassung des Bebauungsplanes. In der Überplanung befindet sich das BWK-Gelände. Hier gilt es, die verbleibenden industriellen Nutzungen abzusichern und weitere verträgliche Entwicklungsoptionen auszuloten.
- Die Airport-Stadt ist Bremens größter Standort der Luft- und Raumfahrtindustrie. Im Zuge der Neustrukturierung des Gebietes und der Realisierung der A 281 wurden hier bereits Erweiterungsflächen bereitgestellt. Weitere Arrondierungsmöglichkeiten sollen insbesondere für Zulieferstrukturen im Zuge der Fortführung der A 281 geschaffen werden.

Die folgende Übersicht zeigt das Potenzial an vermarktbareren Gewerbe- und Industrieflächen in der Stadt Bremen im öffentlichen Eigentum auf. Neben den Schwerpunkten der industriellen Entwicklung werden auch Standorte abgebildet, die Ansiedlungsoptionen für industriebezogene Zulieferung, Dienstleistung und Entwicklung bieten.

## Vermarktbare Gewerbestandorte in der Stadt Bremen

		Vermarktbare Fläche	
		Gesamtfläche in ha	Planungsrecht gesichert in ha
<b>Schwerpunkte Produktion/Logistik</b>			
Bremer Industrie-Park	148,6	68,9	35,2
Gewerbegebiet Vulkan-West	15,4	9,2	1,6
Gewerbepark Hansalinie Bremen	275,4	92,9	27,0
Güterverkehrszentrum (GVZ) Bremen	353,7	82,7	45,7
<b>Gemischt gewerbliche Bestandsgebiete</b>			
Gewerbegebiet Bayernstraße	46,9	5,8	2,6
Gewerbegebiet Blumenthal	36,0	1,7	0,0
Gewerbegebiet Farge-Ost	20,1	7,8	7,2
Gewerbegebiet Horn-Lehe-West	37,2	2,3	2,3
Gewerbegebiet Huckelriede	11,7	1,3	1,0
Gewerbegebiet Steindamm	19,8	3,9	2,0
Sonstige Flächenangebote	—	3,9	3,9
<b>Schwerpunkte Dienstleistung/Technologie</b>			
Airport-Stadt (Dienstleistungen, teilweise Montage)	131,5	14,3	7,8
Büropark Oberneuland	20,3	7,7	7,7
Science-Park	5,6	5,6	1,2
Technologiepark Universität	75,1	16,4	11,3
Überseestadt (Dienstleistungen, Industrie, Bestand)	214,5	54,2	18,7
Summe	—	378,6	175,2

### Erläuterungen

Die Flächenangaben beziehen sich jeweils auf die Nettogewerbefläche und entsprechen der Berichterstattung zum Integrierten Flächenprogramm für Gewerbe und Dienstleistung – IFP 2010. Nicht berücksichtigt sind also Flächenanteile für Straßen, Grünanlagen, öffentliche Gewässer, Ausgleichsflächen etc.

Die Darstellung beschränkt sich auf die derzeit vermarktbareren Gewerbestandorte. Bereits vollständig vermarktete Gewerbegebiete z. B. sind hier also ausgeklammert. Die Spalte „Gesamtfläche“ weist deshalb nicht den Umfang der in Bremen insgesamt ausgewiesenen Gewerbe- und Industrieflächen aus. Der diesbezügliche Gesamtbetrag ist somit nicht aussagekräftig. Zudem enthält die Gesamtfläche der hier genannten Standorte zu rd. 320 ha Entwicklungsoptionen, die derzeit noch nicht planungsrechtlich gesichert sind.

Quelle: WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH, Stand 30. September 2009.

### Bremerhaven

Das Flächenangebot für Industrieansiedlungen in Bremerhaven ist defizitär.

- Die freien Flächen im Gebiet des LogInPort werden kurz- bis mittelfristig weitgehend optioniert oder verkauft sein. Dieses Areal grenzt bzw. gehört zum stadtbremischen Überseehafengebiet im Norden Bremerhavens und wird derzeit insbesondere von der Logistikbranche stark nachgefragt. Nachdem in der Vergangenheit die Vermarktung schwierig war, bedingen überregionale Trends sowie die deutliche „Inwertsetzung“ des Standortes Bremerhaven, dass neue Ansätze zur Erweiterung des LogInPorts angedacht werden müssen. Insbesondere die Schaffung eines interkommunalen Gewerbegebietes – gemeinsam mit der niedersächsischen Stadt Langen – ist hier zu nennen. Insgesamt hat sich dieser Trend in den Jahren 2008 und 2009 aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise abgeschwächt. Es ist jedoch zu erwarten, dass im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung des LogInPorts hier wieder Handlungsdruck entstehen wird.
- Eine ähnliche Situation besteht im Bereich des Fischereihafens im Süden Bremerhavens. Im zentralen Bereich dieses Gewerbegebietes hat mit der Lebensmittelwirtschaft eine Leitbranche der Seestadt ihren Schwerpunkt. In diesem mit über 400 ha Nettofläche größten Gewerbegebiet der Seestadt befinden sich nicht nur Betriebe der Lebensmittelwirtschaft, sondern auch eine breite Palette ande-

rer Unternehmen aus dem produzierenden Gewerbe (Stahl-, Anlagen- und Schiffbau sowie Holzverarbeitung). Mit einer verfügbaren Fläche von 2,6 ha ist der Fischereihafen nahezu vollständig vermarktet. Die Bestandsentwicklung steht im Vordergrund.

- Das Industriegebiet Luneort ist Bestandteil des Sondervermögens Fischereihafen und soll aufgrund der Entwicklung der Offshore-Windenergiewirtschaft auf diesem Areal isoliert betrachtet werden. Im Zuge der Entwicklung Bremerhavens zu einem Zentrum der Offshore-Windenergiewirtschaft haben zahlreiche Marktführer aus dieser Branche im Industriegebiet Luneort Produktionsstätten aufgebaut. Insgesamt sind auf diesem Areal 60 ha erschlossen, wovon derzeit noch 15 ha verfügbar sind. Aufgrund des erheblichen Nachfragedrucks ist kurzfristig mit einer Auslastung der Fläche zu rechnen. Zugleich gibt es eine intensive Nachfrage nach größeren Hafen- und Logistikflächen, die für den Umschlag von Windkraftanlagen sowie deren Komponenten, aber auch für Service, Wartung und Reparatur dieser Anlagen genutzt werden können. Dieser Nachfrage nach Flächen und Hafeninfrastruktur steht ein sehr viel geringeres Angebot gegenüber.

Vor diesem Hintergrund hat der Senat in der Sitzung vom 26. Januar 2010 beschlossen, dass bis zum Jahr 2014 in Bremerhaven an der Weser eine Umschlagsanlage für die Offshoreindustrie errichtet werden soll. Damit wird sichergestellt, dass die erfolgreiche Entwicklung Bremerhavens zu einem Zentrum der Offshore-Windenergie weitergehen kann. Mit dem Bau und dem Betrieb einer solchen Anlage wird dem Bedarf der Branche nach einem Offshore-Basishafen am seeschifftiefen Wasser einschließlich hafennaher Gewerbeerweiterungsfläche entsprochen. In diesem Zusammenhang ist vor allem die Gewerbeerweiterungsfläche auf der Luneplate (ca. 200 ha) zu nennen, deren Entwicklung bzw. Erschließung von der Stadt Bremerhaven bedarfsgerecht vorgenommen werden wird. Zentral ist in diesem Zusammenhang auch die Bereitstellung von Standorten für die Nutzung und Erprobung von Windenergieanlagen.

Bei den in der folgenden tabellarischen Übersicht weiter aufgeführten Arealen handelt es sich um Gewerbegebiete, die in einem bestimmten Rahmen industrielle Nutzungen erlauben. Die Flächennachfrage für diese Standorte bewegt sich in einem durchschnittlichen Rahmen, jedoch bestehen auch hier auf mittlere Sicht Erweiterungsbedarfe.

Vermarktbare Gewerbebestände in der Stadt Bremerhaven

Projekt	Gesamtfläche in ha	Vermarktbare Fläche	
		in ha	in %
LogInPort Bremerhaven	306,0	56,4	18,4
– Industrie- und Dienstleistungsgebiet Carl-Schurz	150,0	14,8	9,9
– Industriegebiet Speckenbüttel	103,8	20,5	19,7
– Industriegebiet Weddewarden-Ost	52,2	21,1	40,4
Gewerbegebiet Van-Heukelum-Straße	18,5	1,2	6,5
Gewerbegebiet Rudloffstraße	15,3	1,3	8,5
Gewerbegebiet Riedemannstraße	12,0	1,0	8,3
Fischereihafen (ohne Luneort)	407,0	2,6	0,6
Gewerbegebiet Am Seedeich	12,5	0,0	0,0
Gewerbegebiet Poristraße	4,8	0,8	16,7
Gewerbegebiet Bohmsiel	69,0	17,8	25,8
Industriegebiet Luneort	60,0	15,0	25,0
Summe	—	96,1	—

#### Erläuterungen

Die Flächenangaben beziehen sich jeweils auf die Nettogewebefläche. Nicht berücksichtigt sind also Flächenanteile für Straßen, Grünanlagen, öffentliche Gewässer, Ausgleichsflächen etc.

Die in der Tabelle aufgeführten vermarktbar sind zum überwiegenden Teil erschlossen. Die Darstellung beschränkt sich auf die derzeit vermarktbar sind Gewerbebestände. Bereits vollständig vermarktete Gewerbegebiete z. B. sind hier also ausgeklammert. Die Spalte „Gesamtfläche“ weist deshalb nicht den Umfang der in Bremerhaven insgesamt ausgewiesenen Gewerbe- und Industrieflächen aus. Der diesbezügliche Gesamtbetrag ist somit nicht aussagekräftig.

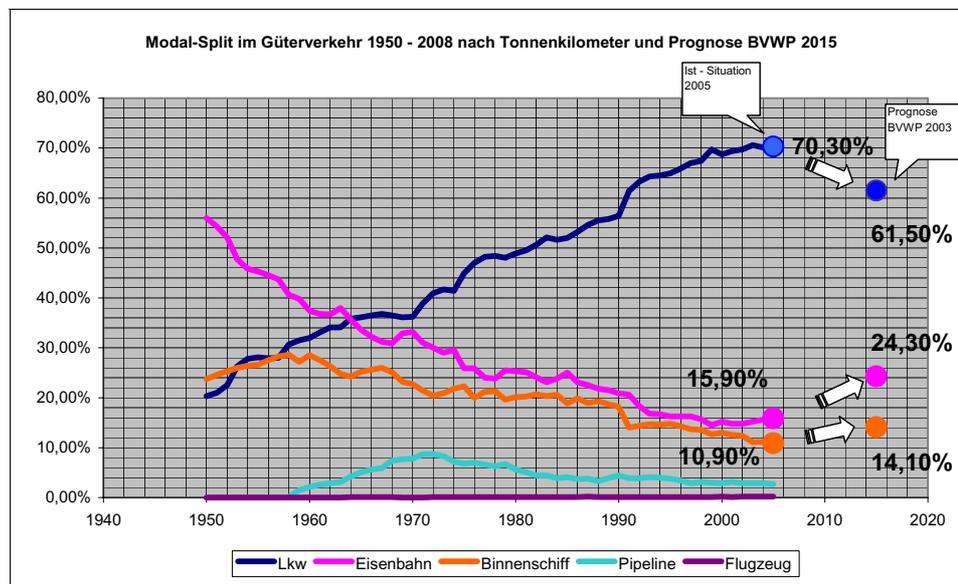
Quelle: BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH, Stand 30. September 2009.

## 2.5.7 Verkehrsinfrastruktur

Aus verkehrlicher Sicht sind für eine gute Erreichbarkeit aller Wirtschaftsstandorte grundsätzlich die Elemente Straßengüterverkehr, Berufsverkehr, Liefer- und Serviceverkehr sowie Kunden- und Besucherverkehr von Bedeutung. Neben den erforderlichen Straßenanbindungen ist die Anbindung der Standorte an den ÖPNV relevant für deren Attraktivität. Der öffentliche Nahverkehr wird als Standortfaktor mittlerweile fast genauso hoch eingeschätzt wie das örtliche Straßennetz. Ein nahegelegener Autobahnanschluss gilt für die große Mehrzahl der produzierenden Unternehmen gleichwohl weiter als unverzichtbarer Standortfaktor.

Im Kontext dieses Masterplans nimmt der Güterverkehr eine zentrale Rolle ein. Der Industriesektor selbst trägt durch die Veränderungen seiner Güterstruktur und der Produktionsorganisation, ausgelöst durch zunehmende Arbeitsteilung, steigenden internationalen Wettbewerb und veränderte Kundenpräferenzen ursächlich zu dieser Entwicklung bei.

Die folgende Grafik zeigt, dass sich die Gesamtverkehrsleistung im Straßengüterverkehr seit 1950 mehr als verzwanzigfach hat. Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil der Straße an der Gesamtverkehrsleistung von ca. 20 % auf über 70 % mehr als verdreifacht, während der Anteil des Schienenverkehrs von 56 % auf ca. 16 % gesunken ist. In der Abbildung ist weiterhin die Prognose des Bundesverkehrswegeplanes 2003 für das Jahr 2015 dargestellt.



Quelle: BGL, BVWP 2003, eigene Darstellung.

Aktuelle Prognosen der deutschlandweiten Verkehrsverflechtungen für den Prognosehorizont 2025 gehen davon aus, dass sich diese Entwicklung in der Tendenz fortsetzen wird. Veränderungen werden für den Modal Split im Güterverkehr erwartet. Der Anteil der Schiene an der Gesamtverkehrsleistung wird sich danach bis zum Jahr 2015 auf 24,3 % erhöhen, der Anteil der Straße auf 61,5 % reduzieren; der Kombiverkehr gewinnt zunehmend an Bedeutung. Für Bremen wird von folgenden Eckwerten ausgegangen: Das Gesamtkraftfahrzeugaufkommen steigt von 980 000 Fahrten im Jahre 2000 auf 1,07 Mio. Kfz-Fahrten/Tag im Jahre 2015 um ca. 9 %. Der Güterverkehr wächst um 5 % von 112 000 Fahrten auf 118 000 Lkw-Fahrten/Tag. Die Verkehrsleistung nimmt um ca. 10 % zu von 8,6 Mio. auf 9,5 Mio. Kfz km/Tag.

### Schienenverkehr

Aus verkehrs- und umweltpolitischer Sicht bildet die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene eine zentrale Maßnahme für die folgenden Jahre. Bremen ist zentraler Bahnknoten der Nordwestregion. Die Kapazitäten des Knotens und der Zulaufstrecken werden unter Ansatz der Güterverkehrsmengen nach den BVWP-Prognosen für 2015 erschöpft sein. Insbesondere die Containerverkehre weisen beträchtliche Steigerungsraten auf. Der Tiefwasserhafen Wilhelmshaven (JadeWeserPort) lässt eine

weitere Nachfrageentwicklung erwarten. Nach gutachterlichen Feststellungen muss die Leistungsfähigkeit des Knotens Bremen verbessert werden.

Aufgrund der Umschlagszuwächse im stadtbremischen Überseehafengebiet in Bremerhaven werden deutliche Zuwächse im Schienengüterverkehr auch für die Strecke Bremen – Bremerhaven (KBS 125) prognostiziert, die im Knoten Bremen zu Engpass-situationen führen. Maßnahmen sind vorgesehen im Rahmen des Seehafenhinterlandprogramms, mit dem das Bundesverkehrsministerium Engpässe im Güterverkehr auf der Schiene beseitigen will. Die Strecke Bremerhaven – Bremen und der Eisenbahnknoten Bremen sind Teil des Programms, ebenso wie die Schienenstrecke Oldenburg – Wilhelmshafen als Anschluss zum Tiefwasserhafen JadeWeserPort.

Das Land Bremen hat gemeinsam mit dem Land Niedersachsen und der DB AG Maßnahmen zur Kapazitätssteigerung im Bereich Bremen-Hauptbahnhof beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) angemeldet. Hierfür sind zwei Bereiche entscheidend:

- Im Bremer Hauptbahnhof soll die Einbindung der Strecke Bremen – Oldenburg verbessert werden, da diese Strecke nach den vorliegenden Prognosen die größte Steigerung im Güterverkehr erfahren wird.
- In Bremen-Neustadt wird durch die bereits erfolgte Elektrifizierung der Hafenbahn zwischen Bremen-Neustadt und Bremen-Grolland sowie die Erweiterung der Vorstellgruppe Neustädter Hafen die Streckenleistungsfähigkeit auf der Strecke Bremen – Oldenburg erhöht. Ein noch vor kurzem im Bahnhof Bremen-Neustadt erforderlicher Lokomotivwechsel kann dank der Elektrifizierung des Verbindungsgleises entfallen.

Das geschätzte Investitionsvolumen der beiden Maßnahmen liegt bei rund 20 Mio. €. Eine Finanzierung soll über das Knotenausbauprogramm des Bundes erfolgen. Um langfristig die Leistungsfähigkeit des Schienennetzes zu erhalten, werden seitens der Länder Niedersachsen und Bremen weitere kapazitätssteigernde Maßnahmen für erforderlich gehalten.

#### Seehafenwirtschaft und Erreichbarkeit der Häfen

Die Häfen im Land Bremen tragen wesentlich zum bremischen Bruttoinlandsprodukt (BIP-Anteil: ca. 30 %) bei und üben eine zentrale Funktion für die Wirtschaft – vor allem auch das exportorientierte verarbeitende Gewerbe – des Zwei-Städte-Staats, aber auch generell für den Industrie- und Exportstandort Deutschland aus. Wurden im Jahr 2000 noch rund 45 Mio. Tonnen in den bremischen Häfen umgeschlagen, so waren es im vergangenen Jahr etwa 63 Mio. Tonnen. Allein im Hafengebiet „Industriehäfen“, das in nächster Zeit infrastrukturell deutlich aufgewertet werden soll, sind 50 Unternehmen mit ca. 3000 Beschäftigten ansässig. Insgesamt sind nahezu ein Viertel aller bremischen Arbeitsplätze von den Häfen abhängig. Der Umschlag in den bremischen Häfen, insbesondere der Containerumschlag, generiert somit lokal, regional und überregional bedeutende Arbeitsplatzeffekte.

Um der Prognose eines steigenden Umschlages und der beschäftigungsmäßigen Relevanz der Seehafenwirtschaft Rechnung zu tragen, werden Außen- und Unterweser ausgebaut. Die derzeitige Mittelweseranpassung ist zusätzlich für den Binnenwasserverkehr von Bedeutung.

Der Planfeststellungsbeschluss für den Ausbau der Außenweser wird im Sommer 2010 erwartet. Die endgültige Verkehrsfreigabe kann im Jahr 2011 erfolgen. Nach dem Ausbau soll ein weitestgehend tideunabhängiger Abladetiefgang von 13,80 m gegeben sein. Nach erfolgter Anpassung der Unterweser bis Bremen-Stadt könnte ein Schiffstiefgang von 11,1 m tideabhängig ausgenutzt werden. Die Mittelweser ist mit Abschluss der ersten Baustufe (2006 bis 2007) für den Verkehr des mit 2,5 m Tiefgang abgeladenen Europaschiffes mit Begegnungseinschränkungen zugelassen. Die zweite Baustufe (2008 bis 2012) soll den wasserstandsabhängigen Verkehr des mit 2,50 m abgeladenen Großmotorgüterschiffes (GMS) mit Begegnungseinschränkungen herstellen und im Laufe des Jahres 2012 abgeschlossen sein.

#### Anbindung wichtiger Industriestandorte in Bremen

- Bremer Industriepark: Der in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Stahlwerken gelegene Bremer Industriepark ist durch die Anbindung an die A 27 gut an das überregionale Straßenverkehrsnetz angebunden. In Teilbereichen besteht die

Möglichkeit der Realisierung eines eigenen Gleisanschlusses. Die Verkehrsanbindung des Bremer Industrieparks Richtung Süden wird durch die geplante Weserquerung erheblich verbessert. Die BSAG-Buslinien 75, 80 und 81 decken die ÖPNV-Erschließung ab.

- Güterverkehrszentrum (GVZ) Bremen: GVZ und Neustädter Hafen bilden eine überregionale logistische Drehscheibe für die gesamte Region. Die Grundstücke verfügen überwiegend über einen eigenen Gleisanschluss. Mit der Realisierung des Bauabschnitts 3.1 der A 281 ist die zügige Anbindung des GVZ und des Neustädter Hafens gewährleistet. Westlich an den Bauabschnitt 3.1 (zwischen den Anschlussstellen Neustadt und Neustädter Hafen) schließt der 4,2 km lange Bauabschnitt 3.2 (zwischen den Anschlussstellen Neustädter Hafen und Bremen Strom) an, der aktuell im Bau ist. Die Verkehrsfreigabe für den vierten Bauabschnitt (Weserquerung) und damit die Schließung des Autobahnringes ist für 2016 vorgesehen. In einem engen Zusammenhang mit den beschriebenen Bauabschnitten steht die Planung und Realisierung der B 212 n (Anschluss des Unterweserraums an die A 281 sowie weitere Anschlussstelle für das GVZ). Ehrgeiziges Ziel ist die Inbetriebnahme parallel zur Weserquerung. Mit dem logistischen Knoten GVZ, Neustädter Hafen und Roland-Umschlag verfügt Bremen über sehr gute Zugänge zum Schienen- und Wasserstraßennetz. Mit der endgültigen Realisierung aller Bauabschnitte der A 281 und der B 212 n wird die verkehrliche Anbindung des GVZ-Bremen optimal ausgebildet. Die BSAG-Buslinien 61, 62, 63S und 64 stellen die ÖPNV-Erschließung sicher.
- Gewerbepark Hansalinie Bremen: Der Gewerbepark Hansalinie Bremen ist durch seine verkehrsgünstige Lage am Autobahnanschluss Hemelingen und die Nähe zum Bremer Kreuz gekennzeichnet. Darüber hinaus bietet das Gewerbegebiet den Vorteil der Nähe zum benachbarten Hemelinger Hafen. Für Teilflächen sind Gleisanschlüsse vorhanden. Ebenso ist die Lage zum 5 km entfernten Flughafen günstig. Durch den Ausbau der Anschlussstelle Bremen-Hemelingen zum Vollknoten (Kleeblatt) wurde die verkehrliche Anbindung optimal gestaltet. Durch den aktuellen Ausbau der A 1 wird die Leistungsfähigkeit weiter gesteigert. Die ÖPNV-Erschließung ist durch die BSAG-Buslinien 29 und 42 gegeben.
- Airport-Stadt: Die wesentliche Maßnahme im Bereich des Gewerbegebietes Airport-Stadt für den Straßenverkehr ist die Inbetriebnahme der Teilabschnitte 2.1 und 3.1 der A 281. Im Zusammenhang mit der Neuordnung des Gewerbegebietes wurde der Teilabschnitt 2.1 bereits realisiert. Der Flughafen Bremen und die Oldenburger Straße (B 75) erhielten gesonderte Anschlussstellen. Durch die Hochlage der A 281 auf einer Teilstrecke des zweiten Bauabschnitts ist die direkte Verknüpfung des Flughafendamms mit der Neuenlander Straße durch zwei neue Verbindungsstraßen zwischen dem Flughafendamm und der Neuenlander Straße sichergestellt. Für den an den Bauabschnitt 2/1 anschließenden Bauabschnitt 2/2 der A 281 ist das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen. Nach erfolgter Rechtsprechung durch das Bundesverwaltungsgericht soll unmittelbar mit den erforderlichen Baumaßnahmen begonnen werden, sodass für 2014/2015 mit einer Verkehrsfreigabe gerechnet wird. Der fünfte Bauabschnitt der A 281 stellt die Fortsetzung des zweiten Bauabschnitts mit Anbindung an die A 1 dar. Durch den Senat ist eine Vorzugsvariante entwickelt worden, die derzeit mit dem BMVBS abgestimmt wird. Die BSAG-Straßenbahnlinie 6 sowie die BSAG-Buslinie 52 erschließen das Gebiet für Nutzer des ÖPNV.
- Überseestadt: Die Überseestadt ist durch die realisierte Anbindung an die Innenstadt nun an drei wesentlichen Knotenpunkten an das bremische Hauptstraßennetz angebunden. Im Zuge der Straßen Auf der Muggenburg und Hansator verkehrt die Straßenbahnlinie 3 als wichtiges ÖPNV-Angebot zur Innenstadt und in den Bremer Westen. Eine entsprechend der Standortentwicklung sukzessive Verbesserung der ÖPNV-Anbindung der Überseestadt sowie eine Ausweitung des ÖPNV-Netzes bis an die Spitze der Überseestadt und an den Hauptbahnhof werden regelmäßig geprüft. Der nördliche Teil der Überseestadt im Bereich Emder Straße/Fabrikenufer (Speicher XI) bis zum Europahafen wird mit der Buslinie 26 erschlossen.
- Gewerbegebiet Vulkan-West/Bremer Vulkan: Die Anbindung des Vulkan-Geländes wird über die Knotenpunkte Lindenstraße/Löhstraße und Landrat-Christian-Straße/Wohldstraße hergestellt. Bei der Weiterentwicklung des BWK-Geländes soll die Landrat-Christian-Straße von Lkw-Verkehren entlastet werden.

Über die A 270 besteht eine Anbindung zur A 27. Die Erschließung mittels ÖPNV erfolgt durch die BSAG-Buslinien 71, 74, 75/76 und die Nordwestbahn (Bahnhof Bremen-Blumenthal).

Die bereits umgesetzten umfangreichen Infrastrukturmaßnahmen und die Realisierung der im BVWP geplanten Aus- und Neubaumaßnahmen – vordringlicher und weiterer Bedarf – sind dringend notwendig, um auch nach 2015 die zu erwartende Verkehrsentwicklung mit einer hinreichenden Verkehrsqualität zu gewährleisten und damit die Zukunftsfähigkeit der Industriestandorte in Bremen sicherzustellen. Das Lkw-Führungsnetz in der Stadt Bremen und die wichtigen Verkehrsverbindungen in Bremerhaven sind für eine leistungsfähige Verkehrsabwicklung erforderlich und den aktuellen Erfordernissen anzupassen.

Anbindung wichtiger Industriestandorte in Bremerhaven

- **LogInPort Bremerhaven:** Das Industriegebiet LogInPort, das die Flächen Carl-Schurz-Kaserne, Speckenbüttel und Weddewarden-Ost umfasst und im Norden des Stadtgebiets Bremerhaven liegt, wird über die Cherbourger Straße an die Bundesautobahn 27 angebunden. Aufgrund des auch in Zukunft stark expandierenden Hafenumschlags (Container, Automobile) im angrenzenden stadtbremischen Überseehafengebiet steigen die Verkehrsbelastungen der Cherbourger Straße weiter an. An den Knotenpunkten mit mehreren zum Teil hoch belasteten innerstädtischen Hauptverkehrsstraßen kommt es bereits heute zu teilweise deutlichen Engpässen. Mit dem Bau des Hafentunnels Cherbourger Straße zwischen Hans-Böckler-Straße und Wurster Straße erhalten das LogInPort sowie das Überseehafengebiet insbesondere für den hafenbezogenen und den hafengewerblichen Verkehr mit ganz erheblichem Schwerverkehrsanteil eine zukunftsfähige überregionale Anbindung. Die ÖPNV-Erschließung erfolgt über die Stadtbuslinien 509 (LogInPort) bzw. 512 (Überseehafengebiet) von BremerhavenBus sowie über die Regionalbuslinie 526.
- **Luneort/Luneplate Bremerhaven:** Das Industriegebiet Luneort/Luneplate im Stadt-süden Bremerhavens und südlich des Fischereihafens gelegen erhält die überregionale Anbindung über den Knotenpunkt Weserstraße/Seeborg (Knoten von B 71 und B 6). Von dort besteht über die Bundesstraße 71 ein Anschluss in Richtung Osten bzw. über die A 27 in Richtung Norden. Über die in ihrem Bestand auszusichernde B 6 wird die großräumige Verbindung auf der A 27 Richtung Süden bzw. über den Wesertunnel (B 437) Richtung Westen hergestellt. Das Industriegebiet selbst erhält zur Erschließung eine Umgehungsstraße, die in Verlängerung der Straße Seeborg bis an den Regionalflughafen Luneort heranführt. Die heutige ÖPNV-Erschließung ist mit den BremerhavenBus-Linien 504, 505, 511 sowie die Regionalbuslinien 530, 531, 570, 575 sichergestellt. Für die künftigen Nutzungen im Bereich Luneort/Luneplate sind entsprechende Anpassungen des ÖPNV-Angebots notwendig.

Für den Bremerhavener Wirtschaftsraum würde die geplante Küstenautobahn A 22 eine verbesserte überregionale Fernverkehrsverknüpfung in Ost- und Westrichtung bedeuten.

#### 2.5.8 Übergreifende Kooperationsbeziehungen

Angesichts der Komplexität der Entwicklung vieler technologischer Produkte, Prozesse und Dienstleistungen sowie des zunehmenden Trends zur Vernetzung werden von Unternehmen und seitens des Landes Bremen Kooperationen mit anderen kompetenten Partnern initiiert. Die Metropolregion Bremen – Oldenburg kann hierzu eine Plattform bilden.

Länderübergreifende Aktivitäten im norddeutschen Raum sind als Zukunftsplattform zu sehen, die dazu dienen soll, Innovationen voranzutreiben und den gesamten Norden als Wirtschaftsregion noch präsenter zu machen.

Mit der Gründung der „Metropolregion Bremen – Oldenburg im Nordwesten“ wurde für die großräumige regionale Kooperation ein neues Fundament geschaffen. Damit verbindet sich die Chance, den Nordwesten in einem immer härter werdenden Standortwettbewerb durch eine intensivere Zusammenarbeit wirtschaftlich weiter voranzubringen.

Die Metropolregion hat einen klaren strategischen Fokus: Sie konzentriert sich auf ihre Stärken und investiert in ihre Zukunftsfelder. Industriepolitisch sind dies die Themenfelder Luft- und Raumfahrt, Automobilwirtschaft, Meerestechnik, Energiewirtschaft sowie Ernährungswirtschaft.

In keiner anderen deutschen Metropolregion ist die Wirtschaft vergleichbar eng in die Gestaltung der Region eingebunden (unmittelbar in den Entscheidungsgremien sowie ergänzend über den Förderverein „Wirtschaft pro Metropolregion e. V.“). Die Metropolregion bietet dadurch die Möglichkeit, Potenziale der gemeinsamen Wirtschaftsregion auszuloten und sich bietende Chancen konsequent zu nutzen. Die Industrie kann hiervon besonders profitieren.

- Die Metropolregion bietet die geeignete Plattform für eine politische Unterstützung wichtiger Infrastrukturprojekte. Diese lassen sich so erfolgreicher im Wettbewerb mit anderen Infrastrukturprojekten, etwa im Rahmen der Bundesverkehrswegeplanung, platzieren.
- Die Metropolregion bietet die Chance, den Nordwesten auch industriepolitisch stärker durch eine nordwestweite Strukturpolitik zu profilieren, Wissenschaft und Wirtschaft enger miteinander zu verzahnen und die Region effektiver zu vermarkten.
- Vor allem aber bietet die Metropolregion die Chance, Clusterinitiativen und Branchennetzwerke voranzubringen.

## 2.6 Schlussfolgerungen

Die Industrie ist für das Land Bremen nach wie vor von zentraler Bedeutung für Wachstum, Investitionen und Beschäftigung. Der bereits in den Siebzigerjahren einsetzende, tief greifende Strukturwandel hat das Gesicht der bremischen Industrie stark verändert. Mit einer heute exzellent aufgestellten Straßenfahrzeugbaubranche als größtem privatwirtschaftlichen Arbeitgeber und einer stark expandierenden Luft- und Raumfahrtbranche konnte das Land Bremen den notwendigen Strukturwandel sehr erfolgreich meistern. Auch die Nahrungs- und Genussmittelindustrien sowie die Stahlerzeugung bleiben im Bundesvergleich starke Branchen. Hinzu kommt als neue Branche mit hohen Wachstumspotenzialen im Bereich der maritimen Wirtschaft vor allem die Offshore-Windenergiewirtschaft.

Zahlreiche deutsche und internationale Großunternehmen wie z. B. Daimler, Airbus, Astrium, Kraft Foods, Inbev oder ArcelorMittal haben große Standorte in Bremen und beschäftigen damit knapp die Hälfte der gesamten industriellen Belegschaft des Landes. Des Weiteren sorgen bremische Großunternehmen wie z. B. Kaefer Isoliertechnik, OHB oder Saacke mit ihrem Firmensitz im Land für die Ausstrahlung des Wirtschafts- bzw. Industriestandorts nach außen.

Trotz dieses grundsätzlich erfolgreichen Strukturwandels ist in der bremischen Industrie von 1999 bis 2009 ein Verlust von etwa 8000 Arbeitsplätzen und damit ein Rückgang von 18 % auf nunmehr 16 % aller Erwerbstätigen zu verzeichnen. Der traditionell hohe Anteil an qualifizierter Vollzeitbeschäftigung zeigt sich aber sehr deutlich in dem mit 21 % wesentlich höheren Anteil an der gesamten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und macht aus dem verarbeitenden Gewerbe weiterhin einen unersetzlichen Grundpfeiler für die Zukunftsfähigkeit des bremischen Arbeitsmarkts.

Das Gleiche gilt für die Dynamik in der Entwicklung der Bruttowertschöpfung und der Produktivität, die in Bremen ohnehin bereits 1999 ausgeprägt überdurchschnittlich ausfiel. Hier liegen die bremischen Werte über die letzten zehn Jahre hinweg insgesamt betrachtet über der Entwicklung im gesamten Bundesgebiet. Dies untermauert die nach wie vor hohe Bedeutung der Industrie im Land Bremen. Darüber hinaus wird aus dem direkten Vergleich mit Hamburg (siehe Abbildung 1 auf Seite 5) deutlich, dass dem verarbeitenden Gewerbe in Bremen für eine Großstadt mit einem ausgeprägten Hafen- und Handelsanteil ein besonders hoher Stellenwert zukommt.

Auffällig ist im Kontext des Bundesvergleichs noch die deutlich höhere Investitionsentwicklung in der bremischen Industrie. Das Investitionswachstum ist seit 1997 prozentual betrachtet etwa doppelt so hoch ausgefallen wie in Deutschland insgesamt, was auf ein hohes Vertrauen in den Standort und eine ausgeprägte Zukunftsorientierung schließen lässt.

Erfreulich sind angesichts dieser Spitzenstellung bei den Investitionen etwa die Entwicklungen im beschäftigungsstarken Sektor des Straßenfahrzeugbaus. Die vor Kurzem gefallene Entscheidung für den bremischen Standort als Kompetenzzentrum für die Mercedes-C-Klasse zeugt von vorhandenen Kompetenzen, die es zu erhalten und auszubauen gilt. So werden Arbeitsplätze langfristig gesichert und die technischen

Kompetenzen des Standortes weiterentwickelt. In der Spitzenbranche Luft- und Raumfahrt belegen sowohl seit Langem international etablierte Unternehmen wie Airbus oder Astrium als auch kräftig expandierende Unternehmen wie OHB als aktueller Hauptauftragnehmer des ersten GALILEO-Satellitengroßauftrags durch ihre Aktivitäten auch im internationalen Vergleich die Exzellenz des Innovations- und Technologiestandortes Bremen.

In den Wachstumsbranchen der maritimen Wirtschaft gilt es, die aufgezeigten Entwicklungschancen insbesondere im Offshore-Bereich der Windenergieindustrie wahrzunehmen. Durch die frühzeitige Positionierung auf diesem aufstrebenden Markt hat das Land insbesondere im Schulterschluss mit Bremerhaven bereits die Grundsteine für das Einnehmen eines bundes- und europaweiten Spitzenplatzes gesetzt. Aber auch in den traditionellen industriellen Kernbranchen, wie z. B. der Nahrungs- und Genussmittelwirtschaft, werden u. a. mit der Aquakulturtechnologie sowie der marinen Biotechnologie ebenfalls neue Wege beschritten, um wichtige Zukunftsoptionen der Branche zu sichern.

Die besonders rege Investitionstätigkeit sollte generell noch stärker auf produktivitätssteigernde Modernisierungsinvestitionen ausgerichtet werden, um im Land Bremen weitere industrielle Wachstumspotenziale zu erschließen. Insoweit sind über die bisherigen wie aktuellen beeindruckenden FuE-Maßnahmen im Luft- und Raumfahrtsektor hinaus die Innovationsaktivitäten vornehmlich in den weiteren bremischen industriellen Kernen verstärkt zu entfalten.

Um die Zukunftsfähigkeit der Industrie im Land Bremen insgesamt zu sichern, dürfen die weiteren relevanten Fachpolitiken nicht vernachlässigt werden. Die Standortbedingungen sind – wie in dem Analyseteil vorgestellt – auf dem derzeitigen Qualitätsniveau zu halten bzw. gezielt weiter zu verbessern. Das Gewerbeflächenmanagement nimmt weiterhin die Bedarfe der Industrie ins Blickfeld und eröffnet Möglichkeiten für die Weiterentwicklung der jeweiligen Branchen wie z. B. in Bremerhaven mit der Erschließung der Gebiete Luneplate und Luneort. Gleichzeitig muss auch der Verkehrsbereich unter Berücksichtigung der Interessen der bremischen Industrie und deren zukünftiger Entfaltungsmöglichkeiten weiterentwickelt werden.

Darüber hinaus bleiben wesentliche Herausforderungen bestehen bzw. werden noch zunehmen, die eher den sogenannten weichen Standortfaktoren zuzurechnen sind. Der Fachkräftemangel ist in Bremen wie in Deutschland eine Herausforderung, die es zu meistern gilt. Ein weiterer Ausbau der industrierelevanten, wissenschaftlichen Ausbildung ist für den Wirtschaftsstandort Bremen von besonderer Bedeutung. Die Weiterbildung vorhandener Arbeitskräfte ist im Hinblick auf die demografische Entwicklung ebenfalls ein wichtiger Baustein im Kampf gegen den Fachkräftemangel.

Nicht zuletzt sind zur Sicherung der Spitzenstellung insbesondere in der Luft- und Raumfahrt sowie der maritimen Wirtschaft mit der Offshore-Windenergie das Monitoring der Fachpolitiken auf Bundes- und EU-Ebene sowie die Akquise FuE-bezogener Fördermittel unerlässlich. Umgekehrt müssen die bremischen Interessen in die entsprechenden Fachdiskurse eingebracht werden, um in den neu entwickelten Politiken und Programmen Berücksichtigung zu finden. In diesem Zusammenhang sind die eingegangenen Kooperationen innerhalb der Metropolregion Bremen – Oldenburg von besonderer Bedeutung für die erfolgreiche Positionierung der Initiativen im bundes- und europaweiten Kontext.

Die in einem solchen Gesamtrahmen mit diesem „Masterplan Industrie“ vertretene Industriepolitik versteht sich als ganzheitliche Strategie, die sowohl die Förderung der neuen zukunftsträchtigen Spitzenbranchen als auch die Sicherung der industriellen Kerne sowie die Bildung und Weiterbildung der Beschäftigten und alle wesentlichen Ansiedlungsfaktoren mit umfasst. In diesem Sinne verstehen sich die im Folgenden beschriebenen Anstrengungen als wichtige zusammenhängende Bausteine für die Weiterentwicklung einer modernen und erfolgreichen Industriepolitik.

### **3. Bremens industrielle Handlungsstrategie**

Wachstum, Beschäftigung und Innovation sind am Standort Bremen/Bremerhaven ohne einen vitalen industriellen Sektor nicht denkbar. Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der bremischen Industrie sind daher zu stärken und kontinuierlich zu verbessern. Dabei gilt es, Wachstumspotenziale durch Qualitätssteigerungen in der vorhandenen Produktpalette sowie die Erweiterung des Produktsortiments vorrangig in Richtung neuer hochwertiger und möglichst Ressourcen schonender Erzeugnisse zu steigern. Zudem müssen kontinuierlich Produktivitätsfortschritte als eine wesentliche

Voraussetzung für ein höheres Produktionswachstum erreicht werden. So kann es gelingen, die überdurchschnittliche Investitionstätigkeit der bremischen Industrie stärker mit der Ausschöpfung von Beschäftigungspotenzialen zu verbinden.

Die zentrale Zielsetzung besteht vor diesem Hintergrund darin, das industrielle Arbeitsplatz- und Ausbildungsvolumen abzusichern und neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Die Attraktivität des Industriestandortes Bremen ist hierfür weiter zu steigern. Standorthemmnisse sind abzubauen und Standortvorteile deutlicher als bisher zu nutzen.

Hierbei rücken vermehrt qualitativ hochwertige Arbeitsplätze in den Fokus. Nur durch Arbeitsplatzzuwächse in ausgewiesenen Wachstumsbranchen wie der Luft- und Raumfahrtindustrie sowie der Offshore-Windenergieindustrie kann dem prinzipiellen Trend der Personalabschmelzung in anderen Industriezweigen wirksam entgegengewirkt werden. Das Beispiel Bremerhaven zeigt, dass dieses Vorgehen erfolgreich sein kann. Gegen den Trend sind die Arbeitslosenzahlen in 2009 in der Seestadt deutlich gesunken. Dies ist insbesondere den Neueinstellungen in der Offshorebranche zu verdanken.

Gleichzeitig bleibt die Herausforderung bestehen, den traditionellen bremischen Industriebranchen wie insbesondere dem Straßenfahrzeugbau, aber auch der Nahrungs- und Genussmittelindustrie oder dem Maschinen- und Anlagenbau bestmögliche Entwicklungsperspektiven zu bieten und so das bestehende Arbeitsplatzvolumen möglichst zu erhalten.

Kurzfristig kommt es in der aktuell schwierigen konjunkturellen Situation darauf an, Arbeitsplatzverluste, z. B. durch Kurzarbeit, zu verhindern, um so Entlassungen zu vermeiden und, wenn möglich, mit Weiterbildung zu verbinden, um das Know-how der Beschäftigten für zukünftig anspruchsvollere Aufgaben zu verbessern. Auch wenn letztere Möglichkeit noch zu wenig genutzt wurde, werden mittel- und langfristig insbesondere Strategien gegen den Fachkräftemangel kombiniert mit neuen Formen der Arbeit ein Schlüsselfaktor für Wachstum und Beschäftigung sein.

Die bedarfsgerechte Bereitstellung von Gewerbeflächen für das verarbeitende Gewerbe sowie günstige Standortkosten bleiben nach wie vor zentrale Elemente im Standortwettbewerb.

Hinzu kommt der wachsende Stellenwert nachhaltigen industriellen Wirtschaftens. Hierbei stehen die Ressourcenschonung sowie die Verminderung von CO<sub>2</sub>-Emissionen im Vordergrund. Der effiziente Umgang mit Energie und natürlichen Ressourcen bedeutet für Industrieunternehmen zunehmend auch Kosten- und Wettbewerbsvorteile. Des Weiteren liegen in der Entwicklung und Anwendung neuer umweltverträglicher Produkte und Verfahren wirtschaftliche Chancen. Daher ist die CO<sub>2</sub>-Vermeidung im industriellen Bereich deutlich zu intensivieren. Gleiches gilt generell für die Effizienzsteigerung beim Einsatz von Rohstoffen. Denn hier werden für die Industrie in den kommenden Jahren erhebliche Engpässe zu erwarten sein. Insbesondere in der Industrie ist angesichts knapper und teurer werdender Rohstoffe die Maximierung der Material-, Rohstoff- und Energieeffizienz ein zukunftsweisender Wettbewerbsvorteil.

Mit Blick auf die Schnittstellen zum verarbeitenden Gewerbe werden perspektivisch Verfahren aus dem Bereich „Biotechnologie“ Möglichkeiten eröffnen, Energiebedarf und CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Industrie zu reduzieren. Die in Bremen vorhandenen, viel versprechenden Ansätze und das Know-how sollten gestärkt und genutzt werden, um bestehende CO<sub>2</sub>-Reduzierungsstrategien zu ergänzen und weiter zu entwickeln. Darüber hinaus sollen die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien, die Abwärmennutzung sowie der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung spürbare Beiträge zur Nachhaltigkeit der bremischen Industrieaktivitäten leisten. Schließlich sind Überlegungen über die industriepolitisch wichtigen mittel- und langfristigen Perspektiven der Strom- und Wärmeversorgung im Land Bremen im Dialog mit der Energiewirtschaft erforderlich.

Im Einzelnen werden folgende Ziele verfolgt, die durch konkrete Maßnahmen unterlegt sind.

### 3.1 Zielfeld 1: Profilierung Bremens als Industriestandort

#### Ziele

Das Land Bremen hat viele Stärken, aber bislang kein ausgewiesenes industriepolitisches Profil.

Die Potenziale des Landes können besonders wirkungsvoll zur Geltung gebracht werden, wenn die Region für bestimmte Branchen als national und international etablierter Wirtschaftsstandort anerkannt ist.

Besondere Stärken – definiert über Wissenschaft und Forschung, ausgeprägte Wachstumschancen, nationale Alleinstellung sowie von der Größe her dominante Produktionsstätten – hat der Wirtschaftsstandort in den Branchen

- Luft- und Raumfahrt,
- Automobil- und Zulieferindustrie,
- maritime Wirtschaft/Logistik sowie
- erneuerbare Energien/Windenergie.

Dabei sind die Luft- und Raumfahrt, die Autoindustrie sowie der Windenergieanlagenbau – insbesondere Offshore – dem industriellen Sektor zugehörig und gelten insoweit als Schwerpunktbereiche des Industriestandorts Bremen/Bremerhaven.

Während Bremen bereits seit längerer Zeit deutschland- und europaweit als leistungsstarker Standort der Luft- und Raumfahrtindustrie etabliert ist sowie dem bremischen Straßenfahrzeugbau einschließlich Zulieferern ein vor Ort herausragender und überregional hoher Stellenwert zukommt, der durch die Ansiedlung des Kompetenzzentrums der Baureihe C-Klasse im Bremer Mercedes-Werk in den nächsten Jahren sicherlich noch spürbar zunehmen wird, stellt die Offshore-Windenergiewirtschaft eine jüngere Industrie dar, die besonders in Bremerhaven hervorragende Standortbedingungen vorfindet und substanzielle Schnittmengen zum maritimen Sektor aufweist. Der Standort Bremerhaven ist schon heute gut positioniert, um von den extensiven Entwicklungsperspektiven der Offshore-Windenergiewirtschaft zu profitieren. Mit der Entscheidung des Senats, die Voraussetzungen für die Errichtung und den Betrieb einer Schwerlast-, Montage- und Umschlagsanlage in Bremerhaven zu schaffen, eröffnet sich für die Seestadt die Möglichkeit, national und international zum Zentrum dieser zukunftssträchtigen Industrie zu werden.

Neben diesen industriellen Leitbranchen mit besonderem Wachstumspotenzial und/oder Alleinstellungsmerkmalen stehen die das Land Bremen traditionell prägenden Schlüsselindustriebereiche Ernährungswirtschaft, Stahlerzeugung, Maschinenbau, Elektrotechnik sowie Schiffbau/Meerestechnik im Fokus. Zielsetzung muss hier sein, das bestehende Beschäftigungspotenzial zu halten, gar nach Möglichkeit in Teilbereichen auszubauen.

Eine erfolgreiche Industriepolitik basiert ganz wesentlich auf einem industriefreundlichen Klima. Sie bedarf einer starken Akzeptanz in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Die Industrieunternehmen haben für den Wirtschaftsstandort Bremen eine besondere Bedeutung, die jedoch bislang nicht hinreichend kommuniziert ist.

#### Leitprojekte

##### Offshore-Terminal Bremerhaven

Das Land Bremen verfolgt mit der Realisierung einer Schwerlast-, Montage- und Umschlagsanlage sowie der Schaffung weiterer infrastruktureller Voraussetzungen für verstärkte windenergiebezogene Aktivitäten in Bremerhaven das zentrale Ziel, die Seestadt zu einem Zentrum der Offshore-Windenergiewirtschaft weiter auszubauen. So können nachhaltig wirkende wirtschaftsstrukturelle Effekte erzielt werden. Zugleich leistet das Land Bremen hiermit einen substanziellen Beitrag, den Ausbau der regenerativen Energie voranzutreiben und so die nationalen wie internationalen Energie- und Klimaschutzziele zu erreichen.

##### Branchendialoge

Moderne Wirtschaftspolitik orientiert sich zunehmend an der Aufgabe einer Moderationsfunktion. Vor diesem Hintergrund sind für die industriellen Leit- und Schlüsselbranchen Branchendialoge unter Nutzung bestehender Netzwerke und Clusteraktivitäten zu entwickeln und zu etablieren. Diese dienen dem systematischen Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung. Die Arbeitnehmervertretungen sowie deren Gewerkschaften sind in diesbezügliche Prozesse einzubeziehen.

Das Instrument der Branchendialoge kann vielfältig eingesetzt werden, insbesondere

- zum Austausch wirtschaftsrelevanter und branchenspezifischer Trends und Entwicklungen,
- zur Erörterung gemeinsamer langfristiger Interessen (z. B. logistische Infrastrukturen, Fachkräfterekrutierung),
- zur Entwicklung neuer wirtschaftlicher Aktivitäten im räumlichen Umfeld und mit inhaltlichem Bezug zu größeren Unternehmen oder
- zur Demonstration eines gemeinsamen Commitments zum Standort – speziell auch im Zusammenhang mit potenziellen Neuansiedlungen.

Intensive und offene Branchendialoge können genutzt werden, um herausfordernde Entwicklungen zu antizipieren und Lösungswege zu skizzieren. Das zwischen ThyssenKrupp Krause und der IG Metall entwickelte Modell eines „Fertigungszentrums Nord“ oder das IG-Metall-Projekt JIT (Just-in-time) können hierzu als Beispiel dienen. Auch vor diesem Hintergrund wird angestrebt, einen Branchendialog „Maschinenbau“ einzurichten.

#### Weitere Maßnahmen

- Aufbauend auf den vorhandenen Aktivitäten der Kammern und wirtschaftsnahen Einrichtungen (z. B. „Lange Nacht der Industrie“) wird eine Informations- und Imagekampagne für den Industriestandort Bremen entwickelt und eingesetzt, die auf die Leitbranchen fokussiert.
- Bestehende Netzwerk- und Clusterstrukturen werden gestärkt:
  - Luftfahrt: „AVIABELT“ absichern, professionalisieren und überregional ausrichten,
  - Raumfahrt: „CEON“ um die raumfahrtrelevanten Bereiche der GAUSS ergänzen,
  - Auto- und Zulieferindustrie: „Automotive Nordwest“ absichern und professionalisieren,
  - Windenergie: „wab“ national und international ausrichten sowie die konzentrierte regionale Zusammenarbeit, wie sie z. B. im Spitzencluster „germanwind“ begonnen wurde, weiter verfolgen.
- Die bremischen Interessen und Kompetenzen sind insbesondere in den Leitbranchen bei der Entwicklung nationaler und EU-weiter Politiken einzubringen.
- Besuche von Leitmessen sind sicherzustellen (z. B. ILA, Husum Wind). Insbesondere mit clusterbezogenen, gemeinsamen bzw. koordinierten Messeauftritten kann der Standort Bremen seine Ausstrahlung nach außen noch verstärken.

### 3.2 Zielfeld 2: Sicherung und Stärkung der industriellen Kerne

#### Ziele

Die starken industriellen Kerne prägen nach wie vor die Bremer Wirtschaftsstruktur und sichern in großem Umfang Beschäftigung. Auch die Konzentration auf erfolgreiche und wachstumsstarke Branchen erfordert eine Politik der Sicherung und Stärkung der industriellen Kerne. Die bremischen Standorte sind hierzu in ihrem jeweiligen deutschen bzw. supranationalen Konzernverbund zu stärken.

Ziele sind ein klares Bekenntnis der bedeutenden bremischen Industrieunternehmen zu ihrem Standort und ein systematischer Dialog zwischen den betrieblichen Akteuren, der Wissenschaft sowie Politik und Verwaltung. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen soll gestärkt werden, indem Wertschöpfungsketten unter verstärkter Einbeziehung von Zulieferindustrien verdichtet und die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen intensiviert werden.

Auch in Zukunft wird es in Bezug auf die Standortbindung der prägenden Großunternehmen verstärkt darauf ankommen, die Verknüpfung von Industrie und Wissenschaft (inner- und außerhochschulische Forschungseinrichtungen) vor Ort weiter zu forcieren und die bremischen Industrie-KMU – sehr oft regionale Zulieferer für diese sogenannten Endproduzenten – in die entsprechenden innovationsrelevanten Kooperationsaktivitäten zu integrieren.

Entscheidungen weltweit tätiger Konzerne für den Standort Bremen sollen dadurch erleichtert bzw. untermauert werden. Modellprojekte zur Begleitung der Festlegung

auf den Bremer Standort als Kompetenzzentrum für die C-Klasse innerhalb des Daimler-Konzerns könnten hier als beispielhaft und zukunftsweisend gelten. Hier kann die Politik dazu beitragen, die Rahmenbedingungen zur dauerhaften und erfolgreichen Positionierung Bremens innerhalb des Konzerns zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund gilt es, die bremischen Clusterpotenziale und Vernetzungsaktivitäten auszuweiten, was z. B. mit der Einrichtung bzw. Verstärkung von den oben beschriebenen Branchendialogen beginnen bzw. einhergehen kann. Einerseits betrifft dies die Ausweitung auf weitere Industriebranchen, andererseits verstärkte Bemühungen um die Expansion bestehender bremischer Netzwerke und Cluster vornehmlich auf die Ebene der Metropolregion Bremen – Oldenburg (siehe auch Zielfeld 9).

#### Leitprojekt

„Key-Account Management“ für die industriellen Kerne aufbauen

17 Industriebetriebe in Bremen beschäftigen jeweils mehr als 500 Personen. Mit ca. 32 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeitet hier deutlich mehr als die Hälfte der insgesamt in der Industrie Beschäftigten. Zudem gibt es eine Reihe von sehr erfolgreichen Industrieunternehmen, die zwischen 100 und 500 Beschäftigte haben und teilweise Weltmarktführer auf ihrem Gebiet bzw. von hoher Bedeutung für bremische Industriecluster sind („Hidden Champions“). Um diese Betriebe optimal zu betreuen, ist ein abgestimmtes „Key-Account Management“ aufzubauen.

In einem systematischen Dialog zwischen Unternehmen, Wirtschaftsressort und Wirtschaftsförderung unter Einbeziehung des Arbeitsressorts werden die Entwicklungsoptionen der Unternehmen erfasst und wirtschaftspolitisch konsequent begleitet. Die Unternehmen mit Sitz in Bremen sollen weiterhin ihre hervorragenden Leistungen auf der Basis bester Standortbedingungen entfalten können. Zu entwickeln ist eine geeignete Form des Transfers von Commitments zum Standort zu neuen Investoren, neuen Unternehmensmanagern oder im Zusammenhang mit potenziellen Neuansiedlungen. Des Weiteren sind für Unternehmen mit Sitz außerhalb Bremens flexible Angebote der Wirtschaftsförderung zu prüfen, die die bremischen Betriebsstätten dieser Unternehmen stärken.

#### Weitere Maßnahmen

- Verstärkung der regionalen Kooperationsaktivitäten zwischen (Groß-)Industrie, Forschung und KMU.
- Beteiligung der Großunternehmen an den vorhandenen Cluster- und Netzwerkstrukturen fördern (z. B. im Rahmen des Vorhabens „Metropolregion Bremen – Oldenburg als Modellregion Elektromobilität“).
- Unterstützung bei der Lösung gewerbeflächenbezogener Problemstellungen.
- Vervollständigung der industriellen Wertschöpfungsketten – u. a. durch gezielte Ansiedlungsaktivitäten in Bezug auf Zuliefer-KMU.
- Förderung von industriellen Innovationsaktivitäten bei den Endproduzenten – auch auf die Betriebe der Großindustrie konzentriert.
- Industrierelevante Infrastrukturbedarfe sind zu überprüfen (z. B. hinsichtlich der Leitbranche Luft- und Raumfahrt: Raumfahrt-Anwendungszentrum Maritime Sicherheit, Aerospace Material Science Center Bremen).

### 3.3 Zielfeld 3: Stabilisierung der Industrie durch Diversifizierung und KMU-Förderung

#### Ziele

KMU leisten einen besonderen Beitrag für Beschäftigung und Ausbildung sowie für den Strukturwandel im Land Bremen. So hat auch der bremische industrielle Mittelstand mit gut 97 % KMU-Anteil (bis 500 Beschäftigte) an allen Industriebetrieben einen hohen Stellenwert. Und obwohl der Umsatzanteil dieser Unternehmen nur bei 19 % liegt, stellen sie zusammengenommen mit 48 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahezu die Hälfte aller industriellen Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven.

Ziel ist deshalb die weitere Diversifizierung der Unternehmens- und Branchenstruktur und die Verbesserung der Standortbedingungen für die kleinen und mittelständischen Industrieunternehmen.

Die landesseitigen Wirtschaftsförderungsinstrumente sind dafür gezielt auf den bremischen Mittelstand ausgerichtet. Hier steht die betriebliche Investitionsförderung im Vordergrund. Seit dem Umbau der Wirtschaftsförderung Anfang des Jahres 2008 erfolgt die einzelbetriebliche Förderung sehr erfolgreich nahezu ausschließlich über zinsgünstige Investitionsdarlehen der Bremer Aufbau-Bank (BAB). Die Zuschussförderung wird im Kern auf die Kofinanzierung der Drittmittelprogramme (GRW und EFRE) beschränkt. Durch die im Jahr 2007 von der Deputation für Wirtschaft und Häfen beschlossene Neuausrichtung der Investitionsförderung findet hierbei eine Konzentration der Fördermittel auf arbeitsplatzschaffende Maßnahmen sowie auf die eigenbetrieblichen Investitionen der Unternehmen statt.

Im industriellen Mittelstand gibt es wettbewerbsstarke Unternehmen: einige sind in Nischenbereichen Weltmarktführer. Die Potenziale dieser erfolgreichen kleinen und mittelständischen Industrieunternehmen sollen möglichst effektiv genutzt werden. So wird die Diversifizierung der Industriestruktur vorangetrieben und tendenziell die Beschäftigungsstabilität in der Industrie erhöht.

#### Leitprojekt

##### Empfangsbüro für Unternehmerinnen und Unternehmer Bremen

Als Empfehlung des „Berichtes über die Situation der mittelständischen Wirtschaft in der Freien Hansestadt Bremen 2009“ soll mit dem neuen Unternehmensbüro der Dienstleistungsgedanke in der Wirtschaftsförderung deutlich erhöht werden. In enger Zusammenarbeit zwischen den Kammern in Bremen und der WFB erhalten Unternehmer/-innen alle Informationen und Beratungen aus einer Hand und unter einem Dach. Hierzu zählen insbesondere folgende Komponenten:

- Erstberatung: allgemeine Erstberatung, Lotse zu richtigen Ansprechpartnerinnen und -partnern.
- Einheitlicher Ansprechpartner: Erstberatung und Koordination von Genehmigungsprozessen.
- Migrationsservice: Erstberatung von Migrantinnen und Migranten sowie Personen mit Migrationshintergrund, multilinguale Beratungskompetenz, kultureller Zugang.

#### Weitere Maßnahmen

Der „Bericht über die Situation der mittelständischen Wirtschaft in der Freien Hansestadt Bremen 2009“ zeigt außerdem folgende Handlungsfelder auf:

- Die Übersichtlichkeit über die Fördermöglichkeiten und die Zuständigkeiten der einzelnen Förderinstitutionen ist transparenter zu gestalten. Hierbei ist insbesondere der Zugang für KMU zu verbessern.
- Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung sind noch enger miteinander zu verzahnen.
- Expertinnen und Experten des bremischen Mittelstandes sowie KMU sind gezielt in Dialoge zu aktuellen Themen des bremischen Mittelstandes einzubinden.
- Noch bessere Rahmenbedingungen für die Ansiedlung von Zuliefer-KMU in der unmittelbaren Nähe der Areale der sogenannten Endproduzenten sind zu schaffen (siehe auch Zielfeld 7).

### 3.4 Zielfeld 4: Innovation, Technologie, Forschung

#### Ziele

Im Fokus der zukünftigen Innovationspolitik steht die Verstärkung der gezielt entwickelten wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Basis in unternehmerischer Aktivität. Die Ziele, Beschäftigung zu sichern, neue Arbeitsplätze zu schaffen sowie Wertschöpfung und Wachstum zu generieren und Nachhaltigkeit zu erwirken, werden weiterhin verfolgt (siehe auch Kapitel 2.5.1 mit Bezug auf weitergehende Details im neuen Innovationsprogramm Land Bremen 2020).

Das Land Bremen hat sich für eine Fokussierung auf diejenigen Cluster und Innovationfelder entschieden, die bereits in vernetzten Strukturen anwendungs- und industrienah agieren sowie etablierte Märkte oder wettbewerbsfähige Zukunftsmärkte im Fokus haben. Dazu zählen die Innovationscluster Luft- und Raumfahrt, maritime

Wirtschaft und Logistik sowie Windenergie. Mit einer fokussierten Förderpolitik sollen hier die Innovationssprünge noch einmal erhöht werden, um einen nachhaltig positiven Effekt für den Wirtschaftsstandort zu erzielen.

Die geplanten Unterstützungsmaßnahmen adressieren sowohl innovative Unternehmensgründungen, wachsende (junge) Unternehmen sowie national und international agierende Unternehmen mit globaler Wettbewerbsstärke. Es wird angestrebt, die Akteure der Wertschöpfungsketten innerhalb der umsatzstarken Industrien und Technologiefelder zu stärken und auf den nationalen und internationalen Märkten sichtbar zu machen. Dies soll neben der betrieblichen Förderung dazu beitragen, den Anteil der forschungsintensiven KMU, die auch als Zulieferer für die industriellen Branchen auftreten, in den nächsten Jahren erheblich zu steigern.

Exzellente ausgebildete und kreative Spitzenkräfte sind Schlüssel und Motor jeder Innovation. Ein kreatives Umfeld bietet die erforderlichen Rahmenbedingungen für neue Ideen und Entwicklungen. Durch die gezielte Weiterentwicklung von Hochschul- und Forschungseinrichtungen werden die Rahmenbedingungen gesetzt, damit sich Bremen im internationalen Wettbewerb behaupten kann.

In der Innovationsförderung sind diejenigen Standorte von besonderer Bedeutung, in denen eine enge Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft zur Förderung von Exzellenz und innovativen Arbeitsplätzen stattfindet. Diese Kristallisationskerne von Innovationen wie der Technologiepark, der Science Park oder die verschiedenen Gründungszentren in Bremerhaven und Bremen sind gezielt zu stärken und für erfolgreiche Innovationsprozesse weiter zu entwickeln.

#### Leitprojekt

##### Kompetenznetzwerk Maritime Sicherheit

Vor dem Hintergrund der Entwicklung internationaler Märkte, der Anforderungen an die Umwelt sowie zivile Sicherheits- und Umweltüberwachungsfunktionen wird dem Thema „Maritime Sicherheit“ für die Zukunft eine große Bedeutung zugemessen. Das Bundesland Bremen weist hierzu eine hervorragende Industriebasis sowie unterstützende Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen aus. Zu einzelnen Themen, wie z. B. die Containersicherheit, übernimmt Bremen im EU-weiten Kontext bereits heute eine federführende Rolle. Die Bearbeitung von Fragestellungen zur Satellitenfernerkundung, zum Umweltmonitoring oder der primär umweltbezogenen Schiffsüberwachung mit ihren Schnittstellen zu Raumfahrttechnologien und zur Logistik stehen dabei ebenso im Fokus wie die Einbindung des innovativen Mittelstandes Bremens als Motor für die Entwicklung neuer Lösungen. Die Netzwerkpartner werden zukünftig, auch in überregionalen Kooperationen, ihre Kompetenzen bündeln, integrierte Systemlösungen entwickeln und neue Märkte bearbeiten.

#### Weitere Maßnahmen

- Weiterentwicklung und Verstärkung der industrie- und technologiespezifischen Cluster und Netzwerke.
- Verstärkung der übergreifenden Kooperationsbeziehungen in den norddeutschen Raum über FuE-Kooperationen und Auftragsbeziehungen zwecks Technologie- und Wissenstransfer.
- Verstärkung der Kooperationsanbahnungen und des Zugangs von lokalen/regionalen Zulieferbetrieben zu den Großunternehmen.
- Unterstützung der betrieblichen Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation durch Instrumente des Bundes und der EU.
- Initiierung von technologieorientierten Gründungen.
- Schaffung von bedarfsgerechten Infrastrukturen zur Unterstützung von Innovationsaktivitäten und dem Technologietransfer, wie z. B. Technologiezentren.
- Gewinnung, Ausbildung und Bindung von Fach- und Führungskräften.
- Durchführung von zielgerichteten Marketingaktivitäten zwecks Sichtbarmachung des lokalen Potenzials.
- Verstärkung der Beratungsaktivitäten zur besseren Mobilisierung von FuE-Fördermitteln auf der Bundes- und EU-Ebene.
- Unterstützung neuer Verfahren hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-Reduzierung und der Optimierung des Ressourceneinsatzes in der Stahlproduktion.

### 3.5 Zielfeld 5: Fachkräftemangel angehen, Aus- und Weiterbildung fördern

#### Ziele

Der Senat ist sich seiner Verantwortung für die Gestaltung guter Rahmenbedingungen und die Förderung der Aus- und Weiterbildung im Land Bremen bewusst. Erfolgreiche Aus- und Weiterbildung ist eine der zentralen Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger, sich auf neue Lebens- und Arbeitsanforderungen einzustellen. Sie ist damit ein Schlüsselfaktor für Wachstum und Beschäftigung im Land Bremen.

Um dem erwarteten Fachkräftemangel aktiv zu begegnen, sind die Beschäftigungspotenziale von Frauen wie auch von Ausländern, Migrantinnen und Migranten stärker in den Fokus zu nehmen. Die Attraktivität der Industrie mit ihren zahlreichen innovativen Arbeitsbereichen muss insbesondere auch für Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund gesteigert werden. Dies gilt prinzipiell für alle Qualifikationsniveaus und Hierarchiestufen. Denn zur Deckung des künftigen Fachkräftebedarfs sind alle beruflichen Kompetenzen bzw. Potenziale unverzichtbar. Der Senat setzt sich seinerseits dafür ein, die Qualifikationsangebote für diese Gruppen weiter zu verbessern.

- **Duale Ausbildung:** Die Anzahl an Ausbildungsplätzen ist bereits in den letzten drei Jahren erheblich gesteigert worden. An diesem Erfolg war der Senat als aktiver Partner bei der Umsetzung der Verabredungen der „Bremer Vereinbarungen 2007 bis 2010“ und dem ehemaligen Pakt für Ausbildung maßgeblich beteiligt. Es ist erklärtes Ziel, die Bremer Vereinbarungen ab 2011 fortzusetzen und das hohe Niveau der Ausbildungsplatzzahlen zu halten. Im Mittelpunkt steht die Verstärkung der dualen Ausbildung vor allem in den modernen industriellen Ausbildungsberufen. Vor diesem Hintergrund soll zudem vor allem auch die Zahl der Schulabgänger/-innen ohne qualifizierenden Abschluss gesenkt werden.
- **Wissenschaftliche Ausbildung:** Zielsetzung im Bereich der wissenschaftlichen Ausbildung ist es vor allem, nachhaltige Partnerschaften zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu etablieren und das Innovationspotenzial noch stärker zu aktivieren. Beispielhaft für Vernetzungsstrategien zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik in Bremen ist das Projekt „Bremen als Modellregion für Luft- und Raumfahrt“ zu nennen, das sich in der Umsetzungsphase befindet. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in der Windenergiebranche bieten die Hochschulen Bremerhaven und Bremen bereits heute abgestimmte Angebote für die Qualifizierung von akademischem Potenzial an. Diese Angebote sind abzusichern und bedarfsgerecht in Zusammenarbeit mit den Unternehmen auszubauen. Darüber hinaus ist und bleibt die Sicherung der Angebote an Studiengängen in den sogenannten MINT-Fächern ein wichtiger Schwerpunkt.
- **Berufliche Weiterbildung/Lebenslanges Lernen:** Die paradoxe Situation – ein Großteil der Bevölkerung und der Betriebe erkennt die Bedeutung von Weiterbildung und lebensbegleitendem Lernen durchaus an, die tatsächlichen Bildungsaktivitäten hinken dieser Erkenntnis hinterher – muss aufgebrochen werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, steht die Entwicklung eines eigenständigen Rekrutierungsclusters für Aus- und Weiterbildung im Mittelpunkt. Dies zeichnet sich durch die konkrete Zusammenarbeit von Betrieben, Arbeitnehmervertretungen, Bildungsdienstleistern und ausgewählten Adressaten von Weiterbildung aus.

Das Angebot wissenschaftlicher Weiterbildung soll sich zukünftig vermehrt auf nachfrageorientierte berufsbezogene Themenfelder konzentrieren, die den Stärken der Hochschulen und den Anforderungen der regionalen Wirtschaft entsprechen. Modular aufgebaute, forschungsorientierte Weiterbildungsprogramme mit Anrechnungsmöglichkeiten und hoher Durchlässigkeit sollen ebenso wie nicht konsekutive Weiterbildungsstudiengänge den wachsenden Bedarf befriedigen.

Bremen wird den zukünftigen Mangel an Fachkräften nicht allein aus eigener Kraft bewältigen können. Das Land muss daher als Arbeitsstandort so attraktiv sein, dass Fachkräfte von außen hier arbeiten und gemeinsam mit ihren Familien hier leben wollen. Um in der Konkurrenzsituation zu anderen attraktiven Standorten erfolgreich zu sein, müssen die verschiedenen Politikfelder ressortübergreifend abgestimmt zusammenarbeiten. Die Branchenschwerpunkte Bremens müssen engagiert vermarktet werden und die bremischen Unternehmen sind bei der Anwerbung von Fach- und

Führungskräften zu unterstützen. Durch eine intensivere Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Bremen kann es zudem gelingen, gemeinsam mit den Hochschulen des Landes nachhaltig für mehr Studienanfänger/-innen in den einschlägigen Studiengängen an den bremischen Hochschulen zu sorgen.

#### Leitprojekte

##### Weiterentwicklung der Fachkräfteinitiative für Bremen

Einsetzen einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe, die Möglichkeiten identifiziert, Fach- und Führungskräfte in und für Bremen zu gewinnen. Denkbare Initiativen können sein:

- Gemeinsame (Um)Werbung von Arbeitssuchenden für hochwertige und abschlussorientierte Qualifizierungsmaßnahmen, die auf Branchenbedarfe zurückzuführen sind.
- Gemeinsam mit der Wirtschaft Stellenanzeigen für die industriellen Schwerpunktbranchen des Landes schalten. Beispiel: „Der Windenergiestandort Bremerhaven sucht . . .“, „Der Raumfahrtstandort Bremen sucht . . .“. In den Anzeigenschaltungen werden die industriellen Schwerpunkte des Landes stärker in das Bewusstsein der relevanten Zielgruppen gehoben und es wird der Lebens- und Arbeitsstandort Bremen vorgestellt.
- PR-Anzeigen in den für die Zielgruppen der Schwerpunktbranchen relevanten Medien in Kooperation mit den einschlägigen Bremer Unternehmen schalten.
- Besuch von Alumnimessen an technologisch orientierten Hochschulstandorten, um die Arbeitsmöglichkeiten in Bremen vorzustellen.
- Neubürgerbroschüre für Fachkräfte als Handreichung für Bewerbungsgespräche der Unternehmen entwickeln.
- Die Familienfreundlichkeit Bremens zu einer Marke weiterentwickeln.

##### Weiterbildungsschwerpunkt Offshore-Windenergie in Bremerhaven

Angesichts geringer werdender finanzieller Handlungsspielräume kommt der Effektivität der Weiterbildung für den regionalen Arbeitsmarkt eine zentrale Bedeutung zu. Entscheidend ist, dass die öffentlich finanzierten Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen auf die zentralen Wachstumsbranchen Bremens und Bremerhavens fokussiert werden. Als Leitprojekt gilt für den Bereich der Offshoreindustrie der Aufbau eines Aus- und Weiterbildungszentrums Offshore-Windenergie Bremerhaven in der ehemaligen Pack- und Auktionshalle im Fischereihafen. Bereits heute bieten zahlreiche Bildungsträger zielgerichtete Qualifizierung für die Offshore-Windenergiebranche an. Diese sind jedoch auf das Stadtgebiet verteilt und bieten – im Gegensatz beispielsweise zu den geschaffenen FuE-Strukturen – keinen zentralen räumlichen Anknüpfungspunkt für die Unternehmen in Bremerhaven. Um dem steigenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften zeit- und unternehmensnah entsprechen zu können, wird ein gemeinsames Aus- und Weiterbildungszentrum der Bildungsträger für die Offshore-Windenergiebranche und damit auch eine zentrale Anlaufstelle für die Unternehmen eingerichtet.

##### Weitere Maßnahmen

- Generell ist das bremische inner- und außerhochschulische Potenzial in Wissenschaft und Forschung für Transfer- und Fortbildungsleistungen zur weiteren Entwicklung industrierelevanter Schwerpunktthemenfelder verstärkt zu nutzen.
- Die Schwerpunkte des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) werden für die Jahre 2011 bis 2014 fortgeschrieben. In den Landesprogrammen „Bremer Fachkräfteinitiative“, „Arbeits- und Gesundheitsschutz“ sowie „Ausbildung und Jugend mit Zukunft“ werden die Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote noch stärker auf die Bedarfe der Betriebe und die nachhaltige Qualifikation der Beschäftigten und Arbeitssuchenden konzentriert. Die Genderaktivitäten in den industriellen Kernberufen sind auszubauen.
- Im Bereich der kleinen und mittleren Industriebetriebe wird das Instrument der Ausbildungspartnerschaften weiterhin eine zentrale Rolle spielen und möglichst noch ausgebaut.
- Der Senat wird sich auf der Bundesebene für die Umsetzung von Verfahren mit dem Ziel der Durchlässigkeit zwischen dualem System und Hochschule engagieren bzw. begonnene Initiativen unterstützen.

- Der Senat setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass ein gesetzlicher Anspruch von Ausländern, Migrantinnen und Migranten auf Prüfung der vorhandenen Qualifikationen/Kompetenzen und Möglichkeiten der Nachqualifizierung geschaffen wird.
- Der Senat wird ein Rekrutierungscluster zur Verstärkung der beruflichen Weiterbildungsteilnahmen anstoßen und unterstützen.

### 3.6 Zielfeld 6: Umwelt, Klima, Energieversorgung

Im Dezember 2009 hat der Senat das Klimaschutz- und Energieprogramm 2020 des Landes Bremen (KEP 2020) beschlossen, in dem die allgemeinen CO<sub>2</sub>-Minderungsziele und damit in Verbindung stehende Maßnahmen im Land Bremen weiter konkretisiert werden. Es ist zugleich die vierte Fortschreibung des Landesenergieprogramms. Im Zusammenhang mit der Umsetzung dieses insbesondere auch das produzierende Gewerbe betreffenden Programms sollen auch die regionalwirtschaftlichen Effekte und Beschäftigungswirkungen des KEP 2020 bewertet werden. Es werden sowohl Effekte einzelner Maßnahmen, u. a. auf Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Investitionen, als auch die regionalwirtschaftlichen Gesamteffekte des Programms wie Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort, auf die Forschungslandschaft, auf Branchen wie Umweltwirtschaft und Energiewirtschaft bewertet. Zudem sollen Wirtschaftsbereiche identifiziert werden, die im Rahmen der Energie- und Umweltthematik besonders relevant sind und weitere Entwicklungspotenziale erwarten lassen.

Mit dem Klimaschutz- und Energieprogramm 2020 bietet sich die Chance, die industriepolitisch wichtigen mittel- und langfristigen Perspektiven der Strom- und Wärmeversorgung im Land Bremen im Dialog mit der Energiewirtschaft unter Einbeziehung der Interessenvertretungen der bremischen Industrie neu zu bestimmen.

#### Ziele

Die Umweltwirtschaft gilt generell als Leitbranche des 21. Jahrhunderts. Für umweltfreundliche Produkte, Prozesse, Dienstleistungen wird in verschiedenen Studien mittel- und langfristig ein sehr hohes Arbeitsplatz- und Nachfragepotenzial erwartet. Im Rahmen der Profilierung der Umweltwirtschaft sind die Weiterentwicklung bestehender Unternehmen und die aktive Ansiedlung zusätzlicher Unternehmen, insbesondere aus der Branche Windkraft und dem Bereich erneuerbarer Energien, primäre Zielsetzungen. Darüber hinaus sind die regionalen Netzwerke zu stärken und mit überregionalen sowie internationalen Initiativen zu verknüpfen (Näheres siehe unten).

Des Weiteren geht es um einen nachhaltigen Beitrag der regionalen Industrie zu umweltorientiertem Wirtschaften, zur Energieeinsparung und zur Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz durch umweltverträgliche Prozesse und umweltbezogene Produktinnovationen.

Im Hinblick auf die energiepolitischen Aktivitäten haben die Ziele Versorgungssicherheit, Preisgünstigkeit und Umwelt- und Klimafreundlichkeit sowie entsprechend ausgestaltete Rahmensetzungen hohe Priorität.

Schließlich soll die regionale Energie- und Abwärmeerzeugung abgesichert werden. Dabei gilt es vor allem auch, die Fernwärmenutzung auszubauen, da diese mit regionalwirtschaftlich günstigen Effekten für Bremen und Bremerhaven als Energieerzeugungsstandort verbunden ist.

#### Leitprojekt

##### Stromerzeugung in Bremen sichern

Eine an den Erfordernissen des Klimaschutzes ausgerichtete und zugleich wirtschaftlich tragfähige Modernisierung der Stromerzeugungskapazitäten ist eine wichtige Voraussetzung, um den Kraftwerkstandort Bremen langfristig zu sichern. Der Senat wird sich deshalb im Rahmen der angestrebten Klimapartnerschaften dafür einsetzen, dass die klimapolitischen und regionalwirtschaftlichen Chancen einer ökologischen Modernisierung der Stromerzeugung aktiv genutzt werden. In diesem Zusammenhang sind auch der Ausbau und die Optimierung der Nah- und Fernwärmeversorgungssysteme zu berücksichtigen. Dies hat vor allem auch unter Einbeziehung der Belange der bremischen Industrie zu erfolgen.

## Weitere Maßnahmen

- Alle umwelt- und klimarelevanten Rechtssetzungen auf regionaler, deutscher und europäischer Ebene müssen systematisch auf ihre Folgen für die regionale Wirtschaft und die Schwerpunktsetzungen dieses Masterplans hin geprüft werden. Unnötig hohe Standortkosten sind zu vermeiden. Ziel ist es, zu ausgewogenen Regelungen beizutragen, die regionalwirtschaftlich positiv wirken können, wie beispielsweise die ab 2009 gültige Novelle des Erneuerbaren Energien Gesetzes mit ihren Chancen für die Windenergie. Große Bedeutung für das Land Bremen haben zudem Regelungen des europäischen Emissionshandels ab 2013 und die europäischen Vorhaben zur Regelung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes von Kraftfahrzeugen.
- Weiterentwicklung des Umweltclusters: Neben der Technologie- und Investitionsförderung sind im Umweltbereich Netzwerkstrukturen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft für die Entwicklung von Umweltinnovationen zunehmend wichtig. Deshalb bietet es sich an, z. B. auf der Basis der bestehenden „initiative umwelt unternehmen“ die regionalen Netzwerkaktivitäten zu intensivieren und auf eine Verknüpfung mit überregionalen und internationalen Netzwerken hinzuwirken. Beispiele dafür sind die laufenden EU-Projekte „ANSWER“ und „POWER Cluster“. Dies gilt auch für die im Rahmen der integrierten EU-Meeresspolitik zu entwickelnde Clean-Ship-Initiative, da gerade aus dem Themenfeld der Minderung von Umweltbelastungen und -risiken durch Schifffahrt bzw. im Schiffbau wichtige Impulse ausgehen können. So erzielte Effizienzgewinne bei Interessensvertretung und Ressourcenteilung wirken positiv auf den Unternehmenserfolg und letztendlich auf die Etablierung des Umweltclusters. Entwicklung und Einsatz von Windenergie bilden einen Schwerpunkt beim Clusterausbau.
- Es wird angestrebt, die energetische Sanierung von Industriegebäuden sowie die Installation von Solaranlagen auf Industriegebäuden zu forcieren.

## 3.7 Zielfeld 7: Gewerbe- und Industrieflächen

### Ziele

Industrieunternehmen benötigen auch hinsichtlich der Flächenentwicklung dauerhaft verlässliche Rahmenbedingungen. Das betrifft sowohl Bestandsflächen als auch die Möglichkeit zu Neuansiedlungen.

Ein weiteres Wachstum der Industrie wird nur durch eine vorausschauende Gewerbeflächenpolitik möglich sein. Bestandsunternehmen müssen daher vor heranrückenden, nicht industrieverträglichen Nutzungen geschützt werden oder es sind – wie in der Überseestadt – alternative Lösungswege aufzuzeigen, die eine weitere industrielle Entwicklung ermöglichen. Um für ansiedlungsinteressierte Unternehmen oder für Betriebserweiterungen attraktiv zu sein, ist ein ausreichendes Angebot sowohl an Gewerbe- als auch an Industrieflächen erforderlich.

Der industrielle Mittelstand ist durch die gezielte Ansiedlung von KMU der Zulieferindustrie im Rahmen einer bedarfsgerechten Gewerbeflächenentwicklung zu stärken, um die Diversifizierung und Modernisierung der regionalen Wirtschaftsstruktur und den notwendigen Strukturwandel der bremischen Wirtschaft zu unterstützen.

Insbesondere im direkten Umfeld der industriellen Kerne bietet die Vergabe von Aufträgen durch die größeren Unternehmen besondere Chancen für Zulieferstrukturen von KMU. Erfolgreiche Beispiele finden sich u. a. an folgenden Standorten in Bremen:

- Fahrzeugbau und Elektrotechnik im Bremer Osten (z. B. Industriepark Daimler Bremen und Gewerbepark Hansalinie),
- Luft- und Raumfahrtindustrie im Bremer Süden (Airport-Stadt),
- Metallerzeugung und -verarbeitung im Bremer Westen, (z. B. Bremer Industriepark),
- Schiffbau/Meerestechnik im Bremer Norden (z. B. Vulkan und BWK-Fläche).

Für Bremerhaven sind hervorzuheben:

- Offshore-Windenergieindustrie im Süden,
- Lebensmittel-/Fischverarbeitung, Biotechnologie im Fischereihafen,
- Schiffbau/Schiffsreparatur/Meerestechnik im Fischereihafen und Stadtbremischen Überseehafengebiet.

Die Dynamik der Akquisitionspotenziale hängt originär am Umfang der regionalen Auftragsvergabe der Großindustrieunternehmen und lässt sich nicht unmittelbar beeinflussen. Gleichwohl gibt es einen klaren Trend zur Ansiedlung von Zulieferunternehmen in Werksnähe, der nach wie vor anhält.

Umso entscheidender ist es, hinsichtlich des Flächenangebotes und der verkehrlichen Infrastruktur für optimale Standortvoraussetzungen zu sorgen (just-in-time, just-in-sequence).

Auch die Verflechtungen des industriellen Sektors zu anderen gewerblichen Clustern haben in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Produzierende Unternehmen suchen heute in starkem Maße kompetente Partner aus dem Dienstleistungs- und dem Logistikbereich. Serviceeinheiten können ausgegliedert werden. Distribution und Vertrieb werden häufig mit externen Partnern rationeller und leistungsfähiger gestaltet. Dieser Strukturwandel soll durch eine gezielte Flächenpolitik unterstützt werden, um weiter wettbewerbsfähig zu sein.

#### Leitprojekt

##### Entwicklungskonzept „Bremer Industrie-Park“

Mit der Erschließung des Bremer Industrie-Parks wurde seit Mitte der Neunzigerjahre ein Standort entwickelt, der in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Stahlwerken ein attraktives Angebot für die Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben zur Verfügung stellt.

Zur Intensivierung der Profilierung des Gebietes wird derzeit die Erstellung einer Entwicklungskonzeption verfolgt. Hierbei wird unter Einschluss des Geländes von ArcelorMittal Bremen, des nicht mehr benötigten Altwerk-Geländes der Stahlwerke und des Bereichs Hüttenstraße sowie des Ölhafens ein Untersuchungsgebiet definiert, das auch weitere Entwicklungsansätze und -einflüsse für den Bremer Industrie-Park einbezieht. Bislang wurde das bestehende Konglomerat unterschiedlicher Gewerbestandorte getrennt betrachtet und somit die durch die unmittelbare Nähe vorhandenen Potenziale (hafenauffine Nutzungen, Standort für Windenergieunternehmen) sowie Synergien nicht erkannt und damit nicht genutzt. Ansätze für eine weitergehende clusterorientierte Entwicklungsstrategie können insbesondere in den Bereichen Repowering/Recycling und bei produktionsorientierten Unternehmen bestehen, die Hafenumschlagkapazitäten für den Transport ihrer Produkte benötigen.

Eine Qualifizierung bzw. weitergehende Profilierung dieses Gewerbestandortes soll zeitnah erfolgen und gegebenenfalls erforderliche infrastrukturelle Maßnahmen zur Unterstützung der aufgezeigten Entwicklungsperspektiven definiert werden. Die Beauftragung eines entsprechenden Gutachtens wird aktuell vorbereitet.

#### Weitere Maßnahmen

- In Bremen und Bremerhaven soll ständig ein sofort verfügbarer, d. h. bedarfsgerechter Vorrat an städtischer Industriefläche für Ansiedlungen zur Verfügung stehen.
- Bestehende Industriegebiete sollen gesichert werden. Dies gilt auch für die bestehenden Industriegebietsflächen in den Häfen. Nicht industriekonforme Nutzungen sind in Industriegebieten weitgehend auszuschließen. Bei bestehenden Nutzungskonflikten ist der Schutz der industriellen Nutzungen erforderlich.
- Die Wirtschaftsförderungsgesellschaften ermitteln die zur Verfügung stehenden privaten industriellen Flächenpotenziale, um diese in Abstimmung mit den Eigentümern einer neuen Nutzung zugänglich zu machen.
- Im Umfeld großer Industriebetriebe werden bedarfsgerecht Flächenpotenziale für Zuliefer- und Dienstleistungsstrukturen sowie Erweiterungspotenziale vorgehalten.

### 3.8 Zielfeld 8: Verkehrsinfrastruktur

#### Ziele

Eine gute Verkehrsanbindung der Wirtschaftsstandorte mit allen Verkehrsträgern ist eine wichtige Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit ansässiger Unternehmen und für eine erfolgreiche Akquisition neuer Betriebe.

Die leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur muss quantitativ und qualitativ dem perspektivisch weiter stark expansiven Güterverkehrsaufkommen auf Straßen, Schienen und Wasserstraßen entsprechen und möglichst konfliktfrei in die Stadt integriert werden. Eine intelligente Verknüpfung der Verkehrsträger soll hier zur Problemlösung beitragen.

Die Attraktivität des Industriestandortes Bremen wird darüber hinaus durch seine überregionale Erreichbarkeit geprägt. Norddeutschland ist in der Vergangenheit bei Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur deutlich vernachlässigt worden. Dies betrifft einerseits leistungsfähige (Hinterland-)Verkehrsverbindungen für den Güterverkehr und andererseits die Verbesserung der Anbindung an die überregionalen Verkehrsnetze im Personenverkehr. Bremen muss wieder verstärkt zu einer Verkehrsdrehscheibe im Norden werden. Auch die überregionale Erreichbarkeit Bremerhavens ist deutlich zu verbessern.

#### Leitprojekte

##### Bremen: Ringschluss der A 281 sicherstellen

Die Realisierung der A 281 mit dem vollständigen Ringschluss um Bremen, der Anbindung über eine neue B 212 n an die Wesermarsch und einer verträglichen Anknüpfung über den fünften Bauabschnitt an die A 1 entsprechend der Vorzugsvariante des Senats ist das zentrale Verkehrsprojekt in Bremen mit großer Relevanz auch für die Bremer Industrie.

- Mit dem Weiterbau der Autobahn im Bauabschnitt 2.2 ist unmittelbar nach der Rechtsprechung durch das Bundesverwaltungsgericht Leipzig zu beginnen.
- Bezüglich der Anbindung an die A 1 sind die erforderlichen Planverfahren zur Umsetzung der durch den Senat priorisierten Variante umgehend einzuleiten.
- Die Verfahren zur Investorensuche für den Bau der Weserquerung (vierter Bauabschnitt) sind umgehend einzuleiten.

##### Bremerhaven: Cherbourger Straße

Der Senat und der Bremerhavener Magistrat haben sich bezüglich dieses zentralen, auch für die Industrie bedeutsamen Verkehrsvorhabens der Seestadt als Vorzugsvariante auf einen zweistreifigen Straßentunnel mit Standstreifen festgelegt, der unter dem westlichen Verlauf der Cherbourger Straße, der Claus-Groth-Straße und dem Eichenweg geführt wird und dessen Anbindungen an die Cherbourger Straße westlich der Wurster Straße und östlich der Hans-Böckler-Straße liegen.

Nach der Zusage des Bundes über einen Finanzierungsanteil in Höhe von etwa 75 % sind die Gespräche zwischen der Seestadt Bremerhaven, dem Land Bremen sowie der Seeverkehrs- und Logistikwirtschaft über die Gesamtfinanzierung zügig abzuschließen. Nach erfolgter Planfeststellung im Jahr 2011 kann mit dem Bau im Jahr 2012 begonnen werden. Mit einer Fertigstellung ist dann im Jahr 2016 zu rechnen.

#### Weitere Maßnahmen

- Das Lkw-Führungsnetz in der Stadt Bremen und die wichtigen Verkehrsverbindungen in Bremerhaven sind für eine leistungsfähige Verkehrsabwicklung erforderlich und den aktuellen Erfordernissen anzupassen.
- Einzelne Gewerbestandorte sind noch besser in das Verkehrsnetz einzubinden (u. a. Gewerbestandort Bremer Kreuz: Umsetzung des Verkehrskonzeptes mit Niedersachsen; Gewerbegebiet Habenhausen: Errichtung einer weiteren Anbindung des nördlichen Gewerbestandortes an das städtische Verkehrsnetz).
- Zügiger Ausbau der Hinterlandverkehre mit den vordringlichen Projekten, die als bremische Bestandteile in der sogenannten Ahrensburg-Liste enthalten sind, z. B.:

##### Schiene

- Schienenknoten Bremen,
- Ausbau Oldenburg – Wilhelmshaven/Langwedel – Uelzen,
- Y-Trasse.

## Straße

- Fertigstellung der A-281-Eckverbindung Bremen,
- Ausbau der A 1.

## Wasserstraßen

- Fahrrinnenanpassung Unter- und Außenweser,
- Ausbau der Mittelweser.
- Anbindung an das überregionale Schienen-Fernverkehrsnetz

Erhöhung der Anzahl der ICE- und IC-Anfahrten mit Halt im Land Bremen einfordern; kurzfristig verbesserte Anbindung Bremerhavens an den Fernverkehrsknoten Bremen durch eine Verdichtung der schnellen RE-Verkehre herstellen.

- Weiterer Ausbau des Straßenbahn- und Regio-S-Bahn-Netzes.
- Luftverkehr

Der Flughafen Bremen hat für die bremische Industrie – insbesondere für den unmittelbar angrenzenden bremischen Luftfahrzeugbau – ausgesprochen positive Effekte (u. a. Möglichkeit der direkten Zulieferung und Abtransport von großen Flugzeugteilen; für den Straßen-, Luft- und Raumfahrzeugbau „maßgeschneiderte“ Verbindungen nach Toulouse, Bristol und Stuttgart; generell für Industriemanager relevante Anbindung an die wichtigen Drehkreuze Frankfurt, München, Paris, Brüssel, Amsterdam und Zürich). Dieses Angebots- bzw. Leistungsspektrum des Bremer Airports soll weiter verbessert und ausgeweitet werden.

### 3.9 Zielfeld 9: Landesgrenzenüberschreitende Zusammenarbeit

#### Ziele

In den ersten Jahren ihres Bestehens konnte die Metropolregion Bremen – Oldenburg bereits vielfältige Aktivitäten entfalten, vor allem auch die Clusterinitiativen und Branchennetzwerke, voranbringen. In den Bereichen Automotive („Automotive Nordwest“) sowie Ernährungswirtschaft („CEMBO“), die als Schwerpunktaufgaben der Metropolregion definiert sind, haben sich bereits solche Aktivitäten unter dem Mantel der Metropolregion gegründet.

Die Automobilwirtschaft ist eine der Kernbranchen im Nordwesten Deutschlands. Mit Produktionsstätten von Daimler in Bremen, Volkswagen in Emden und über 400 Zulieferbetrieben in der Region ist der Automotivesektor einer der wichtigsten Wirtschaftszweige und einer der größten deutschen Automobilstandorte. Darüber hinaus sind Bremerhaven und Emden die führenden Seeterminals für den europäischen Automobilumschlag. Zielsetzung des „Netzwerkes Automotive Nordwest“ ist die Steigerung des Bekanntheitsgrades der Region als automobiles Kompetenzzentrum sowie die Förderung der Wirtschaftsbeziehungen und des branchenübergreifenden Erfahrungsaustausches der Netzwerkmitglieder durch Veranstaltungen, Workshops und Wissenstransfer. Auf der Basis dieser Stärken ist die Metropolregion auch eine von bundesweit acht „Pilot- bzw. Modellregionen Elektromobilität“ geworden.

Der Nordwesten ist in der Agrar- und Ernährungswirtschaft eine der wettbewerbsfähigsten Regionen Europas. Diese Position baut sie durch Produktivitäts- und Qualitätssteigerungen in Herstellung und Logistik laufend aus. Dafür ziehen neben der Industrie die Bereiche Landwirtschaft, Handwerk, Logistik, Dienstleistung, Wissenschaft und Politik an einem Strang.

In den industriepolitischen Zukunftsfeldern Luft- und Raumfahrt und Energiewirtschaft kann eine engere Zusammenarbeit in der Metropolregion zum gegenseitigen Nutzen ausgebaut werden. Hierbei kann auf den erfolgreichen bremischen Netzwerkaktivitäten AVIABELT und Windenergieagentur Bremerhaven/Bremen (WAB), die ohnehin bereits auf Norddeutschland ausgerichtet sind, aufgebaut werden.

Industriepolitische Zielsetzungen bestehen in der Ausweitung der bremischen Cluster auf die Metropolregion und in der Verstärkung des Engagements bremischer Industrieunternehmen und sonstiger Einrichtungen in den bestehenden Netzwerken der Metropolregion.

Die wissenschaftlichen Einrichtungen der Metropolregion konzentrieren sich vor allem in den Oberzentren Bremen, Oldenburg und Bremerhaven. Der Ausbau des Innovationspotenzials der Kerne bietet Entwicklungschancen für den gesamten Raum.

Ein wichtiger Beitrag des Wissenschaftsbereichs zur Stärkung der Metropolregion ist die intensive Zusammenarbeit der Universitäten Bremen und Oldenburg mit den anderen staatlichen Hochschulen und der JUB. Eine Erhöhung der Ausbildungsfunktion durch Nutzung von Synergieeffekten und das damit einhergehende erhöhte Angebot an hochqualifizierten Arbeitskräften für die gesamte Region stärkt die wirtschaftliche Position der Metropolregion insgesamt.

Gemeinsam mit industriellen Partnern engagieren sich die Universitäten/Institute der Metropolregion im auf fünf Jahre angelegten Projekt „nordwest2050“, eines der sieben Gewinnerprojekte des KLIMZUG-Wettbewerbs des Bundesforschungsministeriums: In dem interdisziplinären Prozess werden sektorale Anpassungsstrategien an den Klimawandel mit Praxispartnern aus der regionalen Wirtschaft (Ernährungswirtschaft, Energiewirtschaft, Hafenwirtschaft/Logistik) sowie für die Gesamtregion erarbeitet. Die Metropolregion unterstützt und koordiniert das Gesamtprojekt und setzt sich selbst das Ziel einer verbindlichen regionalen Umsetzungsstrategie zur Anpassung an den Klimawandel („roadmap of change“).

Wesentlich angeregt durch eine Initiative Bremens gibt es derzeit erste erfolgreiche Bemühungen bei der gemeinsamen Vermarktung von Gewerbeflächen der Metropolregion. Freie Gewerbeflächen werden zukünftig über die Homepage der Metropolregion bekannt gemacht. Die Metropolregion plant einen länderübergreifenden Logistikreport zu erstellen und Bremen hat den Kommunen der Metropolregion angeboten, den Bremen-Stand auf der Expo-Real in München für eigene Vermarktungsaktivitäten zu nutzen.

#### Leitprojekt

##### Weiterentwicklung des Netzwerks „automotive nordwest“

Die nordwestdeutsche Auto- und Zulieferindustrie mit insgesamt etwa 44 000 Beschäftigten hat sowohl im nationalen Branchenspektrum als auch im Rahmen der regionalen Gesamtwirtschaft einen hohen Stellenwert. Vor diesem Hintergrund sollen auf der Ebene der Metropolregion mit bremischer und niedersächsischer Unterstützung die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass sich „automotive nordwest“ professionalisieren und auf dieser Basis vor allem durch eine Erweiterung seines Aktivitätsspektrums nachhaltig stärken kann.

##### Weitere Maßnahmen

- Bremen und Bremerhaven als wirtschaftlichen Kern und Motor der überregionalen Entwicklung in der Metropolregion verankern.
- Regionalmarketing der Metropolregion zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Region unterstützen.
- Verbesserung der Infrastrukturausstattung in der Metropolregion gemeinsam einfordern.
- Verstetigung und Ausbau der gemeinsamen Vermarktung des Gewerbestandortes unterstützen.
- Innovationspolitik überregional aufstellen; Cluster der Metropolregion weiter unterstützen.
- Den „preis umwelt unternehmen: Nordwest“ als Ausweis der Stärke im Feld der Umwelt, der Energieeffizienz und der Umweltinnovationen weiter profilieren und in das Marketing der Region einbinden.
- Profilierung der Metropolregion als Kompetenzzentrum für klimaangepasste Innovationen unterstützen.

#### 4. Monitoring und Finanzierung

Die Umsetzung und Wirkung der vorgeschlagenen Maßnahmen soll durch eine kontinuierliche Fortschreibung des „Masterplan Industrie“ erfolgen. Die dafür notwendigen konkreten Zielsetzungen und – soweit zweckmäßig – entsprechende Messgrößen sind in den einzelnen Zielfeldern jeweils beschrieben. Vor dem Hintergrund

der strukturellen Ausrichtung sowie der zeitlichen Reichweite vieler Maßnahmenvorschläge wird empfohlen, analog dem im Mittelstandsförderungsgesetz vorgegebenen Zeitrahmen für den Mittelstandsbericht zu verfahren; das heißt, dass dieser Masterplan einmal in jeder Legislaturperiode fortgeschrieben und der Deputation für Wirtschaft und Häfen sowie der Bürgerschaft vorgelegt wird.

Der nun vorliegende „Masterplan Industrie“ basiert auf einer grundlegenden regionalwirtschaftlichen Analyse und beinhaltet einen umfangreichen Katalog von Zielen und Maßnahmen aus verschiedensten Politikbereichen. Dem liegt der Grundgedanke zugrunde, dass eine moderne und langfristig wirksame Industriepolitik im Kern eine Querschnittsaufgabe darstellt, die nur im Schulterschluss aller Beteiligten erfolgreich zu bewältigen ist. Ein ständiger Austausch mit den Sozialpartnern und eine enge Begleitung der beschriebenen Maßnahmen sollen die erfolgreiche Umsetzung der Ziele gewährleisten bzw. notwendige Anpassungen frühzeitig erkennen lassen und ermöglichen. Sie sind Bestandteile eines notwendigen kontinuierlichen Entwicklungsprozesses zur Weiterentwicklung dieses Masterplans.

Zur Erreichung einer Vielzahl der genannten Ziele bzw. der Umsetzung entsprechender Maßnahmen ist schließlich das Engagement und auch die Bereitstellung finanzieller Mittel zahlreicher Akteure notwendig. Dies beinhaltet vor allem auch die aktive Beteiligung der Unternehmen sowie der Senatsressorts Bildung und Wissenschaft, Arbeit sowie Bau und Umwelt, in deren Steuerungsrahmen wichtige industrierelevante Programme und Projekte verortet sind. Ziel ist dabei die effiziente Verknüpfung der jeweiligen Handlungsmöglichkeiten im Sinne einer ganzheitlichen Industriepolitik.